

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 4. März 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der englische Kommissionsbericht über Armut und Arbeitslosigkeit.¹⁾

London, 28. Februar. (Fig. Ver.)

Am 17. Februar d. J. erschien in Form eines sehr umfangreichen Blandbuches der Bericht der königlichen Kommission über die jetzt geltende Armenverfassung und Armenverwaltung im Vereinigten Königreich (England, Wales, Schottland, Irland). Er besteht aus zwei Berichten: einem Mehrheits- und einem Minderheitsbericht. Letzterer ist auch in Buchform von Sidney und Beatrice Webb veröffentlicht worden.²⁾ Beide Berichte haben einen erheblichen wissenschaftlichen und praktischen Wert. Sie bilden tatsächlich ein Handbuch der sozialen Zustände und der Sozialpolitik Englands.

Die Kommission, deren Berichte hier besprochen werden sollen, wurde am 4. Dezember 1905 von der konservativen Regierung eingesetzt. Die Einsetzung der Kommission war eine der letzten Handlungen dieser Regierung, denn fast gleichzeitig mit der Ernennung der Kommission erklärte sie ihren Rücktritt und überließ den Liberalen die Leitung der Staatsgeschäfte. Die Regierung hatte im Sommer 1905 eine Arbeitslosenvorlage durchgesetzt, zu der die parlamentarische Mehrheit nur unter der Bedingung zustimmte, daß eine Kommission zur Untersuchung der Armut und der Arbeitslosigkeit eingesetzt würde. Die Regierung erfüllte diese Bedingung. Die Kommission bestand aus 18 Mitgliedern, die alle Schichten und Klassen der Bevölkerung vertraten. Unter ihnen sind besonders zu nennen: Lord G. Hamilton, Bischof Denis Kelly, Charles Booth (Verfasser von „London: sein Leben und seine Armut“, der mit dem General Booth von der Seilschmiede nicht zu verwechseln ist), Frau Beatrice Webb, Frau S. Sofanquet, Fräulein Octavia Hill, G. Lansbury (Mitglied der Arbeiterpartei), J. Chandler (Mitglied des parlamentarischen Komitees des Trade Unions-Kongresses). Die Kommission sah drei Jahre und hielt 200 Sitzungen ab, von denen 159 der Entgegennahme von Aussagen und dem Ausfragen der geladenen Sachverständigen: Armenräte, Armeninspektoren, Armenärzte, Leiter von Wohltätigkeitsanstalten und Unterstützungsvereinen, Gewerkschaftsbeamte, Notstands-Komitees usw. gewidmet waren. Die Zahl der vernommenen Sachverständigen belief sich auf 452, an die 100 000 Fragen gerichtet wurden. Außer dem wurden 900 schriftliche Mitteilungen und Gutachten von verschiedenen Ministerialabteilungen: des Handels, des Innern, des Krieges, der Marine, des Unterrichts, der Post eingeholt, ebenso von verschiedenen Körperschaften und Personen, die mit den Armen und den Arbeitern in Berührung kommen. Die Kommission sandte auch einige ihrer Mitglieder nach dem Auslande, um die Armenverwaltungen, Arbeiterkolonien und sozialpolitischen Einrichtungen kennen zu lernen. Das auf diese Weise gewonnene Material: Aussagen, Gutachten, Mitteilungen und Studienberichte, wurde in einer Reihe von Bänden niedergelegt und auf Grund dieses Materials der hier zu besprechende Bericht abgefaßt. Er enthält prinzipielle Erwägungen, Zusammenfassungen, Schlussfolgerungen und Reformvorschlüsse.

Der Kommission wurden von der Regierung drei Aufgaben gestellt:

1. Die Verwaltung der Armengesetze im Vereinigten Königreich zu untersuchen;
 2. Die verschiedenen Hilfsmittel auszuforschen, die außerhalb der Armenverfassung zur Linderung der Armut und Arbeitslosigkeit entspringenden Notstände angewandt wurden, besonders in Zeiten wirtschaftlicher Depression;
 3. Zu erwägen und zu berichten, ob und was für Änderungen in der Armenverfassung und Armenverwaltung wünschenswert seien, oder ob eine neue Notstandsgesetzgebung zu schaffen sei.
- In ihrer Untersuchung ließ sich die Kommission von folgenden Regeln leiten: 1. Grundsätze und allgemeine Gesichtspunkte zu erwägen, aber soweit als möglich Einzelheiten zu vermeiden; 2. die Kommission soll Einzelpersonen oder einzelne Armenräte weder anklagen noch verteidigen; 3. Empfehlungen und Auslagen neuesten Datums, die in die Materie einschlagen, sind möglichst zu berücksichtigen.

Entsprechend den gestellten Aufgaben zerfielen die Arbeiten der Kommission in drei große Abschnitte: Armut als normale Erscheinung und als traditioneller Gegenstand der Gesetzgebung; Arbeitslosigkeit als Folge neuerer industrieller Verhältnisse und als Versuchgegenstand der Gesetzgebung; Reformvorschlüsse, da die bisherigen gesetzgeberischen und administrativen Mittel teils versagen, teils ungenügend sind.

Daß Armut und Arbeitslosigkeit ernste gesellschaftliche Probleme bilden, darüber war sich die ganze Kommission einig. Dagegen zeigten sich Meinungsverschiedenheiten über den Umfang und die Tiefe der Ursachen dieser Probleme, woraus sich selbstredend Meinungsverschiedenheiten über die Reform-

vorschläge ergaben. Die Kommission konnte deshalb zu keiner Einstimmigkeit betreffend den Schlußbericht gelangen: vierzehn Kommissionsmitglieder stellten sich auf den Boden der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung und Gesetzgebung und verurteilten, die Fehler der Armengesetze und die schlimmsten Uebel der Arbeitslosigkeit, zu reformieren, — so entstand der Mehrheitsbericht, während vier Mitglieder die ganze Armenverfassung beseitigen wollten und eine gesellschaftliche Reorganisation empfahlen — so entstand der Minderheitsbericht.

Der Mehrheitsbericht zerfällt in neun Teile, von denen jeder mehrere Kapitel hat. Erster Teil enthält die Aufgaben und das Verfahren der Kommission. Zweiter Teil: Statistische Uebersicht über die Probleme der Armenverfassung. Dritter Teil: Armengesetze vom Jahre 1601 bis 1834. Vierter Teil: Geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Lage der verschiedenen Zweige der Armenverfassung. Fünfter Teil: Armenärzte. Sechster Teil: Notstand infolge Arbeitslosigkeit. (Dieser Teil ist der wichtigste und lehrreichste.) Siebenter Teil: Wohltätigkeit und Notstand. Achter Teil: Verschiedenes. Neunter Teil: Uebersicht und Reformvorschlüsse.

Der Minderheitsbericht, der über 500 Seiten umfaßt, zerfällt in zwei Teile. Erster Teil beschäftigt sich mit der Armut, die aus Arbeitsunfähigkeit entsteht, also mit Armenkindern, Kranken, Invaliden und Greisen. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Armut der Arbeitsfähigen, wobei die Arbeitslosigkeit und die unregelmäßige Beschäftigung (Under-Employment, d. i. Unterbeschäftigung) eingehend behandelt werden, schließlich Reformvorschlüsse.

II.

Aus der Masse der englischen Armenverfassungen ragen besonders zwei hervor: die vom Jahre 1601 (die sogenannte Elisabethsche) und die vom Jahre 1834, die von den Chartisten mit aller möglichen Schärfe zurückgewiesen wurde. Zwischen diesen beiden Gesetzgebungen besteht ein großer Unterschied. Die vom Jahre 1601 war von der Absicht getragen, der Arbeitslosigkeit vorzubeugen; die vom Jahre 1834 ist noch jetzt in Kraft und wollte die Armut und die Arbeitslosigkeit bestrafen.

Die hauptsächlichsten Punkte der Gesetzgebung vom Jahre 1601 waren:

1. Die Kinder derjenigen Personen, die nicht imstande sind, ihre Elternpflichten zu erfüllen, sollen auf öffentliche Kosten in die Arbeit gegeben werden.
2. Ebenso sind alle erwachsenen Personen, verheiratete oder unverheiratete, die keine Mittel zum Leben haben, mit Arbeit zu versehen.
3. Es sind zu diesem Zwecke von den Besitzern von Land, Häusern, Bergwerken und Wäldern Steuern zu erheben, um Flach, Hanf, Wolle, Garn, Eisen und andere Rohstoffe zu kaufen, die zur Beschäftigung der Armen nötig sind.

Dieses Gesetz wurde indes nur teilweise ausgeführt. Später verschlechterte sich die Lage der Armen. Im Jahre 1662 wurde das Niederlassungs-gesetz angenommen, das die Armen, d. h. die Arbeiter, um ihre Bewegungsfreiheit brachte. Der zugereiste Arbeiter wurde verpflichtet, Bürgerschaft zu stellen, daß er der Gemeinde, in der er sich niederlassen wollte, nicht zur Last fallen würde. Eine derartige Bürgerschaft konnte kein Arbeiter stellen, sie waren deshalb an ihren Heimatort gebunden. Dieses Gesetz wurde im Jahre 1795 aufgehoben. Seit dem Jahre 1697 entstanden Arbeitshäuser, in die die Arbeiter durch Not getrieben wurden; die Inhabern der Arbeitshäuser waren zu einer weiteren Unterstützung nicht berechtigt. Dieser Gebrauch wurde im Jahre 1722 gesetzlich geregelt. Die Armen wurden in die Arbeitshäuser gesteckt, jede andere Unterstützung wurde stark beschränkt. Es ist wichtig, die technischen Ausdrücke für die Unterstützung innerhalb und außerhalb des Arbeitshauses anzugeben, da sie in der folgenden Gesetzgebung viel gebraucht werden. Die Unterstützung im Arbeitshause nennt man In-door relief; die Unterstützung außerhalb des Arbeitshauses Out-door relief. Das Gesetz vom Jahre 1722 hat also die Out-door relief stark beschränkt. Im Jahre 1782 wurde ein Gesetz erlassen, das nur die Arbeitsunfähigen und die Waisenfinder auf das Arbeitshaus verwies, während die arbeitsfähigen Armen sich an die Lokalbörden um Unterstützung wenden durften. Dieses Gesetz hob demnach das vom Jahre 1722 auf. Die Jahre zwischen 1793 und 1815 waren eine Zeit unauflöslicher Kriege und großer Not für die englischen Arbeiter. Die Lebensmittelpreise stiegen rasch und die Arbeitsgelegenheit in der Landwirtschaft war gering. Dies war eine der Ursachen des starken Wachstums der Armensteuern: im Jahre 1813 beliefen sie sich auf 133 Millionen Mark, im Jahre 1818 auf 157 Millionen Mark. Allein es gab noch eine andere Ursache für diese Erscheinung. In den ländlichen Gemeinden wurde ein Mindesteinkommen für Arbeiter festgesetzt. Je höher die Lebensmittelpreise, desto höher mußte das Mindesteinkommen sein, das die Arbeiter zur Existenz brauchten. Wurde das Mindesteinkommen nicht erreicht, so mußte es aus den Armensteuern ergänzt werden. Dieses System wurde von den Junkern benutzt, die Löhne herabzusetzen und sie durch Out-door relief (durch Zuschüsse aus dem Armensteuerfonds) ergänzen zu lassen.

Das rasche und fortgesetzte Wachsen der Armensteuerlasten gab Anlaß zu Petitionen und zu Debatten im Parlament, aber erst im Jahre 1832 wurde eine Kommission eingesetzt,

um das Armenwesen zu untersuchen und Reformvorschlüsse zu machen. Das Ergebnis dieser Untersuchungen war die Armenverfassung vom Jahre 1834. Der Bericht der Kommission legte zwei Grundsätze nieder: 1. Arbeitsfähige arme sollen nur auf das Arbeitshaus, also auf In-door relief, verwiesen werden; 2. das Schicksal des Zufalles eines Arbeitshauses soll weniger anziehend sein als das eines freien Arbeiters. Diesen Grundsätzen gemäß wurde das Armengesetz vom Jahre 1834 abgefaßt, das aber seitdem vielfach amendiert wurde. Da diese Gesetzgebung noch in Kraft ist und da der Bericht der königlichen Kommission vom 17. Februar 1909 sich auf diese Gesetzgebung bezieht, so ist es nötig, auf sie näher einzugehen.

Vom Jahre 1834 war das Armenwesen Sache der Gemeinde. Seit jenem Jahre überwacht und regelt der Staat (die Zentralregierung) die Verwaltung der Armenverfassung. Zu diesem Zwecke wurde eine Zentralbehörde geschaffen, die jetzt die Lokalregierungsbehörde heißt, deren Präsident Kabinettsminister ist. Der gegenwärtige Präsident ist bekanntlich John Burns. Das Land ist in Armenverbände (Poor Law Unions) geteilt; jeder Armenverband besteht aus mehreren Gemeinden und wird von den Poor Law Guardians, gewählten Armenräten, verwaltet. Die Armenräte kommen wöchentlich zu einer Sitzung zusammen, um die vorkommenden Angelegenheiten zu erledigen. Sie stellen einige besoldete Beamte an, die die Geschäfte und das Armenwesen besorgen. In jedem Armenverband gibt es ein Workhouse (Arbeitshaus), wo die Zufallen ein gewisses Maß ihrer Freiheit verlieren und Arbeit leisten müssen. Im Arbeitshaus gibt es auch eine Schule und ein Krankenhaus. Es werden auch arbeitsunfähige Personen ins Arbeitshaus aufgenommen. Neben dieser In-door relief geben die Armenräte Out-door relief an Mittellose, Kranke (ärztliche Hilfe, Medikamente), an verwaiste und verwaistete Kinder, die in Reformschulen oder als Lehrlinge, oder in Pflege gegeben werden.

(Fortsetzung folgt.)

Gegen das Budgetbewilligungsrecht!

Der Freisinn steht vor einer letzten Belastungsprobe. Noch leidet er Widerstand. Aber die „Kreuz-Ztg.“ droht in ihrer Nummer am Mittwochabend ganz unerblickt mit einer Sprengung des Blocks, falls der Freisinn sich nicht unter das laubdünne Joch beuge, das ihm Konservative und Zentrum (1) errichtet haben. Lehne der Freisinn das Kompromiß ab, so werde das „von großer Bedeutung für unsere innerpolitischen Verhältnisse sein.“ Denn das Zentrum habe sich schon bereit erklärt, für diesen Fall mit den Konservativen zusammen die Reichsfinanzreform zu machen.

Ob der Freisinn unter dem Eindruck dieser dreifachen Drohung wieder einmal zusammenklappen wird? Die Kompromißfröhen in seinen Reihen scheinen ohnehin ziemlich zahlreich zu sein. Erzählt doch die „Kreuz-Zeitung“, daß Herr Müller-Meinigen und die norddeutschen Freisinnigen bereit gewesen seien, dem Kompromiß zuzustimmen! Auch Herr Biemer, der Mann mit der dröhnenden Demagogenstimme und dem Rückgrat aus Weichgummi, soll ja bekanntlich alle Ueberredungskünste haben spielen lassen, um die Mehrheit der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft auf die Seite der Kompromißher herüberzuführen!

Gleichwohl halten wir es einstweilen für ausgeschlossen, daß der Freisinn so von allen guten Geistern verlassen sein könnte, um dem Zureden seiner ordensgeschwägerten „Diplomaten“ und den Drohungen der Junker zu erliegen. Handelt es sich bei dem Kompromiß doch um gar zu ungeheuerliche Zumutungen! Handelt es sich doch um nichts Geringeres als die Aufkündigung des Budgetbewilligungsrechts des Reichstags!

Der Kompromißantrag verlangt nämlich, daß an Stelle der Nachlaststeuer für das Reich die mehrerwähnte „Veststeuer“ eingeführt wird. Sie soll von den Bundesstaaten (durch Steuern auf das Vermögen von mehr als 20 000 M. und Einkommen von mehr als 3000 M.) aufgebracht werden und bis zum Jahre 1916 nicht mehr als 100 Millionen betragen. Dann soll sie in fünfjährigen Perioden nur um 5 Prozent erhöht werden dürfen. Sie würde also am 1. April 1926 auf 115,8 Mill. Mark gesteigert werden können und diese bis Ende März 1931 nicht überschreiten dürfen. Das Reich wäre danach auch weiterhin auf den alleinigen Ausbau der indirekten Steuern und Zölle angewiesen. Jede Abänderung dieses Gesetzes, also auch jede weitere Steigerung des Gesamttrages der Veststeuer, soll als Verfassungsänderung gelten, also nur Gesetz werden, wenn weniger als 14 Stimmen im Bundesrat dagegen abgegeben werden, so daß z. B. Preußen allein es stets in der Hand hätte, sein Veto gegen jede stärkere Heranziehung des Besitzes oder Einkommens zugunsten des Reiches einzulegen. Dort, wo eine allgemeine Vermögens- oder Einkommensteuer nicht besteht, sind als Vermögenssteuern auch Ertragssteuern von Grund- und Gebäudebesitz und Kapital anzusehen. Wo Landesgesetze, die diese Regelung sicherstellen, nicht rechtzeitig erlassen werden, bestimmt der Bundesrat, daß und welche Zuschläge zu den bestehenden Steuern erhoben werden.

Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die sechsgeheiligte Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (Stück) gebrauchte Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anfragen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Spätere für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

¹⁾ Report of the Royal Commission on the Poor Laws. Preis 5,50 M.

²⁾ The Minority Report of the Poor Law Commission. Verlag Longmans u. Co., London. 2 Bände. Preis 12,50 M.

Man sieht: man will nicht nur die Einführung direkter Reichsteuern ein für allemal vereiteln — wonach die Anspannung der Schraube der indirekten, die Nichtbesitzenden treffenden Steuern die einzige Rettung aus den Finanznöten des Reichs bleiben würde! — man will nicht nur eine stärkere Erhöhung der „Besitzsteuer“ so gut wie unmöglich machen, sondern man will auch das Budgetbewilligungsrecht dem Reichstag entreißen und dem Bundesrat zuweisen!

Eine so geringe Meinung wir auch vom Freisinn haben: daß er sich zu solch niederträchtigem Raube von Volksrechten bereit finden lassen würde, halten wir denn doch für ausgeschlossen, so laune und nicht das Gegenteil beweisen wird!

Die Finanzkommission des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit den in Nr. 48 des „Vorwärts“ veröffentlichten Anträgen der Reichspartei und des Zentrums. Genosse Geyer als erster Redner ist der Ansicht, daß, wenn heute nichts anderes als die beiden Anträge vorlägen, die ganze Beratung erfolglos verlaufen müßte, da durch die Annahme des einen oder des anderen die Frage der direkten Besteuerung des Besitzes nicht gelöst werde. Nach Ablehnung der Nachschuß- und Vermögenssteuer betrachte er diese Anträge nur als eine Fiktion. Nachdem das Zentrum damit begonnen, die von der Regierung vorgeschlagene direkte Steuer zu Fall zu bringen, seien die anderen Parteien auf diesem Wege gefolgt. Warum werde das Resultat des Anhanges des Budgetkollegiums nicht veröffentlicht? Weil es für den Bund blamabel sei! Die Anträge Gamp und Herold haben das eine gemein, daß sie genau so in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingreifen, wie der gestern abgelehnte Antrag Weber betreffend Vermögenssteuer. Auf diesem Standpunkt stehen auch die Finanzminister sämtlicher Bundesstaaten, wie aus der gestrigen Erklärung des hessischen Finanzministers im hessischen Landtage hervorgeht. Das Ziel beider Anträge gehe dahin,

den Besitz zu schonen.

Wie sei es denkbar, daß die Bundesstaaten die um das Sechsfache erhöhten Matrikularbeiträge aufbringen könnten, wo sie jetzt schon die zu zahlenden paar lumpigen Millionen nicht abzuführen in der Lage zu sein behaupteten! Welche Garantien seien vorhanden, daß die Einzelstaaten wirklich zahlen, was nach den Anträgen befohlen werde? Feste Garantien, wie sie die Freisinnigen dafür fordern, daß die erhöhten Matrikularbeiträge nur dem Besitz auferlegt werden, können nicht gegeben werden, wenn nicht die Einzelstaaten gleich den Staatsbankrott anjagen wollten. Aber selbst wenn der Reichstag dementsprechende Beschlüsse fassen sollte,

wer solle Exekutor sein

und die Schuld beitreiben? Preußen wird sich nach dem Verhalten des preussischen Finanzministers für diese Rolle bedanken. Durch die Anträge und alle Reden dazu bewirke man den Eindruck nicht, daß man nur den Besitz schonen will. Das werde man außer den Augen sehen. Das Zentrum hat durch seine ablehnende Haltung zur Nachschuß- und Vermögenssteuer seine Kapitulation vor dem Reich selbst durchkreuzt. Die Sprengung wäre unbedingt erfolgt, wenn das Zentrum für die Nachschußsteuer eingetreten wäre, da diese alsdann eine Mehrheit gegen die Konserwativen gefunden hätte. Zu diesem Verhalten stehe die von Spahn gestern angebotene Hilfsbereitschaft für eine direkte Besitzsteuer im trassen Widerspruch. Verschleierung, Sand in die Augen des Volks: das allein sei der Zweck, der damit verfolgt werde. Deshalb lebten wir diesen, wie auch den gleichzeitigen Antrag Gamp entschieden ab.

Dr. Weber (natl.) polemisiert gegen Geyer, gibt ihm aber darin recht, daß die beiden Anträge ebenso in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingreifen, wie sein abgelehnter Antrag. — Der bayerische Bundesratsdirektor v. Wurzbard erklärt im Namen des bayerischen Finanzministers, daß dieser die vom Schatzsekretär und dem preussischen Finanzminister geltend gemachten schweren Bedenken gegen die beiden Anträge teile, sowohl in finanzieller wie auch in staatsrechtlicher Beziehung. Wenn beide Anträge im Prinzip angenommen würden, sei die monatelange Arbeit des Bundesrats umsonst, ja nicht nur das, sondern die ganze Steuer-geschichte der Einzelstaaten würde dadurch in andere Bahnen gedrängt. Mit der Erhöhung der Matrikularbeiträge werde für das Reich kein neues Geld geschaffen. Man müde den Regierungen zu, sich auf einen Weg zu begeben, wo sie von der Zustimmung der Landtage abhängig seien; das sei um so bedenkllicher, als sie jetzt schon oft genug in Verlegenheit seien, die für die Staatszwecke erforderlichen notwendigen Mittel aufzubringen. Das Budgetrecht der Einzelstaaten müsse unter allen Umständen gewahrt werden, in dieses aber werde mit der Annahme der Anträge eingegriffen. Er ersucht zum Schlusse seiner Ausführungen dringend, erst darauf Bedacht zu nehmen, daß

neues Geld durch eine direkte Steuer

aufgebracht werde, da die Masse mit Konsumsteuern mehr als genug belastet werde. Das ganze Volk sehe mit Spannung auf die Arbeit der Kommission und verlange, daß endlich praktische Arbeit geleistet werde. Das Volk könne die durch die Erfolglosigkeit der Beratungen herbeigeführte Belastungsprobe kaum länger aushalten.

Trotzdem der Vorstehende Paasche in ziemlich erregter Weise dem Regierungsvertreter bemerkt, daß die Arbeit der Kommission keine unnütze, sondern eine sehr ernste Aufgabe sei, und daß die Herren von der Regierung eigentlich besser daran lägen, neue Vorschläge zu machen, als die Kommissionsarbeit in dieser Weise herunterzusehen, hielten die Bundesratsdirektoren von Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen es doch für angezeigt, auch ihrerseits der Reihe nach zu erklären, daß sie auf demselben Standpunkt stehen wie ihr bayerischer Kollege! Darauf erklärt Spahn, daß das Zentrum der Nachschußsteuer gegenüber heute noch genau denselben Standpunkt vertritt, wie die Regierung vor drei Jahren, wo die Steuer ja einmütig (gegen die Stimmen der Sozialdemokraten als Antragsteller) abgelehnt sei. Das Verhalten der Bundesratsdirektoren den Wünschen der Mehrheit der Kommission gegenüber sähe nach Obstruktion aus. Bezüglich einer Bemerkung Geyers über eine Aeußerung des Reichskanzlers, daß er die Steuerreform mit dem Volk machen wolle, erklärt Spahn, das habe er bisher nicht gehört, aber wenn es ihm auch bekannt gewesen wäre, würde das Zentrum doch dieselbe Haltung eingenommen haben wie bisher und jetzt.

Gamp ist empört über die ablehnende Haltung der Regierungsvertreter, die ihre Bestrebungen, die Gegner unter das Joch der Nachschußsteuer zu treiben, sparen können, und verteidigt in längerer Rede seinen Antrag, der seiner Behauptung nach viel liberaler sei als die Nachschuß- und Vermögenssteuer. — Dr. Müller-Weinigen will bei den Bestrebungen, dem Wohle des Reichs zu dienen, nicht hinter dem Zentrum zurückstehen, kann aber weder der Auffassung der Zentrumsmitglieder, noch denen um Gamp über den Begriff „Besitzsteuer“ zustimmen. Nach seiner Auffassung soll die ganze jegige Beratung nur der Schaffung eines Provisoriums dienen; er will aber unter allen Umständen an einer direkten Besitzsteuer im wirklichen Sinne des Wortes festhalten wissen.

Aus allen Aeußerungen in der heutigen Sitzung hat Graf Schönerlin die Ueberzeugung geschöpft, daß sich eine Einigung der bürgerlichen Parteien vollziehen werde, sobald der Grundgedanke der Besitzsteuer richtig formuliert sei! Diese Form werde sich finden, und damit werden die budgetrechtlichen Bedenken beseitigt werden. — Dem stimmt Raab zu.

Nur vor Schlusse der Sitzung kommt Herr Spahn und weist nach, wie alle Schwierigkeiten durch einige Aenderungen im Antrage des Zentrums aus dem Wege geräumt werden könnten! Dem Anschein nach wurden die Konserwativen und Reichsparteiler durch die Spahn'schen Vorschläge nicht im mindesten überrascht. Die Anträge sollen zu morgen gedruckt werden und die Grundlage für die weitere Beratung bilden.

Das Sozialistengesetz in Kiel.

Die Stadtverordneten haben am Dienstag nach fünf-stündiger Debatte beschlossen, die Wahlrechtsverschlechterungsvorlage des Magistrats zu veragen. Es wurde eine Deputation von zwei Magistratsmitgliedern und zwei Stadtverordneten gewählt, die noch in dieser Woche zum Minister des Innern fahren soll, um mit ihm zu verhandeln, ob eine Aenderung der Wahlverfassung auf anderer Grundlage möglich ist. Die Sozialdemokraten stimmten für die Veretagung, weil sonst die Annahme des Magistratsantrages nicht ausgeschlossen war und weil durch die Veretagung Zeit zu einer Gegenagitation gewonnen wird. — Die Bürgerlichen wollen in erster Linie die direkte Magistratswahl retten und dann auch die Dreiklassenwahl abwenden, weil der Mittelstand, der jetzt in Kiel die kommunalpolitische Herrschaft hat, bei der Dreiklassenwahl zwischen Sozialdemokraten in der dritten und den paar Hundert Besitzenden in der ersten und zweiten Klasse vollständig zerrieben wird. Jede andere Wahlrechtsverschlechterung ist ihnen recht.

Die Deputation dürfte beim Minister wenig ausrichten, denn dieser hat dem Oberbürgermeister Fuß erklärt, daß nur eine Aenderung des Wahlrechtes durch die Dreiklassenwahl die Zustimmung der Regierung finden würde.

Die Annahme des Magistratsantrages, ein Gesuch auf Einführung der Dreiklassenwahl an die Regierung zu richten, ist darum in der nächsten Stadtverordnetenversammlung nicht ausgeschlossen, trotzdem nur 5 bürgerliche Stimmen zu den 10 sozialdemokratischen nötig sind, um den Antrag zu Fall zu bringen. Zwar sind 12 von den 18 bürgerlichen Stadtverordneten Mitglieder der freisinnigen Parteiorganisation und von dieser — unter Androhung des Ausschlusses — auf die Ablehnung des Antrages des Magistrats verpflichtet worden, doch ist auf diese Leute kein Verlaß. Wenn die nächste Sitzung beschließt, ein Gesuch an die Regierung zu richten, wird ein Antrag der Sozialdemokraten mit zur Verhandlung kommen, in diesem Gesuche nicht die Dreiklassenwahl, sondern das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht und die Proportionalwahl zu fordern.

Am Mittwochabend fanden drei große sozialdemokratische Versammlungen statt, die sich mit der Wahlrechtsfrage beschäftigten.

Ueber die Rede des sozialdemokratischen Stadtverordneten Adler in der Dienstags-Sitzung der Kieler Stadtverordnetenversammlung meldet uns noch eine Privatdepesche:

Stadtver. Adler wies darauf hin, daß gerade die Sozialdemokratie durch ihre Mitarbeit das Interesse an der Kommune bewiesen habe. Durch die Dreiklassenwahl würden 19 000 von den jetzigen 21 000 Wählern in die dritte Klasse versetzt. Die indirekte Magistratswahl sei das Bestreben der Magistratsmitglieder nach lebenslänglicher Anstellung. Wenn erst in Kiel ein Loch in die schleswig-holsteinische Städteordnung geschlagen sei, würden andere Städte nachfolgen. Wenn man reformieren wolle, soll man sich die Beispiele zur Reform dort holen, wo eine eine freiheitliche Kommunalverfassung herrsche. Die Magistratsmitglieder und die Stadtverordneten, die für die Vorlage stimmen würden, würden in absehbarer Zeit von ihren Sesseln verschwinden müssen. Ein Stadtverordneter, der für eine solche Vorlage sei, dürfe die Augen nicht aufschlagen, wenn er durch die Straßen der Stadt Kiel gehen sollte, ein Gesuch an die Staatsregierung zu richten, hierin anstatt der Dreiklassenwahl das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht für alle großjährigen Personen mit der Proportionalwahl zu fordern.

Der Bürgermeister ließ während der zweieinhalbstündigen Rede Adlers eine Pause eintreten. Beim zweiten Teil der Rede blieben die Mehrheit der Magistratsmitglieder und der Stadtverordneten demonstrativ dem Sitzungssaal fern.

Erneute Kriegsgefahr.

Die Hoffnung, daß der Schritt Rußlands in Belgrad die Gefahr eines gewaltsamen Konflikts beseitigen werde, hat sich nicht erfüllt. Die serbische Regierung hat auf den russischen Rat, die territorialen Forderungen fallen zu lassen, mit einer brüskten Ablehnung geantwortet. Damit ist die Situation wieder unmittelbar gefährdend geworden. Der amtliche österreichische Draht meldet heute aus Belgrad:

Gestern nachmittags erschien der russische Gesandte Sergejew beim Minister des Aeußern Rilomanowitsch und erteilte ihm im Auftrage der russischen Regierung den freundschaftlichen Rat, Serbien möge von den Forderungen nach territorialen Kompensationen und nach der Autonomie für Bosnien und die Herzegovina absehen, da diese Forderungen bei den europäischen Großmächten auf keine Unterstützung zählen können. Im Laufe des Nachmittags erschienen auch die diplomatischen Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens beim Minister des Aeußern und erteilten der serbischen Regierung einen ähnlichen Rat. Der Minister des Aeußern nahm diese Vorstellungen zur Kenntnis; hierauf fand unter dem Vorsitze des Königs ein Ministerrat statt. Nach dreistündiger Beratung wurde einstimmig beschlossen, auf die Vorstellungen der Großmächte zu erwidern, daß Serbien die Forderungen, welche die serbische nationale Stupskatina in ihrer bekannten Resolution aufgestellt hat, nicht zurückziehen könne. Serbien hoffe noch immer auf die Gerechtigkeit Europas, könne aber von den territorialen Forderungen und von der Forderung nach der Autonomie für Bosnien und die Herzegovina nicht Abstand nehmen.

In Wien hat diese Erklärung große Erregung verursacht und eine außerordentlich pessimistische Beurteilung gefunden. In manchen Kreisen hält man den Ausbruch des Krieges für unmittelbar bevorstehend.

In der Tat bildet die serbische Erklärung eine neue Herausforderung und eine Brüstung nicht nur Oesterreichs, sondern aller Mächte, die den Schritt Rußlands bei der serbischen Regierung unterstützt haben. Trotzdem wäre es ein unverantwortliches Verbrechen, wegen des serbischen Arafels einen europäischen Krieg zu entzünden und der Prestigepolitik der Herren Lehrenthal und Njwoliski zu gefallen, ganz Europa in Flammen zu setzen. Dies darf unter keinen Umständen geschehen und Sache der Diplomatie ist es, endlich jene Energie zu entwickeln, die die Wiener und Petersburger Herren zur Vernunft bringt, von der deutschen Regierung muß verlangt

werden, daß sie den österreichischen Bundesgenossen vor nicht wieder gut zu machenden Schritten zurückhält und keinen Zweifel darüber läßt, daß die Stimmung des deutschen Volkes ihr jede andere als die rein diplomatische Beteiligung ganz unmöglich macht. Es ist nicht nur das deutsche Proletariat, das sich gegen den Wahnsinn, Deutschland in einen Krieg für völlig fremde Interessen hineinzuziehen zu lassen, mit all seiner Kraft zur Wehre setzen würde; es gibt in Deutschland überhaupt keine Partei und keine Klasse, die einen solchen Krieg dulden könnte. Dieselbe Pflicht aber, die Deutschland Oesterreich gegenüber erfüllen muß, muß Frankreich in Petersburg ausüben. Daß der Parisismus seine traditionelle Rolle der Provokation auf dem Balkan bis zu einem Punkte treibt, an dem der Ausbruch eines Krieges unvermeidlich wird, ist eine unerträgliche Vorstellung, die unter keinen Umständen Wirklichkeit werden darf.

Und noch ist es Zeit für energisches und zielbewusstes Handeln. Die serbische Regierung hält zwar ihre überhöhten Forderungen aufrecht und setzt ihre Kriegsvorbereitungen fort. Aber darüber hinaus ist es noch zu keinen gewaltsamen Schritten gekommen. Auch in ihrer letzten Antwort wie in allen ihren früheren Erklärungen wendet sich die serbische Regierung an die Entscheidung Europas, appelliert sie an die europäische Konferenz. Hiermit ist für eine gemeinsame Aktion der Mächte die Basis gegeben. Allerdings eine Konferenz, auf der Rußland aufs neue seine Provokateurrelle aufnahme und das alte Freispiel des „Beschützers aller Slaven“ fortsetzen könnte, wäre nur eine neue Bedrohung des Friedens und überdies eine Unmöglichkeit, da Oesterreich nicht auf einer solchen Konferenz erspäne. Wenn aber die Konferenzmächte das Programm dieser Konferenz von vornherein begrenzen und Rußland, das ohne die Unterstützung Frankreichs und England ohnmächtig ist, zum Anschluß an die gemeinsame Aktion zwingen, wenn Oesterreich so die Garantie gewönne, daß nach Erfüllung der berechtigten wirtschaftlichen Ansprüche die territorialen Forderungen Serbiens zurückgewiesen würden, dann könnte eine solche Konferenz, gegen deren Entscheidung das isolierte Serbien machtlos wäre, allerdings der Aufrechterhaltung des Friedens gute Dienste leisten. Unterdessen aber muß die Aktion der Diplomatie verhindern, daß die Flinten vorzeitig losgehen und nirgends Zweifel darüber lassen, daß der Friedensstörer, sei er, wer er sei, auf keine Unterstüßung einer anderen Macht zu rechnen habe.

Die Haltung der serbischen Regierung ist übrigens nicht ganz klar. Der kategorischen Wiener Meldung steht nämlich eine nicht weniger bestimmt lautende Nachricht des Reuterschen Bureaus gegenüber. Das amtliche englische Telegraphenbureau erklärt, von amtlicher Seite erfahren zu haben, daß entgegen der Erklärung des in Wien eingetroffenen Belgrader Telegramms, die serbische Regierung ihre Forderung nach territorialen KonzeSSIONen zurückgezogen hat.

Das ist ein offenkundiger Widerspruch, der vielleicht nur so erklärt werden kann, daß die serbische Regierung ein doppeltes Spiel treibt, um die Lösung zu verschleppen, damit die aufgeregten Leidenschaften des serbischen Volkes sich nicht in der Wut der plötzlichen Enttäuschung gegen die Regierung und die Dynastie wende.

Aber sei dem wie immer. Die Gefahr ist zu groß, die Beunruhigung zu unerträglich, als daß das Spiel mit dem Frieden noch längere Zeit fortgesetzt werden dürfte. Der Friede muß erhalten werden, weil der Krieg ein Wahnsinn und ein Verbrechen wäre. Allzulange schon hat man die Intrigen Rußlands, die Unnachgiebigkeit Oesterreichs, die Tollheiten der serbischen Politiker gewöhren lassen. Es ist höchste Zeit, endlich ein Ende zu machen.

Die Stimmung in Belgrad.

Belgrad, 3. März. Die Nachricht, daß der russische Gesandte tatsächlich der serbischen Regierung Ratschläge im Sinne der von Deutschland angeregten Vorstellung erteilte, rief in Belgrad große Erbitterung gegen Rußland hervor. Die Blätter enthalten maßlose Angriffe gegen Njwoliski, der im Dienste Oesterreich-Ungarns stehe. Da die politischen Kreise die Entscheidung der serbischen Regierung mit Besorgnis erwarteten, so rief die heutige Nachricht, daß die serbische Regierung auf die Autonomie Bosniens und territorialen Kompensationen beharre, um so größere Freude hervor. „Politika“ ruft aus: Rüge und nunmehr Oesterreich-Ungarn ein Ultimatum stellen, wenn er dies wagt.

Eine neue Version.

London, 3. März. Das Reutersche Bureau berichtet seine frühere Meldung dahin, daß eingegangenen Informationen zufolge die serbische Regierung gemäß dem von Rußland erteilten Ratschlag ihre Ansprüche auf Gebietsabzägung zurückziehen wird.

Die Haltung Oesterreichs.

Wien, 3. März. Zu der Entschlieung des serbischen Ministerates, die Ratschläge der Großmächte abzulehnen und auf den bekannten Forderungen zu bestehen, wird in hiesigen informierten Kreisen versichert, daß dies an der ruhigen abwartenden Haltung der österreichischen Regierung vorläufig nichts ändern werde. Oesterreich habe die Intervention der Mächte nicht beanlagt und werde abwarten, welche Haltung die einzelnen Großmächte gegenüber dem Verhalten Serbiens einnehmen werden.

Montenegrinische Kriegsvorbereitungen.

Saloniki, 3. März. Eine amtliche Meldung aus Skutari besagt, daß Montenegro an der Grenze Vorbereitungen treffe, welche als eine Bedrohung Skutaris anzusehen seien.

Das Berggesetz in der Kommission.

Die Berggesetzkommision des Abgeordnetenhauses hielt am Mittwochabend ihre erste Sitzung ab. Es wurde beschlossen, zunächst den Artikel II betreffend die Einrichtung der Sicherheitsmänner zu beraten. Von nationalliberaler Seite wurde zunächst die Frage des Umfanges der Geltung des Gesetzes aufgeworfen. Es sei nicht erforderlich, das Gesetz auf andere als Steinkohlenbergwerke auszu dehnen. Dem widersprach der Handelsminister, der der Meinung Ausdruck gab, daß dann die Bestimmungen bei erneuten Unfällen in anderen als Steinkohlenbergwerken viel schärfer ausfallen würden, als die jetzt vorgeschlagenen. Ein Redner der Freiservativen erblidte in der vorgeschlagenen Einrichtung einen Schritt abwärts der bestehenden Rechts- und Wirtschaftsordnung und erhebt Bedenken gegen die Konsequenzen bezüglich der Baukontrollen. Schließlich komme man noch zu Arbeiterkontrollen in der Landwirtschaft. Von dem Redner des Zentrums wird in den Vordergrund gestellt die Erhaltung der vollen Autorität der Unternehmer. Es werde zu prüfen sein, ob die Einschränkung der Entlassungsgründe für den Sicherheitsmann sich mit der Aufrechterhaltung dieser Autorität verträgt.

Der freisinnige Redner will im Interesse der Gleichberechtigung der beiden Kontrahenten den Sicherheitsmann von den Arbeitern besoldet wissen.

Der Vertreter der polnischen Fraktion verlangt größere Sicherheit für die Kontrolleure gegen Entlassung und gegen Maßregelung. Voll auf dem Boden der Forderungen der Arbeiter stellte sich nur der Redner der Sozialdemokraten. Die Forderung eines Reichsberggesetzes scheine ihm begraben. Man werde sich aber doch schon daran gewöhnen müssen, im Interesse der Arbeiter Anordnungen zu treffen, die den Konservativen als Eingriff in das Privateigentum erscheinen. Die Kontrolleure müßten frei sein von Abhängigkeit gegenüber dem Bergheeren. Politische Gründe hätten die Arbeiter nicht. Nichts weiter darf entscheidend sein, als das Interesse für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Die Institution müsse vom Vertrauen der Arbeiter getragen sein. Das würde nicht erreicht, wenn man alle möglichen Sicherheitsbestimmungen gegen die Sicherheitsmänner schafft. Völlige Freiheit sei erforderlich auch bezüglich der Befahrung der Grube. Die Begleitung durch Berg- und Staatsbeamte dürfe nicht obligatorisch sein. Der Zweck, ein Vertrauen zwischen Arbeiter und Bergheeren herbeizuführen, könne niemals erreicht werden. Dem stehen die Massengefährdungen entgegen, die in der heutigen Gesellschaftsordnung nicht zu überbrücken seien. Die Frage sei eine reine Zweckmäßigkeitsfrage; als solche darf sie auch nur behandelt werden.

Der Handelsminister legt die Gründe dar, die ihn veranlassen, die Vorlage nach dem zum Ausdruck gebrachten Grundgedanken zu gestalten. Die Gewerkschaften seien politische Einrichtungen und dürften nicht Träger der Einrichtung werden. Man beabsichtige mit den Sicherheitsmännern, auch die Veröffentlichung der vermeintlichen Mißstände in der Presse zu verhindern. Bringe ein Sicherheitsmann falsche Nachrichten in die Presse, „dann nehmen wir ihn bei den Ohren“.

Zum Schluß verteidigt noch ein Bergarbeitermitglied des Zentrums die Stellung seiner Partei; namentlich hebt er nachdrücklich hervor, daß auch der christliche Gewerksverein der Bergarbeiter die volle Aufrechterhaltung der Autorität der Bergheeren verteidige.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. März 1903.

Die Christlichkeit Dernburgs und Bruder Schudmanns.

Aus dem Reichstage. (3. März.) In Fortsetzung der Beratung über Südwestafrika erörterte Ledebour eingehend die Eingeborenenpolitik. Er knüpfte wieder an eine im vorigen Jahre auf den sozialdemokratischen Antrag hin vom Reichstage angenommene Resolution an. In dieser wurde gefordert, daß den Eingeborenen so viel Land zurückgegeben werde, wie sie zu selbständigen Wirtschaftsbetrieben brauchten. Ledebour fragte nun an, in welcher Weise die Verwaltung dieser Forderung nachkommen sei. Herr Dernburg trug möglichst Gleichgültigkeit zur Schau und zog es vor, die Frage überhaupt nicht zu beantworten. Ledebour wies eingehend nach, daß ohne die Gewinnung und Zustriedenstellung der Eingeborenen an die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gar nicht gedacht werden könne. Die Dernburgsche Politik aber treibe die Eingeborenen über die Grenze. Derselbe Herr Dernburg jedoch, der einen Reichstagsbeschlusses gellistlich mißachte, habe sich in der Budgetkommission und im Reichstage eine Klüdenbedeutung für das gefährliche Experiment einer Residentur im Ovamboland zu schaffen gesucht. Mit aller Entschiedenheit müsse die Sozialdemokratie dagegen protestieren, daß dieses Experiment gemacht werde, da es sicher im Laufe der Zeit zu Konflikten mit den Ovambos führen müsse. Habe doch früher die Kolonialverwaltung aus dem nämlichen Grunde ein solches Abenteuer rundweg abgelehnt.

Unser Redner kam dann auf die sogenannte Selbstverwaltung in Südwestafrika zu sprechen. Er erläuterte an der Hand einzelner Bestimmungen, was es mit der Christlichkeit der Kolonialpolitik auf sich habe. Als er dabei seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß der Abg. Erzberger sich in so überschwänglichen Lobeshochhebungen Dernburgs erginge, und als er fragte, ob Herr Roeren etwa auch in den Honigtopf greifen werde, um Dernburg die andere Wade zu salben, lehnte Roeren das entschieden ab! Herr Dernburg geriet ganz aus dem Häuschen, als Ledebour sagte, daß der Staatssekretär seit seiner Verbrüderung mit Erzberger von Christlichkeit förmlich triefe. Er appellierte an den Präsidenten Paasche, der indes nach Einsicht in das Stenogramm die Zumutung zurückwies, einen Ordnungsruf zu erteilen.

Ledebour fragte dann den Gouverneur v. Schudmann, der bekanntlich früher in Deutschland ein eifriges Mitglied der Inneren Mission gewesen ist, wie er es mit seiner Christlichkeit und Moral vereinbaren könne, die standesamtliche und christliche Eheschließung der Weihen mit Eingeborenenfrauen zu hintertreiben und so das sogenannte Konkubinat zu fördern. Die Mitglieder der Inneren Mission müßten doch zu dem Glauben kommen, daß in Bruder Schudmann ein böser Geist hineingefahren sei, seitdem er in Afrika haufe. Bruder Schudmann zog es gleichfalls vor, sich einer Auseinandersetzung über diesen klaffenden Widerspruch zwischen seinem christlichen Gerede und unchristlichen Getue vorzüglich zu entziehen.

Nach einigen weiteren Bemerkungen wurden schließlich die sämtlichen Kolonialvoten zu Ende gebracht.

Der Postetat führte zunächst eine längere Rede des Abg. Wähler (3.) herbei. Morgen kommt Genosse Singer zum Wort.

Der eingeseifte Wasserkopf.

Im Dreiklassenparlament kam am Mittwoch der systematische Widerstand zur Sprache, den die Provinzial- und Staatsbehörden dem Streben Berlins entgegensetzen, eine Einverleibung der benachbarten Vororte durchzuführen. Herr Cassel legte in breiter Rede die bekannten Gründe dar, die eine solche Angliederung der Vorortgemeinden an das räumlich eingegrenzte, in seiner Bewegungsfreiheit behinderte Berlin zur zwingenden Notwendigkeit machen, und beschwerte sich über die Widerstände der Regierung. So berechtigt die von dem Freisinnsmann vertretene Beschwerde war, deren unser Genosse W o r g m a n n sich ja kürzlich ebenfalls angenommen hatte, so peinlich — weil leider nur zu verdient — war andererseits der blutige Hohn, mit dem der konservative Redner der liberalen Stadtverordnetenmajorität ihr kommunales Manchestertum vorhielt, das eine großzügige kommunale Verkehrsreform verhindert und unlangst noch die Wertzuwachssteuer zu Fall gebracht habe. Auf diesen Gebieten seien sogar die Vorortgemeinden Berlin um einige Rosenkränze voraus.

Freilich war Herr Hammer nachher so dumm, die wahren Gründe des Widerstandes der Gemeinden und der Behörden zu ver-

traten: sie wollen nicht einem Gemeinwesen angegliedert werden, in dem die Sozialdemokratie eine Rolle spielt! Dabei ist die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion doch gerade die Triebfeder zur Zuangriffnahme aller kommunalen Aufgaben gewesen, die Herr Hammer bei dem manchesterlichen Liberalismus vermehrte. Ja, Herr Hammer ging in seiner Inkonsequenz gar so weit, Herrn Cassel und seine liberalen Mannen als eventuelle Bundesgenossen und Mitarbeiter zu bewillkommen, während er seinem Abscheu vor der Sozialdemokratie in der ihm eigenen über-naiven Weise den kühnlichsten Ausdruck gab.

Der Minister des Innern vertrat — ganz den konservativen Forderungen gemäß! — durchaus den reaktionären Standpunkt. Kein Groß-Berlin durch Eingemeindung der Vororte, sondern nur ein „Zweckverband“, ein „freundschaftliches“ Zusammenarbeiten der Gemeinden. Herr v. Mollke beantwortete also das elegische Liebeswerben mit einem glatten „Nein“, mit dem sich übrigens Herr Rosenow, der nach Hammer sprach, schon von vornherein resigniert absand. So zeigt sich der Freisinn auf allen Gebieten durch seine schlaffe Haltung unfähig, selbst die geringfügigste, selbstverständliche Forderung durchzusetzen! —

Die Rechte der Landarbeiter und des Gesindes

beschäftigten gestern die Reichstagskommission, der der sozialdemokratische und der Zentrumsantrag über diese Materie zur Vorberatung überwiesen war. Der Kommission gehören die Herren Breh und Stadhagen an. Von mehreren Mitgliedern der Kommission wurde es als wünschenswert bezeichnet, die für die verschiedenen Gebiete Deutschlands in Betracht kommenden landesgesetzlichen Vorschriften, welche für ländliche Arbeiter und das Gesinde gelten, kennen zu lernen. Stadhagen erklärte sich bereit, in ähnlicher Weise, wie er bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches die damalige Rechtslage des Gesindes in einem gedruckten Exposé geschildert, auch die in Betracht kommenden strafrechtlichen, polizeilichen und Gesindegesetze in etwa 3—4 Wochen schriftlich darzustellen. Es erwiebe aber angebracht, daß die Regierungsvertreter diese Arbeit übernehmen. Schließlich nahm die Kommission einstimmig einen Antrag des Abg. Herold an, der die Regierung ersucht, eine Zusammenstellung des für die ländlichen Arbeiter und das Gesinde in Deutschland bestehenden Rechts, ferner eine Zusammenstellung der wichtigsten ausländischen Gesetzgebungen auf diesem Gebiete und endlich eine Statistik darüber der Kommission zugehen zu lassen, wie oft Bestrafungen wegen Verabredungen ländlicher Arbeiter und Dienstboten zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit eingetreten sind. Die Regierungsvertreter erklärten sich bereit, ihrem Chef Vortrag über den Wunsch zu halten, nahmen aber an, daß die Ausführung des Beschlusses eine weit längere Zeit als 4 Wochen in Anspruch nehmen würde. Die Kommission vertagte sich darauf auf unbestimmte Zeit.

Hoffentlich wird das Material der Kommission in nicht gar zu langer Frist zugehen, damit endlich die bestehenden Ausnahmegesetze gegen die ländlichen Arbeiter und das Gesinde beseitigt werden.

Das neue Branntweinsteuergesetz.

Das Reichsjahrbuch hat auf Verlangen der zur Vorberatung des geplanten Branntweinzwischenhandels-Monopoles eingesetzten Kommission eine neue Branntweinsteuervorlage ausgearbeitet. Ueber den Inhalt dieser neuen Vorlage weiß das „Berliner Tageblatt“ aus „Bestinformierter“ Quelle zu berichten:

Die bisherige Waischensteuer und die aus derselben entspringende Vergütung für denaturierten und exportierten Branntwein wird gänzlich beseitigt.

Die Verbrauchsabgabe betrug bisher für den ungefähren Trinksatz 50 M. Jeder Brennerei war das Quantum zugewiesen, welches sie zu diesem niedrigen Verbrauchsabgabensätze versteuern durfte. Darüber hinaus mußten 70 M. Abgabe bezahlt werden, und in dieser Differenz der Verbrauchsabgabensätze bestand die sogenannte Liebesgabe.

Die Verbrauchsabgabe wird nunmehr in dem höheren Satze auf 140 M. erhöht. Jeder Brennerei wird jedoch gestattet, das bisherige Quantum zu 130 M. in den ersten fünf Jahren sogar zu 125 M. zu versteuern. Die Liebesgabe wird damit auf die Hälfte, in den ersten fünf Jahren auf drei Viertel ihres bisherigen Umfangs reduziert. Bei einer Verringerung des Trinksatzes verringern sich die Mengen entsprechend.

Eine einschneidende Veränderung erfährt die bisherige Brennsteuer. Sie wird um etwa 3 M. auf den Hektoliter erhöht. Den gewerblichen und Hefebrennereien werden entsprechende Zuschläge auferlegt. Der Ertrag dieser Brennsteuer soll so groß sein, daß daraus Vergütungen für den mit allgemeinen Mitteln denaturierten Branntwein in Höhe von 18 M., für den mit anderen Mitteln denaturierten in Höhe von 9 M. pro Hektoliter gezahlt werden können. . . .

Eine weitere, tiefgreifende Veränderung der Brennsteuer erfolgt durch die Einführung eines Brennrechtes, dessen Höhe ungefähr so gestellt ist wie in der Monopolverlage, also nach der Durchschnittserzeugung jeder Brennerei. Sobald dieses Brennrecht überschritten wird, erhöht sich die Brennsteuer für landwirtschaftliche Brennereien auf 18 M., für gewerbliche auf 22 M.

Das „Berliner Tageblatt“ kommt auf Grund seiner Mitteilungen zu dem Schluß, daß das Syndikat, wenn der Entwurf Gesetz werde, eine bedeutende Stärkung erfahre, daß die Verringerung der bisherigen Liebesgabe durch die neue Einrichtung des Brennrechtes ausgeglichen, unter Umständen mehr als ausgeglichen, und der Preis für die Konsumenten so hoch — unter Umständen höher ausfallen dürfte — als im Falle des Monopoles.

Aus der Geschäftsordnungskommission.

In der Sitzung vom 2. März wurde die Debatte über den § 33 und den dazu eingebrachten sozialdemokratischen Antrag fortgesetzt. Es handelt sich darum, ob für den Fall der Verschiebung einer Interpellationsbesprechung durch den Reichskanzler die Besprechung dennoch durch Mehrheitsbeschluß oder, wie die Sozialdemokraten es wollen, schon auf Antrag von 30 Mitgliedern, erzwingen werden kann.

Die freikonservativen Herren Schulz und v. Dirksen hatten sich ein neues Argument zur Bekämpfung des sozialdemokratischen Antrages ausgeklügelt. Sie meinten, die Sozialdemokratie sei imstande, landesverräterische Pläne in die Form einer Interpellation zu kleiden, um dann deren Besprechung zum Verderben des Deutschen Reiches im Reichstage zu erzwingen! Um diese grausige Befehle zu verhüten, dürfe unter keinen Umständen einer Minderheit das Recht gegeben werden, die Besprechung zu erzwingen. — Singer wies in kräftigen Worten diese gegen unsere Partei geschleuberte alberne Insinuation zurück, die doch nur dazu aufgestellt sei, um den Angriff auf das Recht der Minderheit zu verschleiern. — Nach einigen weiteren Bemerkungen wurde der sozialdemokratische Antrag gegen 8 Stimmen (Sozialdemokraten und Zentrum) abgelehnt und dann der § 33 mit einer geringfügigen Änderung in der Fassung der ersten Lesung angenommen.

Der § 33a handelt von dem neu einzuführenden Recht, an eine Interpellation Anträge zu knüpfen. Nach der Kommissionsfassung sollen 30 Unterschriften der Anträge genügen; diese Anträge sollen sich aber innerhalb der Grenzen der Interpellation halten und keine Gesetzentwürfe enthalten. Dann heißt es weiter:

„Falls gegen die Zulassung eines Antrages Widerspruch von mindestens 30 Mitgliedern erhoben wird, beschließt darüber der Reichstag sofort ohne vorherige Diskussion.“

Die Sozialdemokraten beantragen, diesen Satz zu streichen, da er es von der Gnade der Mehrheit abhängig macht, ob die Minderheit Anträge einbringen darf oder nicht. In der Debatte wurde von Singer und Ledebour darauf hingewiesen, daß es den Sinn des ganzen Antragsrechtes zunichte mache, wenn man die Minderheit auf solche Weise unter die Vormundschaft der Mehrheit stellen wolle. Würde die jetzt vorliegende Kommissionsfassung angenommen, so komme das auf eine Verfälschung der Absicht hinaus, die der Reichstag bei Einsetzung der Kommission offenbar im Auge gehabt habe.

Die Konservativen brachten einen Antrag ein, der verhindern will, daß Anträge bei Interpellationen überhaupt gestellt werden können. Die Nationalliberalen und Freisinnigen hielten an der Fassung erster Lesung fest und malten die Gefahren aus, die aus dem Mißbrauch des Antragsrechtes erwachsen könnten. Roeren (3.) war zwar wegen solchen Mißbrauchs nicht ohne Bedenken, erklärte aber doch schließlich, sich auf den Standpunkt des sozialdemokratischen Antrages stellen zu wollen, weil sonst das Antragsrecht überhaupt illusorisch gemacht werde. Der Abg. Müller-Meinigen (fr. Sp.), der sich anfangs gegen den sozialdemokratischen Antrag völlig ablehnend verhalten hatte, kam im Laufe der Debatte doch zu der Ansicht, daß sich die Kommissionsfassung nicht aufrecht erhalten lasse. Er meinte, es sei ratsam, sich im Fraktionskreise zu überlegen, ob sich nicht ein Vermittelungsweg finden lasse, etwa durch Erhöhung der Zahl der Antragsteller. Ledebour beantragte darauf Vertagung, da es ja weiter keinen Zweck habe, zu debattieren, solange nicht ein Resultat der Ueberlegung vorläge. Die Vertagung wurde beschlossen. (Fortsetzung: Freitag, den 5. März.)

Bettelpfennige für Arbeiterwitwen und -Waisen.

Die Scherblätter berichten, daß dem Bundesrat binnen kurzem ein Gesetzentwurf zugehen soll, der die Aufhebung des § 15 des Sozialtarifgesetzes vorsieht, wonach die Mehreinnahmen aus gewissen landwirtschaftlichen Zöllen als Fonds für die zu gründende Witwen- und Waisenerziehung aufgesammelt werden sollen. Anstatt dieser schwebenden Beträge sollen nach dem neuen Entwurf feste Reichszuschüsse zur Durchführung dieser Versicherung gewährt werden.

Dagegen ist an sich nichts einzuwenden, da die Mehreinnahmen aus den bewußten Zöllen sich als eine sehr schwankende Grundlage erweisen haben — in einem Jahre fehlten sie gänzlich, so daß überhaupt nichts in die Kasse der Witwen und Waisen floß und in dem mit März ablaufenden Etatjahr wird der Ertrag so gering sein, daß schon vor einiger Zeit der Staatssekretär des Innern die Hoffnung, die Versicherung auf diese Einnahmen aufbauen zu können, als einen „schönen Traum“ bezeichnete. Das Zentrum, das diesen § 15 brauchte, um den ihm anhängenden Arbeitern den Schein eines Ausgleichs für die Mehrbelastung durch die Wucherzölle des Wuchertarifs vorzuspielen zu können, hat damit eine höchst liebedürftige gesetzgeberische Arbeit geleistet, die ihre wahre Bestimmung, als Wählerlöcher zu dienen, nur zu sehr verrät.

Die „Ragdeburger Zeitung“ behauptet, einiges nähere über die Vorlage zu wissen; so, daß die Versicherung fundiert werden solle durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und durch Fondszuschüsse des Reiches, die im Beharrungszustande auf 40 bis 45 Millionen festgelegt werden sollen.

Ueber den wichtigsten Punkt aber, über die Höhe der Renten macht das nationalliberale Blatt die schier ungläubige Mitteilung, daß „man hoffe“, den Arbeiterwitwen Renten bis 50 Mark (sage und schreibe bis fünfzig Mark!) und den Arbeiterwaisen Renten bis zu 30 Mark zahlen zu können!

Wir bezweifeln vorläufig, daß das Ragdeburger Blatt richtig informiert ist. Denn tröse seine Angabe zu, so müßte man fragen, ob die Reichsregierung durch das Einbringen einer Vorlage, die den Witwen der Arbeiter den Bettelpfennig eines Jahresalmosens bis zu 50 Mark verheißt, den Reichstag und die Arbeiterschaft verhöhnen will?!

Wahlreform in Hessen.

In der Dienstagssitzung der Zweiten hessischen Kammer kündigte Staatsminister Ewald die baldige Einbringung einer Vorlage über Einführung des direkten Wahlrechts in Hessen an.

Konservierung des Altenburger Vierklassenrechts.

Der Landtag des Herzogtums Sachsen-Altenburg hat am Dienstag das neue Wahlgesetz angenommen. Vorher hatte ein Antrag des Präsidenten Dgwald Annahme gefunden, nach welchem auf das platt Land 12 Abgeordnete, auf die Städte 11 und auf die Höchstbesteuerten 9 Abgeordnete entfallen. Die Zahl der Abgeordneten erhöht sich damit um zwei.

Erzberger als Gemütsmensch.

Daß Herr Erzberger nicht immer zu seinem eigenen Vergnügen redet, sondern auch, um seine Mitmenschen vor Schaden zu bewahren, das hat er, wie jetzt bekannt geworden ist, kürzlich bewiesen.

Es war Aschermittwoch und die erste Sitzung nach zwei freien Tagen; das Haus war schwach besetzt. Auf der Tagesordnung standen Rechnungsübersichten, die Schulgebiete betreffend, und der Etat des Rechnungshofes. Die Redezeit stand auf dem Gefrierpunkt und die Sitzung, die erst um 2 Uhr begonnen hatte, wäre wahrscheinlich um 3 Uhr zu Ende gewesen, wenn nicht Herr Erzberger eingedrungen wäre und nicht weniger als vier Reden vor dem leeren Hause gehalten hätte.

Jetzt kommt sein edler Fraktionsgenosse Viktorius Gerstenberger und berichtet im „Würgzburger Volksblatt“ folgendes:

„. . . Erzberger mußte sich übrigens heute an seinem Namenstage recht plagen, um durch öfteres Reden die Sitzung so lange hinauszuziehen, bis die süddeutschen Kollegen mit den nachmittags ankommenden Zügen eingetroffen waren. Sonst wäre die Sitzung schon nach 1½ Stunden zu Ende gewesen, und die Nachkommen hätten 20 M. „ans Wein schmieren können.“

Kein Wunder, daß der Einfluß Erzbergers — sehr zum Kerger derer um Hertling und Spahn — in der Zentrumsfraktion steigt. Für solche Beweise von Solidarität müssen die süddeutschen Zentrumsabgeordneten, denen Herr Erzberger die Diäten rettet, sich doch dankbar erweisen. —

Die Reichstagsfrühwahl in Verden-Doja

ist auf den 8. März angesetzt worden.

Das amtliche Resultat der Hauptwahl lautet: Es wurden 2274 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf v. Damenberg (Wette) 6817, auf Dr. Heiligenstadt (natl.) 6888, auf Henke (Soz.) 3808, auf Harries (freisinn.) 8458, auf Dr. Lewin (Reif. Vd.) 3163. —

Die Dresdener Wahlrechtsprozeße.

Ein Brauergehilfe soll in Dresden am 17. Januar, dem Wahlrechtssonntag, die Polizei durch den Ausruf: „Laßt doch die Wähler gehen!“ beleidigt haben. Das Dresdener Schöffengericht verurteilte ihn zu zehn Tagen Gefängnis.

Oesterreich.

Ein Hochverratsprozeß.

Agram, 3. März. Heute begann die öffentliche Schlussverhandlung in dem großherzoglichen Hochverratsprozeß, der sich gegen 33 Angeklagte richtet. Die Staatsanwaltschaft hat 250 Zeugen vorgeladen, ebenso hoch wird die Zahl der Entlastungszeugen sein. Die heutige Sitzung war mit Verlesung der Anklageschrift ausgefüllt, die wegen ihres Umfangs noch die morgen stattfindende Sitzung beanspruchen wird.

Frankreich.

Ein Vertrauensvotum für Clemenceau.

Paris, 3. März. Die Deputiertenkammer lehnte heute bei Weiterberatung des Gesetzentwurfs über die Einkommensteuer nach der Erklärung des Ministerpräsidenten, daß die Regierung die Vertrauensfrage stelle, den von der Regierung befristeten Änderungsantrag Magnanb's mit 291 gegen 185 Stimmen ab.

Paris, 3. März. Sämtliche Blätter erörtern die gestrige Abstimmung der Kammer. Die gemäßigt republikanischen, die nationalistischen und konservativen Blätter verhöhnen die Deputiertenkammer, die sich innerhalb 24 Stunden eines so schweren Widerspruchs schuldig gemacht habe. Was die Kammer anbelange, so zeige die Ungeniertheit, mit der sie ihre Meinung wechselte, ihre ganze Unüberlegtheit und Verfahrtheit. Die radikalen Blätter ermahnen die Kammermehrheit, durch rasche Erledigung der Einkommensteuervorlage zu zeigen, daß sie einer ersten, raschen Arbeit fähig ist.

England.

Eine neue Wahlniederlage der Liberalen.

Glasgow, 2. März. Bei der Ersthwahl zum Unterhause für Glasgow (Zentral) erhielt der Unionist Dixon 7298, der Libérale Bowles 5173 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Dänemark.

Gegen Militarismus und Festungsbauten.

Das dänische Volk hat am Sonntag im ganzen Lande Massenproteste gegen die Regierungsvorläge zur Reform der sogenannten Landesverteidigung erhoben, die, abgesehen von der Erhöhung des Militäretats um 8 Millionen, dem kleinen Lande die ungeheure Summe von 42 Millionen kosten sollen. In der Hauptstadt fanden nicht weniger als 7 Protestversammlungen statt, die nebenbei auch der Agitation für die am 12. März stattfindenden Kommunalwahlen dienen. Weitere zahlreiche Versammlungen hatten unsere Genossen in den Provinzstädten und Landorten einberufen. Gewaltige Menschenmassen waren zusammengekommen und überall wurde ein Resolution angenommen, in der energisch gegen die Rüstungspläne protestiert, und der Abbruch der Rüstungsvorläge der Sozialdemokratie als durchaus nützlich und zweckmäßig anerkannt wird.

„Dänemark“, heißt es in der Resolution, „muß sich für prinzipielle und dauernde Neutralität erklären, mit der Forderung, daß alle internationalen Streitigkeiten durch Schiedsgerichte erledigt werden, und wir sind überzeugt, daß die völlige Abschaffung des Militarismus der sicherste Weg zur Aufrechterhaltung unserer Neutralität ist.“

Militarismus und Wahlkreisordnung.

Die erste Beratung der Regierungsvorlage zur Reform des Landesverteidigungswesens ist am Montag beendet worden. Sie hat acht Tage gedauert. Der letzte Tag brachte den bürgerlichen Parteien eine Ueberraschung, indem unser Parteigenosse Klauen den Antrag stellte, die Diskussion über die Vorlage so lange auszusetzen, bis eine gerechte Einstellung der Politik hinsichtlich der Wahlkreise beschlossen sei. Die Regierung hat zwar sichtlich im Landsting einen Verfassungsentwurf eingebracht, wonach die Zahl der Wahlkreise von 114 auf 132 erhöht werden soll, dessen Durchführung jedoch voraussetzt, daß die Wahlkreise in diesem Frühjahr noch nach der alten höchst ungerechten Wahlkreisordnung stattfinden, also kein klares Bild von der Stellung des Volkes zur Militärvorlage geben können. Dagegen verlangen unsere Genossen die leicht durchführbare Neuerteilung der Wahlkreise auf Grund der bestehenden Verfassungsbestimmung, daß auf je 10 000 Einwohner ein Wahlkreis abgeordnet kommen soll, was die Zahl von 160 ergeben würde. Mäusens Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Die Regierungsvorlage ist nun einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen worden; ebenso der sozialdemokratische Abänderungsvorschlag. Der konservative Vire hat zwar den Antrag gestellt, über den Vorschlag unserer Genossen sogleich im Plenum abzustimmen, aber damit keinen Erfolg gehabt.

Aus der Partei.

Ein Jubiläum der Koburger Parteiorganisation. Die sozialdemokratische Parteiorganisation im Herzogtum Koburg blickt gegenwärtig auf eine fünfundsiebenzigjährige Tätigkeit zurück. In den ersten Tagen des Ausnahmestates erfolgte die Gründung. Als die Wahlen zum Reichstage am Jahre 1884 ausgeschrieben waren, beschlossen neun Koburger Genossen den damaligen Kammergerichtspräsidenten Bieder als Wahlkandidaten aufzustellen. Bieder kandidierte im Sonneberger Kreise und nahm die Kandidatur auch in Koburg an. Den damaligen Verhältnissen gemäß, gründeten die paar Genossen einen Wahlverein zur Erzielung vollstündlicher Wahlen, der dann seine Tätigkeit während des Sozialistengesetzes fortsetzte, bis aus dem Wahlverein nach dem Fall des Schandgesetzes sich die heutige Landesorganisation bildete. Diese weist heute über 700 im Herzogtum Koburg verteilte Genossen und Genossinnen als Mitglieder auf.

Aus den Organisationen. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Vielefeld-Wiedenbrück fand am Sonntag in Vielefeld statt. 14 Ortsgruppen waren durch 187 Delegierte, darunter 10 weibliche, vertreten, ferner der Kreisvorstand und die Redaktion und Expedition der „Volkswacht“. Die Abrechnung von der Landtagswahl wies eine Einnahme von 3611,50 M. und eine Ausgabe von 3015,04 M. auf. Das Defizit tragen die Kreisvereine Vielefeld-Wiedenbrück und Herford-Halle prozentual ihrer Mitglieder. Die Kreisliste verzeichnet im zweiten Halbjahre 1908 eine Einnahme von 6702,33 M., dazu Klassenbestand 7370,04 M., in Summa 13 577,37 M. Einnahmen, an Ausgaben 7315,70 M., bleibt Bestand am 31. Dezember 1908 6261,67 M. Die Mitgliederzahl a h 1 betrug Ende 1908 4296 männliche, 187 weibliche, zusammen 4483 gegen 4194 Mitglieder am 30. Juni 1908, ein Mehr von 289 Mitgliedern. Ein Bildungsausschuss hat gute Arbeit geleistet. Die „Gleichheit“ hat 337 Abonnenten, die „Arbeiter-Jugend“ zurzeit 120. Eine kleine Broschüre: „Warum müssen wir uns politisch organisieren?“ wurde in 5000 Exemplaren verbreitet. Die Zahl der „Volkswacht“-Abonnenten hat sich, trotzdem jetzt 2000 Arbeiter weniger in der Metallindustrie beschäftigt werden, fast auf der Höhe gehalten. Fast einstimmig wurde ein Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung gesetzt: Zu entscheiden zwischen Verbeibaltung oder Abschaffung der Arbeitstube am 1. Mai. Diese Versammlung soll so frühzeitig stattfinden, daß zum allgemeinen Parteitag eventuell ein entsprechender Antrag eingereicht werden kann. Reichstagsabgeordneter Genosse Severing hielt ein beifällig aufgenommenes Referat über die politische Lage.

Verantwortl. Redakt.: Carl Wermuth, Berlin-Mittdorf. Inzerate verantw.: G. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlag Anstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Siegru 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der Sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Herford-Halle vereinigte im zweiten Halbjahre 1908 1684,56 M. Dem gegenüber stand eine Ausgabe von 1542,46 M., mithin Bestand am 31. Dezember 1908 142,10 M. Mitglieder zählte der Verein am 31. Dezember 1908 971 gegen 788 am 30. Juni 1908, die Zunahme betrug 188 Mitglieder. Die Zahl der Abonnenten auf die „Volkswacht“ betrug am 31. Dezember 1907 gegen 1549 am 30. Juni 1908, mithin mehr 88. In 8 Gemeinden zählt unsere Partei 12 Gemeindevorsteher. Die Generalversammlung am Sonntag war von 19 Ortsgruppen durch 69 Delegierte und dem Kreisvorstand besetzt. Redakteur Genosse Hoffmann hielt einen Vortrag über „Bildungsausschuss und Bildungsbefreiungen“.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Abgelehnter Richter.

Am Montag verhandelte die Strafkammer zu Dortmund gegen Genossen Rottebohm von der „Arbeiterzeitung“ wegen angeblicher Beleidigung des preussischen Offizier- und Unteroffizierskorps des preussischen Oereskontingents durch den bekannten Artikel „Schinderknecht“. Die Verhandlung war in dieser Angelegenheit im Januar bereits einmal vertagt worden, weil ein Antrag des Genossen Rottebohm vorlag, zwei dem Gerichtshof angehörende Referentoffiziere als befangen abzulehnen. — Am Montag nun lehnte Genosse Rottebohm den Vorschlag der Kammer als befangen ab. Es seien unter seinem Vorhinein von der Strafkammer verschiedene Urteile gefällt worden, die von der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ als drakonisch scharf kritisiert worden seien. Der Vorsitzende könne deshalb dem Redakteur dieser Zeitung nicht unbefangenen gegenüberstehen. — Der Vorsitzende erklärte sich deshalb zwar für unbefangend; das Gericht hielt aber den Antrag Rottebohm doch für begründet, hielt den Vorsitzenden also für befangen und vertagte die Verhandlung nochmals.

Strafkants der Presse. Wegen angeblicher Richterbeleidigung wurde Genosse Wolff von der „Volkswacht“ zu Breslau zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung wurde darin gefunden, daß unser Parteiblatt unter ironischer Ueberschrift den Wortlaut eines Urteils des Festenberger Schöffengerichts veröffentlicht hatte, durch das ein Verhandlungsleiter wegen Nichtanmeldung einer Gewerkschaftsversammlung zu 5 Mark Geldstrafe verurteilt worden war.

Soziales.

Schadenersatzanspruch wegen Sperre und schwarzer Listen.

Eine größere Zahl von Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes haben Klagen gegen die Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten auf Streichung ihres Namens aus den schwarzen Listen und Zahlung vollen Schadenersatzes wegen der unzulässigen Sperre angestrengt. Die meisten dieser Klagen schweben noch.

Zwei sind jedoch vom Kammergericht zugunsten der durch Rechtsanwält Dr. Steinemann vertretenen Kläger entschieden.

Die eine betrifft den Gärtler Schröder. Dieser wurde am 18. März 1906, als er noch Lehrling war, aus den sämtlichen der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten angeschlossenen Betrieben ausgesperrt. Diese wurden angewiesen, den Schröder nicht nur als Gärtler, sondern auch als Arbeiter auszuschießen. Die Sperre erfolgte deshalb, weil Schröder angeblich als Lehrling im Jahre 1904 in der Koppischen Fabrik ausländischen Arbeitern dieses Betriebes, insbesondere deren Streikposten, zum Nachteil der Lehrherren Zutrittsdienste geleistet, namentlich den Streikposten von Vorgängen innerhalb der Fabrik über Ein- und Austritt Arbeitswilliger Bericht erstattet und trotz Verbotes davon nicht abgelassen habe. Ueber diese Behauptungen fand vor dem Kammergericht eine umfassende Beweisaufnahme statt. Das Kammergericht hielt hiernach sämtliche Einwendungen der Beklagten für widerlegt. Von den Angaben des Koppian selbst heißt es im Urteil wörtlich, daß sie einer genügenden Zuverlässigkeit entbehren, um auf sie Feststellungen gründen zu können. Koppian habe nun von Dritten die von ihm gegen den Kläger erhobenen Anschuldigungen erfahren. Diesem durchaus negativen Resultat gegenüber sei durch die bestimmten Befundungen der übrigen Zeugen widerlegt, daß Kläger den Streikposten Zutrittsdienste geleistet habe. Wenn die Organe der Beklagten zum Kläger gefordert hätten, daß er sich zunächst bei Koppian entschuldige und wenn davon die Aufhebung der Sperre abhängig gemacht worden sei, so habe zu dieser Maßregel seinerlei Veranlassung vorgelegen. Durch die Sperre sei der Kläger geschädigt. Für diesen Schaden sei Beklagte verantwortlich, da ihr Verhalten gegen die guten Sitten verstoße. Es widerspricht, so heißt es wörtlich im Urteil, dem sittlichen Empfinden aller billigen Denkenden, wenn einem jungen Manne, der, um zu leben, auf seine gewerbliche Arbeit angewiesen ist, die Erwerbsmöglichkeit in seinem Berufe in einer Weise, daß er in der Ausübung seiner Fähigkeit fast völlig beeinträchtigt wird, eingeschränkt wird, ohne daß für solche Maßnahmen ein sachlich ausreichender Grund vorläge. Demgemäß hat die Beklagte dem Kläger wegen der Aussperrung für den ihm durch diese zugefügten Vermögensschaden gemäß § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Der zweite vom Kammergericht entschiedene Fall betrifft den Gärtler Laffer. Er wurde im Februar 1904 ohne Angabe von Gründen von der Firma Otto Herberg u. Co. entlassen. Auf dem Bureau des Arbeitsnachweises der Vereinigung wurde ihm sein Arbeitsschein mit dem Bemerken, daß er gesperrt sei, abgenommen. Laffer fand zwar Arbeit bei der Aktiengesellschaft Gebrüder Krüger. Nach kurzer Zeit wurde er jedoch mit dem Hinweis darauf entlassen, daß die Firma ihrer naturlichen Verpflichtung gemäß einen Nachweischein des Arbeitsnachweises der Beklagten verlangen müsse. Laffer klagte zunächst gegen die Firma Herberg u. Co., die der Vereinigung mitgeteilt hatte, daß Laffer für den Metallarbeiterverband agitiert und diejenigen gröblich beleidigt habe, die während des Streiks bei der Firma gearbeitet hätten. Die Firma wurde nun, wie wir seinerzeit mitteilten, auch rechtskräftig zum Ersatz des dem Kläger durch die Sperre erwachsenen Schadens verurteilt. Demnachst klagte Laffer gegen die Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten eine Klage des Inhaltes an, daß die Vereinigung verpflichtet sei, die über den Kläger für die Benutzung ihres Arbeitsnachweises verhängte Sperre wieder aufzuheben und ihm auf sein Verlangen den vorgezeichneten Handschein abzugeben und auszuhandigen. Auf Antrag der Beklagten wurde auch in dieser Sache eine große Anzahl Zeugen vernommen, die befunden sollten, daß Kläger Arbeitswillige gröblich beleidigt und bedroht habe. Die Sache zog sich dadurch lange Zeit hin, daß Beklagte einen früheren, jetzt angeblich in Amerika befindlichen, jedoch unaufrichtbaren früheren Arbeitswilligen als Zeugen benannte. Die Akten muhten deshalb nach Amerika gehen. Keiner der Zeugen vermochte jedoch die Behauptungen der Beklagten zu bestätigen. Das Kammergericht führt in seinem Urteil aus, daß selbst wenn Kläger für den Metallarbeiterverband Mitglieder geworden und seine Mitarbeiter zum Abonnement auf das Verbandsorgan aufgefordert habe, darin unmöglich ein Grund für die Sperre gefunden werden könne. In einer solchen würde eine gegen die Billigkeit verstößende Härte liegen. Anders würde es sein, wenn Kläger entgegen seinem Verprechen Arbeitswillige bedroht und beleidigt hätte. Dies sei jedoch nicht erwiesen. Es sei daher dem Kläger ein Eid darüber anvertraut, daß er sich der ihm zur Last gelegten Verfehlungen nicht schuldig gemacht habe. Letzter Kläger den Eid, so sei sein Anspruch berechtigt und begründet.

Gewerkschaftliches.

Unzuverlässige Gelbheit.

In den „Germania“-Zälen zu Berlin verließen die von den Unternehmern mühsam für die gelbe Bewegung eingefangenen Arbeiter auf eine Aufforderung der von ihnen angeblich so gehaltenen „Roten“ das Lokal, und ließen die bezahlten Mäher der angeblichen neuen Arbeiterbewegung mit einer Anzahl von Werkmeistern und Kontorangestellten allein.

In Augsburg verlagten sie dieser Tage ihren „Führer“ abermals die Gefolgschaft und blieben seelenruhig in der Gemeinschaft der Roten sitzen.

Im größten Saale Augsburgs, dem Ausgangspunkt der gelben Bewegung in Deutschland, sprach am Montag in einer vom Deutschen Metallarbeiterverband einberufenen öffentlichen Versammlung Genosse A. Cohen-Berlin über den „gelben Sumpf“.

In der Absicht, die Versammlung zu sprengen, hatte sowohl die Maschinenfabrik Augsburg als noch andere Etablissements den Gelben die Erlaubnis gegeben, eine Stunde früher Feierabend zu machen, um schon von vornherein den Saal mit Gelben zu besetzen. Die Versammlung war denn auch überfüllt, gegen 4000 Personen saßen und standen im Versammlungslokale, weit über 1000 Besucher fanden keinen Einlaß, der Saal mußte polizeilich geschlossen werden.

Außer den Vorstandsmitgliedern der gelben Vereine Augsburgs und Umgebung waren sämtliche Meister und Beamten zu der Versammlung kommandiert, der bekannte Profurist Pfeiffer der Maschinenfabrik Augsburg nebst anderen, eifrigen Förderern des gelben Arbeiterverrates übten persönliche Kontrolle aus. Dazu waren noch erschienen: Rudolf Lebius aus Berlin, der Vorsitzende des gelben Vereins der Siemens-Schuckertwerke, Schönknecht-Berlin, und der Vorsitzende des gelben Vereins von E. Wolf-Magdeburg-Vudau, Hoffmeister. Die Rollen waren planmäßig verteilt, um die Versammlung zu sprengen, und sogar die Deute bestimmt, die „Deutschland über alles“ singen sollten.

Schon eingangs der Versammlung versuchte Lebius durch Stellung von Geschäftsordnungsanträgen die Anwesenden zu provozieren, und den Krach vorzubereiten. Als diese Versuche unter dem stürmischen Beifall der Anwesenden zurückgewiesen wurden, verließ Lebius und sein Anhang — unter Schimpfen und Schreien — das Versammlungslokal mit der Aufforderung an die Gelben, ebenfalls zu gehen und in einem anderen Lokale zu tagen. Die gelben Drahtzieher hatten nämlich für alle Fälle einen Saal gemietet.

Und nun trat etwas Unerwartetes ein: die zu vielen Hunderten anwesenden Gelben versagten ihren Führern die Gefolgschaft, sie blieben sitzen. Nur etwa ein Dutzend verließ den Saal, die anderen wohnten der Versammlung bis zum Schlusse bei. Diese verließ sonst durchaus ruhig. Cohen erntete mit seinen Ausführungen lebhaften Beifall, und die Anwesenden stimmten schließlich mit Begeisterung in ein auf die internationale Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie ausgebrachtes Hoch ein.

Die Polizei war äußerst fürsorglich, der Saaleingang und die Straße waren von ca. 50 Schutzleuten besetzt, in einer benachbarten Kaserne war eine Polizeikolonie stationiert und eine Anzahl Geheimpolizisten hielten sich im Saale auf.

Die gelbe Bewegung in Augsburg hat durch diese Versammlung einen Stoß erlitten, von dem sie sich nicht wieder erholen wird.

Die Unternehmer aber dürften mit der Zeit vielleicht doch einsehen, daß die einzelnen schlauen Industrierittern an den Hals geworfenen Tausende auch nicht die magische Wirkung haben, die deutschen Arbeiter urplötzlich die Tatsache des Klassenkampfes vergessen zu lassen, wenn ihnen brutale Scharfmacher durch ihre Maßnahmen diese Tatsache tagtäglich wieder in Erinnerung bringen.

Deutsches Reich.

Die Armeintendantur für die ausländische Lohnklausel.

Bei Gelegenheit der Neuregelung der Bedingungen für die Vergabe städtischer Arbeiten beantragten die sozialdemokratischen Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung Rathenows die Aufnahme folgender Bedingung:

„Der submittierende Unternehmer ist verpflichtet, den bei Ausführung der zu vergebenden Arbeit beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen mindestens diejenigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren, welche in dem betreffenden Gewerbe tariflich festgelegt sind.“

Der Antrag wurde mit der Vorlage an die Baudeputation zurückverwiesen. Als jetzt über die Vergabe der Arbeiten für einen von der Stadtgemeinde vertraglich aufzuführenden Neubau eines Offizierkasinos beschlossen werden sollte, erkundigten sich unsere Genossen nach dem Schicksal ihres Antrages. Der Stadtbaurat gab zur Antwort, daß man noch dabei sei, die Lieferungsbedingungen entsprechend umzuarbeiten. Für die vorliegende Vergabe sei der Antrag überdies gegenstandslos, da hier die Intendantur die Lieferungsbedingungen vorschreibe. Letztere enthielten bereits die in dem Antrage geforderten Bedingungen.

Oberbürgermeister und Arbeitslosenzählung.

Aus Halle a. S. berichtet man: Auf eine Anzapfung unserer Genossen äußerte sich am Dienstag im Stadtbetorordnetenkollegium der Oberbürgermeister Dr. Rixe über den bekannten Schwindelartikel gegen die Arbeitslosen. Der Herr meinte, wer den Artikel in das Amtsblatt gebracht habe, könne er nicht sagen. Er sei aber weit entfernt davon, anzunehmen, die Zähler hätten absichtlich falsch gezählt. Nach dem Zählsergebnis und dem Abschied sei absichtliche Fälschung ausgeschlossen. Irrtümer wären bei solchen Zählungen unvermeidlich. Damit ist das Amtsblatt, das seine Informationen von der Polizei erhalten haben will, gerichtet. — Wird nun die von dem Reichsverband bediente Presse den Schwindel widerrufen?

Der Streik bei der Zigarrenfirma Jöbide in Dresden hat sich weiter ausgedehnt. Auch die Zigarrenfortikerer und Kistenmacher sind mit in den Ausstand getreten, so daß nunmehr 160 Arbeiter im Ausstand stehen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Schneefall.

Bamberg, 3. März. (B. H.) In der Stadt fielt der Verkehr infolge des Schneefalles fast vollständig. Von gestern Abend bis heute Mittag schneite es ununterbrochen. Besonders stark war der Schneefall heute vormittag. Man befürchtet ein noch viel schlimmeres Hochwasser als das letzte. Es werden umfassende Vorkehrungen getroffen, um größeren Schaden zu verhindern.

Ein mehrfacher Mörder verhaftet.

Rattow, 3. März. (B. H.) Unter den Saisonarbeitern verhaftete heute die Rattowitzer Polizei auf Grund einer Photographie den mehrfachen Mörder Kujel aus Lemberg.

Messina, 3. März. (B. T. W.) Die Arbeiten zur Wiederherstellung der Kabel in der Meerenge von Messina sind vollendet. Sechs Kabel sind ausgebeßert. Eines mußte aufgegeben werden, weil es von einer zu großen Menge Schutt bedeckt war. Die Kabel wiesen Brandschäden auf, was für die Annahme spricht, daß Ursache des Erdbebens mehr unterseeische vulkanische Explosionen, als tektonische Beben gewesen sind.

Reichstag.

218. Sitzung vom Mittwoch, den 3. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dernburg. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Etats für die Schutzgebiete und des Etats für das Reichskolonialamt.

Die Beratung wird fortgesetzt beim Etat für das südwestafrikanische Schutzgebiet.

Abg. Dr. Arning (natl.): Der jetzige Stand der südwestafrikanischen Eingeborenenpolitik entspricht nicht den Wünschen der dort eingewanderten weißen Bevölkerung; sie müßte der historischen Entwicklung jener Gebiete in höherem Maße Rechnung tragen. Die Zustülpung bedarf der Verbesserung; sehr gut wäre es, wenn der Staatssekretär sich die Kodifizierung des Eingeborenenrechtes angelegen sein ließe. An der Nichtberücksichtigung der Reger muß festgehalten werden, darin sind die Kenner der Reger einig. — Der Alkoholverbrauch in Südwestafrika ist größer als in Südafrika; das hängt mit den unruhigen Verhältnissen dort zusammen. Uebrigens wünsche ich aus gesundheitlichen Rücksichten einen Abgang des Alkoholkonsums sowohl in den Schutzgebieten als in der Heimat. — Die Kommunalverfassung des Herrn Schudmann habe ich nicht so durchgearbeitet wie Herr Erzberger, so fleißig wie dieser Herr bin ich nicht (Heiterkeit); aber im ganzen habe ich von ihr einen guten Eindruck erhalten. — Die Vergewaltigung ist ungeheuer; es haben sich verschiedene Minengesellschaften gebildet, die nur pro forma arbeiten lassen, um das Besitzrecht aufrecht zu erhalten. Hier sollte die staatliche Aufsicht einlegen. — Die Sozialdemokraten verweise ich auf die anerkanntesten Worte, die der belgische Sozialdemokrat Vandervelde den belgischen Soldaten und Offizieren im Kongostaat gewidmet hat. Vielleicht geben die Herren Koske und Ledebour auch einmal nach unseren Kolonien, sie werden dann über unsere Soldaten und Offiziere zu einem ebenso günstigen Urteil kommen wie ihr belgischer Kollege über die belgischen Soldaten und Offiziere. (Bravo! bei den National Liberalen.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Genau wie gestern bin ich auch heute in der Lage, hier dafür einzutreten, daß eine Resolution, die der Reichstag im vorigen Jahre auf unseren Antrag angenommen hat, von der Reichsregierung auch wirklich durchgeführt wird. Wenn ich so zweimal hintereinander reformatorische Maßregeln, die von uns selbst angeregt sind, hier bespreche, so bin ich der Möglichkeit ausgesetzt, von irgend einem Kolonialschwärmer sofort auch für einen Kolonialreformer ausgegeben zu werden, wie das ja zweien meiner Parteifreunde passiert ist. Ich will deshalb kurz präzisieren, wie wir trotz unserer grundsätzlich ablehnenden Stellung zur Kolonialpolitik zu unseren Reformvorschlägen kommen: Wir bekämpfen die kapitalistische Kolonialpolitik, weil sie die staatlichen Zwangsmittel zur Unterjochung und Ausbeutung fremder Völkerschaften anwendet. Es ist das ihre unvermeidliche Folge, ohne welche sie ja nicht denkbar ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und da wir die Unterjochung und Ausbeutung fremder Völker hier in Europa und in der ganzen Welt verurteilen, so sind wir selbstverständlich auch Gegner der kapitalistischen Kolonialpolitik. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da wir sie aber nicht hindern können, so stehen wir ihr selbstverständlich so gegenüber wie dem kapitalistischen Staat, den wir ebenfalls bekämpfen, und in welchem wir doch jede Gelegenheit benutzen, um im Interesse der Unterdrückten und Ausgebeuteten tätig zu sein. Auch in der Kolonialpolitik werden wir daher versuchen, die Unbilden der Unterdrückten zu mildern, sie zu schützen und zugleich dafür zu sorgen, daß die dem deutschen Volke durch die Kolonialpolitik auferlegten Lasten geringer werden. Darin sind wir alle einig. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ran hat Herr Storz die sonderbare Auffassung gehabt, weil wir mit dieser Kolonialpolitik nichts zu tun haben wollen, liefern wir dadurch das Eingeständnis, wie außerordentlich glücklich wir in Deutschland leben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn jemand das Leben der Reger unter der Herrschaft unserer Kolonialpolitik und das der Arbeiter in Deutschland unter der Herrschaft der Bureaucraten miteinander vergleicht, und wenn er dann

so bescheidenes Gemüths ist, es bereits als ein Glück anzuerkennen, daß die Deutschen von unseren Bureaucraten nicht ebenso behandelt werden, wie etwa die Reger von Herrn Trotha behandelt sind, so muß er von einer ganz besonderen Untertanendemut erfüllt sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) wie sie der veredelnde Einfluß der Rechten auf die Linke erzeugt hat. (Abg. Krenndt (Sp.): Sehr richtig! Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nun, den Herren von der Linken war nichts unangenehmer als diese anmaßende Behauptung, daß sie durch Ihren Umgang, Herr Krenndt, veredelt sind. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Die Resolution,

um die es sich handelt, ersuchte den Reichskanzler, Anordnungen zu treffen, durch welche den eingeborenen Stämmen im Schutzgebiet Südwestafrika, denen infolge des Aufstandes ihr Land genommen wurde, aus den der Regierung zur Verfügung stehenden Ländereien so viel Land zurückgegeben wird, daß sie darauf ihren Lebensunterhalt in der den Landesverhältnissen entsprechenden Wirtschaftsweise in selbständigen Betrieben gewinnen können. Das Haus hat sich damals auf unseren Standpunkt gestellt, daß etwas dergleichen geschehen muß, um überhaupt gedeihliche Zustände in Südwestafrika herbeizuführen, ja, um den Eingeborenen das Leben überhaupt erträglich zu machen. Es ist mir nicht bekannt geworden, daß die Reichsregierung irgend etwas getan hat, um dieser Resolution nachzukommen und ich stelle hiermit die direkte Anfrage an den Staatssekretär, ob und was in dieser Richtung geschehen ist, ob die Regierung darauf hingearbeitet hat, um diese mit großer Mehrheit angenommene Resolution — sämtliche Parteien haben dafür gestimmt außer denen, die auf dem Veredelungsstandpunkt des Herrn Krenndt stehen (Heiterkeit) — zur Durchführung zu bringen. Wenn die Regierung überhaupt mit dem Reichstag zusammenarbeiten will, muß sie einer dergleichen Aufforderung nachkommen und Rechenschaft darüber ablegen, wie sie ihr nachgekommen ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Soweit man überhaupt jetzt schon aus der Zeit nach dem Aufstande ein Urteil fällen kann, ist eine solche Maßregel dringend geboten. Denn es ist schon soweit gekommen, daß die Reger in Südwestafrika alles aufbieten, um sich der deutschen Herrschaft zu entziehen. Die Regierung hat selbst mitgeteilt, daß ein Hereroaufstand im englischen Gebiet sich bemächtigt, die Hereros zu Arbeiten in englischen Bergwerken heranzuziehen und zwar mit Erfolg! Und es wäre ihm in noch höherem Maße gelungen, wenn die deutsche Regierung die Hereros nicht daran hinderte, den Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln.

Die Eingeborenenpolitik der Regierung

geht darauf hinaus — das bestätigen die von Herrn Dernburg und v. Schudmann gemachten Ausführungen —, die Eingeborenen möglichst für die Farmer als Arbeiter zu erhalten, aber nicht selbständig werden zu lassen. Dieser Standpunkt, die Eingeborenen zu einer Art Hörigkeitsverhältnis heranzubilden, steht in klarem Widerspruch zu dem theoretischen Wohlwollen für die Eingeborenen, das hier stets versichert wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie Sie unter diesen Umständen über Südwestafrika überhaupt wirtschaftlich entwickeln wollen, ist mir vollkommen rätselhaft. Der Staatssekretär hat auch keine bestimmten Angaben darüber gemacht, meiner Ueberzeugung nach deshalb, weil er auf die Einzelheiten der Entwicklungsmöglichkeiten eingehen wollte, alles als nebelhaft erweisen würde. Auf die Diamanten

gehe ich gar nicht ein. Selbst wenn alle Diamanten gefunden würden, von denen Herr Dernburg geschwärmt hat, so würde das nur dahin führen, daß sich allenfalls eine Handvoll Kapitalisten daran bereichern werden, aber für die Eingeborenen und das deutsche Volk kommt dabei gar nichts heraus. Und was ist doch das Entscheidende für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So wenig die Goldfelder, die in Afrika gefunden sind, diesem Lande eine wirtschaftliche Bedeutung geben können, so wenig bedeuten auch die Diamanten etwas für die wirtschaftliche Entwicklung Deutsch-Südwestafrikas.

Die Siebelungsfähigkeit Südwestafrikas

hat der Staatssekretär nach den neuerlichen Schätzungen als eine solche bezeichnet, daß 100 000 Weiße dort leben könnten. Die früheren Schätzungen des Herrn v. Rindowitsch gaben nur 50 000 an. Die Zahlen beruhen auf der Annahme über die Zahl von

Großfarmen, die dort angelegt werden können. Die früheren Schätzungen gingen auf 10 000 Großfarmen von etwa 5 bis 10 000 Hektar, die im Laufe der Jahre dort angelegt werden konnten. Nach den Informationen, die früher in der Budgetkommission gegeben sind, braucht eine Großfarm zum Betrieb 60 bis 80 Eingeborene mit ihren Familien. Zum Betrieb von 10 000 Farmen würden also — abgesehen von den weißen Inhabern — 60—80 000 Eingeborene notwendig sein, und zwar eingeborene Männer. Es würden also, wenn wir die niedrigste Zahl annehmen, nur für Großfarmen — abgesehen von den Kleinsiedlungen — eine Bevölkerung von 80 000 Köpfen erforderlich sein. Das würde allein zu dem Farmbetrieb gehören, wie ihn Herr Dernburg als die Entwicklung darstellt. (Zurück bei den Sozialdemokraten: Jetzt hört Herr Dernburg nicht zu!) Das ist ein belamter Trick der Herren, wenn ihnen eine Ausführung un bequem ist.

Präsident Graf Stolberg: Dieser Ausdruck ist unparlamentarisch. Abg. Ledebour (fortfahrend): Wo will Herr Dernburg die Farbigen her bekommen, die seiner Ansicht nach zu dem Farmbetrieb notwendig sind? Das Material ist dort eben zum großen Teil vorhanden. Der Rest von Regern, der jetzt in Südwestafrika vorhanden ist, beläuft sich auf 50 000 Eingeborene in dem Gebiete der deutschen Verwaltung. Wenn die Ovambos rechnen ich nicht mit, — es ist noch die Frage, ob diese die Segnungen der deutschen Eingeborenenpolitik über sich ergehen lassen werden. Die anderen aber betragen Männer, Frauen und Kinder zusammen 50 000 Köpfe. Für den Farmbetrieb allein sind fünfmal so viel erforderlich! Bei solcher wirtschaftlichen Entwicklung muß man aber auch für die sonstigen Arbeiten, für Minenbetriebe, Eisenbahnbetriebe, Hafenarbeiten usw. auf eine ungefähre Bevölkerung von 200 000 Köpfen rechnen. Wenn also dort 100 000 Weiße ihren Unterhalt finden sollen, müssen wir doch eine Eingeborenenbevölkerung von mindestens einer halben Million haben, während wir jetzt dort nur 60 000 haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wo will Herr Dernburg die anderen 440 000 her nehmen? Glauben Sie etwa, daß bei der Behandlung, die Sie den Leuten angedeihen lassen, die Reger aus dem übrigen Afrika auswandern werden, um zu Ihnen zu kommen, oder wollen Sie vielleicht afrikanische Kulis nach Südwestafrika einführen?

Die Mehrheit dieses Hauses fragt nicht weiter nach Weisheiten und Gränden und akzeptiert mit Hurra! Hurra! die Dernburgschen Phantasiegebilde. Wir lehnen diese Politik grundsätzlich ab, werden aber tun, was wir können, um die Eingeborenen zu schützen und bitten daher den Reichstag um Annahme unserer Resolution, die im vorigen Jahre ja von der Mehrheit gebilligt worden ist. Den Eingeborenen im Sinne unserer Resolution entgegenzukommen, gebietet das eigenste Interesse unserer Kolonie; sie werden sich sonst in Massen auf das englische Gebiet begeben. Dort gibt es keinen einzigen Eingeborenenstamm, der so rechtlos ist wie die Hottentotten und Hereros des deutschen Gebietes. Gewisse Stämme, wie die Basutos, genießen sogar fast völlige Selbständigkeit. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Eine Massenflucht der Eingeborenen würde den Farmern um so unangenehmer werden, als bekanntlich in der Kolonie starker Arbeitermangel herrscht. Das ist ja auch der Hauptgrund, weshalb man mit den

Ovambos

anzuhäufeln und von ihnen Arbeitskräfte zu erlangen sucht. Herr Dernburg hat es leider verstanden, mit Herrn Semlers Hilfe die Budgetkommission für den Widerstand zu gewinnen, im Ovamboland einen Residenten oder Kommissar einzusetzen. Der Name tut nichts weiter zur Sache. Hauptaufgabe des betreffenden Beamten soll sein, die Ovambos davon zurückzuhalten, als Arbeiter ins portugiesische Gebiet zu gehen und sie zu veranlassen, lieber in das deutsche Schutzgebiet zu kommen. Herr Dernburg steckt sich augenscheinlich hinter die Budgetkommission, um die Verantwortung für alle möglichen Folgen abzuwälzen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Folgen können aber sehr verhängnisvoll sein. Die Errichtung einer Residentur kann zu Verwidelungen und diese können zu einem Kriege mit den Ovambos führen. Daher hat bisher der Reichstag alle derartigen Einrichtungen bei den Ovambos abgelehnt, und auch die Regierung hat immer erklärt: Wir wollen keinen Krieg mit den Ovambos. Wir legen auf das allerentschiedenste Verwahrung gegen das Residentenexperiment ein, das die größte Gefahr in sich birgt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir danken bestens für einen Ovambokrieg. (Leb-

Kleines feuilleton.

Die Psychologie der Messerstecher. Man weiß seit vielen Jahren schon — schreibt Lombroso, der bekannte italienische Forscher in der Wiener „Fr. Presse“ — daß es Weisheitsranke gibt, die ihre krankhafte Liebe oder besser gesagt, die anormale Anziehungskraft, die das Weib auf sie ausübt, nicht anders äußern, als indem sie das Weib schlagen oder verletzen. Von solchen Kranken gibt es eine ganze Stufenleiter, die mit denen beginnt, die eine ägende Häßlichkeit oder Lunte auf Frauenkleider sprigen, also verhältnismäßig harmlos sind, und über jene, die den Mädchen Pöble abschwenden, die sie zu Hause mit einer Art Kultus umgeben, bis zu den Messerstechern führt, die sich aber auch wieder in verschiedene Kategorien einteilen lassen, die sich mehr oder weniger tragisch äußern. Der eine ist nur Neuraseniker und begnügt sich damit, seine Angebeteten mit der Nadel in die Finger zu stechen, während Barle (ein in Lombrosos Schriften erwähneter Jesuit) schon mit 14 Jahren von dem traurigen Wahne befallen war, er müsse die Mädchen, die er bevorzugte, verletzen, anstatt sie zu berühren, mit neunzehn Jahren das erste Mal zum Stich ausholte, aber nicht verlegte, sondern nur mit der Messerspitze zustieß, sich dann mit zweiunddreißig Jahren jedoch nicht mehr meistern konnte und mehr als fünfzig Mädchen mit dem offenen Messer tötete. Als man ihn endlich verhaftete, fand man in seiner Wohnung eine ganze Reihe von Stiletten, Degen und Messern, deren Anzahl allein bei ihm angenehme Gespräche erweckte.

In Vojen kamte man schon im Jahre 1829 einen Messerstecher, der die Mädchen mit Brotmessern in den Unterleib steckte und selbst sagte, er sei derart von der Lust am Stechen befallen gewesen, daß er keine Ruhe hatte, bis er mindestens am Messer Blut sah. Zarnowski erzählt von einem Arzt, der, wenn er betrunken war, das Bedürfnis fühlte, mit der Lanzette eine Frau in die Seite zu stechen, bis das Blut ausspritzte.

Das sind immerhin noch die Gemäßigten. Nach ihnen kommen die Totschläger und Retrophilen (Leichenliebhaber). Unter ihnen war ein Italiener Verzeni, der von seinem neunzehnten Lebensjahre an jeden Winter von der Lust befallen war, die Frauen zu droffen, wie er es früher bei den Pächtern gemacht hatte. Er verschuldete so den Tod von Leben weiblichen Wesen jedes Alters, und noch später kam ihn die Lust an, seinen Opfern Pfeiswürste abzureißen und sich Stücke anzueignen, aus denen er das Blut saugte. In Frankreich tötete der Lustmörder Bichel seine Opfer, schnitt den Körper mitten entzwei, löste mit einem Messer die fleischigen Teile ab und trennte die Knochen wie ein Fleischer ab.

Pariser Theaterweltreignisse. Die Pariser Theateratmosphäre geht mit weitbedeutenden Begebenheiten schwanger. An der großen Oper können die Direktoren Broussan und Messager die geforderte Kapitalvermehrung nicht durchsetzen. Wie der Finanznot abgeholfen werden soll, ist unsicher. Der künstlerische Konterott dieses Kunstbetriebes für Ballett und repertabile Ausländer ist längst offenkundig. ... Herr Lebargh geht vielleicht von der Comédie Française weg, weil man ihm nicht erlaubt, die Titelrolle

des Hofständigen „Chantecler“, dieses berühmten Stückes, das noch kein Mensch kennt, aber das aber schon eine ganze Reklame-Literatur besteht, im Theater der Porte St. Martin zu spielen. Mit ihm würde ein Stück Tradition verloren gehen. Denn Herr Lebargh trägt in der Comédie schon 30 Jahre die schönsten Kravatten von Paris. ... Richard Straußens Impresario hat mit einer unfremdbildigen Note die „Salome“ von der Großen Oper zurückgezogen. Hoffentlich gibts darum keine diplomatischen Verwidelungen. ... Sarah Bernhardt endlich will den Uranus von Vergere spielen. Daß das eine Hofenrolle ist, macht nichts aus. Sie ist, wie Sarah einem Interviewer gesagt hat, „Hamlet“ oder dem „Aiglon“, Sardous bonapartistischen Märchen, analog. Ganz richtig, insofern sich nämlich Sarah Bernhardt in allen diesen Stücken Hofen anstellt. Doch besteht ein bedeutender Unterschied zwischen Hamlet und Uranus darin, daß sich der lebende Hofand leichter undrehen kann als Shakespeare in seinem Grabe.

Theater.

Königl. Schauspielhaus: „Colberg“. Historisches Schauspiel von Paul Heyse. Die Aufführung des schon vor Jahren im königlichen Theater gespielten Stückes war nur geeignet, den großen Abstand zwischen dem Romanisten und dem Dramatiker Heyse von neuem anschaulich vor Augen zu rufen. Die feinsinnig reizvolle Eigenart, die ihm als Seelenbildner in so vielen seiner Erzählungen anhaftet, die Kunst zarter Abtönung wie eindringlich sicher durchgeführter Konzeption verläßt, sobald er seinen Phantasien eine bühnenmäßige Form geben will, ins Unpersönliche, Bedeutungslose. Sein „Colberg“ biekt sich — vielleicht von einer Szene abgesehen, in der die Tochter Kettelsbeck mit arg verdächtigten Worten ihren Empfang bei der Königin Louise schildert — von Geschmackslosigkeiten im Stil der läßlichen Regendenbildung und des hurrapatriotischen Höhenzollernlustes fern. Die Tendenz ist nicht, Königstreue, sondern vollständig vaterländische Gesinnung zu feiern. Auch wird man dem Werk nicht sonderlich dramatische Entgleisungen und Fehler zum Vorwurf machen können, außer dem einen, der schlimmer ist als alle Verzeihungen im Einzelnen es wären: daß dem weitgeschweifig zu fünf Akten ausgehoblenen Ganzen der dramatische Atem, die konzentrierte Spannung und Schwungkraft, eben die elementare Vorbildung der Bühnenentwicklung fehlt. Die Erfindung, aber auch die Sprache ist arm. Man fühlt sich zweifels aufgehoben und kommt nicht von dem Eindruck los, daß wohl auch Dugend andere, Oberlehrer und Direktoren, bei einigen Bemühen dem Stoff annähernd Gleiches abgewonnen haben würden. Wie gering der Aufwand, zeigt sich am deutlichsten in der Gestalt des jungen Heinrich Plant, des einzigen unter den Colberger Bürgern, der die Uebergabe der Stadt verlangt. Die Figur, die wohl eine damals in Deutschland verbreitete Napoleondarstellung und kosmopolitische Denkweise andeutend wiederzugeben soll, bleibt völlig farblos. Man sieht da einen Jüngling, der sich in den ersten Aufzügen nur verhält zu haben scheint, um dann, im rechten Augenblicke befehlt, desto lauter für die Patriotenache loszudonnern. Und doch ist das die einzige Person, um die sich etwas wie der Anfang einer Handlung kristallisiert. Im übrigen

verläuft das Stück als eine Reihe lose verknüpfter historischer Geschehnisse aus der belagerten Stadt. Der Schwerpunkt liegt im vierten Akt, wo Gneisenau, der auf Kettelsbecks Betreiben gefundene neue Kommandant, entschlossen, eine Kapitulation der Stadt nicht zu überleben, die Repräsentanten der Bürgerschaft zusammenruft. Ein alter Nestor, der bis dahin, reich an lateinischen Weisheitsbrocken, als Iomische Figur durchs Stück ging, gibt mit seiner bei aller Pedanterie warmherzig vorgetragenen Geschichte vom Thermopylenkampfe der dreiunder Spartaner den Ausschlag und reißt alle in freudiger Bewegung mit sich fort. Der Kommandant umarmt ihn. Der Schlußakt zeigt in stimmungsvollen Bildern den Abzug der Kinder und Frauen, das Ausrücken von Bürgerwehr und Militär zur letzten Schlacht und die Erlösung vom gewissen Untergange durch das plötzliche Eintreffen der Vorstadt vom Fürstern Friedensschluß. Die beiden durch ein Band inniger Gesinnungsfreundschaft miteinander verknüpften Hauptgestalten Gneisenau und der knorrig bürgerliche Kettelsbeck fanden durch Sommerstorf und Krausneel eine vorzügliche, kontrastierende Darstellung. Recht gut war auch Pohl in der Rolle eines armen Soldaten und Valentini, der als Nestor eine Selbstgefälligkeit mit Untertönen des Gefühls in sehr geschickter Weise zu mischen verstand.

Natzen.

— Einen Volksliederabend veranstalteten am Sonntag, den 7. März, abends 7 1/2 Uhr, Robert Kothe und Marg. Wallotte im Gewerkschaftshause. Das reiche, köstliche Gut unserer alten Volkslieder, die das Volk ja größtenteils nicht mehr kennt und singt, wieder allgemein zugänglich zu machen, und zwar mit den alten Weisen oder in Anlehnung an sie und von der Laute begleitet — hat sich Rob. Kothe zur Aufgabe gemacht. In Berliner Arbeiterkreisen ist er bisher nicht aufgetreten. Es mögen daher ein paar Worte zur Einführung dienen, die über ihn unser Mitarbeiter Eugen Thari in Dresden seinerzeit schrieb: Kothe ist kein üblicher Konzertsänger. Als eine Art von modernem Spielmann tritt er auf. Frei, ungezwungen. Sein Humor ist schalkhaft, fein, herzlich. Aus dem Innern heraus läßt es bei ihm, zum Glück steht diese Kunst über der der Variétéskomiker. Hier platter Späß, bei Kothe belebter Humor. Wo man sich gesünder lachen kann, das mögen die Zuhörer unterscheiden. Keiner, der ihn einmal gehört hat, scheidet ohne die Erinnerung von ihm, daß da, wo er singt, man sich ruhig niederlassen kann. Und eins vor allem ist zu wünschen: daß nämlich der Liederabend Kothes bei den Arbeitern nicht spurlos vorübergehe, nicht nur ein Genuß für den einzelnen Abend bleiben möge, sondern dem einen oder dem anderen eine Anregung werde, eine alte Gitarre wieder hervorzuholen und Volkslieder, wie sie in vielen billigen Sammlungen oder Albums vereinigt sind, sich dazu zu singen. Zum eigenen Ergötzen und zur Freude der Freunde und Familie! Neben Kothe, der eine Auswahl inniger, tiefer, humorvoller und lustiger Lieder singt, wird Marg. Wallotte eine Anzahl Lieder aus „Des Knaben Wunderhorn“ rezitieren. — Theaterchronik. Im Lessingtheater beginnt am 12. März ein zweiter Bjen-Schilus, der gleichfalls aus modernen Dramen Wesen bringen wird.

harte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben genug und übergenug am Hottentotten- und Herero-Kriege und verspüren keine Lust, unsere Landsleute einem neuen Kriege in dem heißen und feuchtwärmeren Sumpflande der Ovambos auszusetzen. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Einem eigenmächtigen Grund für die Errichtung der Residentur für die Gouverneur von Schwamm an. Er habe, sagt er, oftmals mit eigenen Augen gesehen, wie die Ovamboarbeiter halb verhungert im Schutzgebiet ankamen. Der Resident oder Kommissar soll darauf sehen, daß diese Wanderarbeiter vor Antritt ihrer Reise mit genügend Proviant versehen werden. Das ist schon und gut und ehrt sehr das christliche Gemüt des Herrn von Schwamm. (Weiterlekt.) Er übersteht nur, daß genau wie die Ovambo-Wanderarbeiter, so auch die Männer und Kinder der auf den deutschen Farmen beschaffigten Eingeborenen von der sogenannten Feldloft leben. Auf die Dauer kann kein Mensch von dieser erbärmlichen und völlig unzureichenden Feldloft leben. Möge also der so liebevoll um die Ovambos besorgte Herr v. Schwamm seine christliche Gesinnung zunächst einmal bei den Frauen und Kindern der Feldarbeiter im deutschen Schutzgebiete bewahren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir lehnen das Experiment mit der Ovamboresidentur entschieden ab.

Nun zu einem anderen Experiment, der sogenannten

„Selbstverwaltung für Südwestafrika“

Ich habe mich außerordentlich über die Lobeserhebungen gewundert, mit denen der Kollege Erzberger Herrn v. Schwamm überhäufte. Man sah Herrn Erzberger förmlich mit einem Honigtopf bewaffnet, mit dessen Inhalt er den Gouverneur salzte. (Schallende Heiterkeit.) Wir unterwerfen uns der Tätigkeit des Herrn v. Schwamm unsere Anerkennung durchaus nicht, und wir verstehen nicht, daß er bisweilen einen freieren Blick gezeigt hat, als man bei preussischen Bureaukraten gewöhnt ist. Aber das kann und nicht veranlassen, die Gemeindeordnung für Südwestafrika kritisch zu prüfen. In den sogenannten „Städten“ — ein sehr schönfärbender Ausdruck; besser hieße es Orte, die die Funktion von Städten vertreten sollen — sind selbst von der weichen Bevölkerung breite Schichten, nämlich alle selbstständigen Handlungsgehilfen usw., vom Wahlrecht ausgeschlossen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Regier sind überhaupt rechtlos. Die Weihen kann man nur zu Steuern heranziehen, die Regier aber auch zur Zwangsarbeit. Und dieselben Leute, die zur Zwangsarbeit herangezogen werden können, macht man so völlig rechtlos, daß sie keine Silbe in die Gemeindeverwaltung mitsprechen dürfen. In der Gemeindeordnung wird auch bestimmt, daß die Gemeindeangehörigen, die sonst Vollbürger sind, diese Vollbürgerschaft verlieren, wenn sie mit einer Eingeborenen verheiratet sind oder im Konkubinat leben. Das ist eine ganz ungeheuerliche Bestimmung, und ich begreife es nicht, wie Herr Gouverneur v. Schwamm, der Staatssekretär Dernburg und diejenigen Parteien, die dieser Verordnung zugestimmt haben, dies mit ihren christlichen Grundgedanken vereinbaren können. Seit der Verbrüderung mit Herrn Erzberger trief ja auch Herr Dernburg von Christlichkeit. (Weiterlekt.)

Vizepräsident Baasche: Sie dürfen nicht in diesem Tone von der Christlichkeit des Staatssekretärs sprechen. Ich habe nicht genau gehört, was Sie gesagt haben, und behalte mir eventuell weitere Schritte vor.

Abg. Ledebour: Ich weiß also jetzt nicht, ob ich noch von der Christlichkeit des Herrn Dernburg sprechen kann.

Vizepräsident Baasche: Es ist nicht geschmackvoll von Ihnen, in diesem Tone fortzufahren.

Abg. Ledebour: Da der Herr Präsident selbst erklärt hat, daß er meiner Rede nicht genau zugehört hat, so möchte ich mir gestatten, ihm noch einmal mitzuteilen, um was es sich hier handelt: Ich habe gesagt, daß Gemeindeangehörigen, die im Konkubinat mit einer Eingeborenen leben oder die mit einer Eingeborenen verheiratet sind, das Vollbürgerrecht entzogen wird. Nun frage ich, wie sich das mit Ihrer Christlichkeit vereinigen läßt? Herr v. Schwamm hat diese Bestimmung damit zu rechtfertigen gesucht, daß er sagte, ja, wir lassen solche Ehen überhaupt nicht in das Standsregister eintragen — er sagte das in freundlich lächelndem Tone, während ich meinte, die Frage müßte sehr ernst behandelt werden. Also heiraten dürfen die Leute, aber wenn sie dann kommen, um sich eintragen zu lassen, da heißt es auf Befehl des Herrn Gouverneurs, Nein, das gibt es nicht. Auch die Missionare sind angeblich gegen solche Ehen. Ich begreife nicht, wie die Missionare eine christliche Ehe zwischen Weihen und Eingeborenen, die sie ja zum Christentum zu bekehren suchen, als unerlaubt bezeichnen können. Ich richte aber auch an das Zentrum, das doch immer mit großer Empfindlichkeit Kolonialpolitik angeblich nicht vom finanziellen, sondern nur vom religiösen Standpunkte aus beurteilt. Die Frage, wie es diese Bestimmung mit seinen christlichen Anschauungen in Einklang bringen will. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Abg. Erzberger rufte: Ich habe ja die Bestimmung gestern bekämpft.) Davon habe ich nichts gehört, daß Sie diese von mir zitierte Bestimmung bekämpft haben. (Abg. Erzberger: Ich habe mich ganz allgemein gegen solche Bestimmungen ausgesprochen.) Es wäre mir lieber, wenn Sie sich in besonderer gegen diese Bestimmung gewandt hätten. (Weiterlekt und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dann würden Sie auch nicht dazu gekommen sein, den Staatssekretär zu loben, wie Sie es getan haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Am meisten wunderte mich aber eine solche Bestimmung — wie gesagt — bei einem Namen, wie Herr v. Schwamm einer ist. Darüber sind wir alle einig, daß im allgemeinen geschlechtliche Beziehungen zwischen Weihen und Eingeborenen nicht gut sind. Aber Sie zwingen ja die Weihen in eine Situation hinein, deren notwendiges Ergebnis dieser Verkehr ist. Wenn Sie Tausende von jungen Männern alljährlich nach Südwestafrika locken, und wenn sie dort so wenig weiche Frauen haben, dann werden die Leute in das Konkubinat mit farbigen Frauen gezwungen. Ich verstehe nicht, wie Herr v. Schwamm seine Bestimmung mit seiner Christlichkeit und seiner Moral vereinbaren kann. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Schwamm hat meinen Parteigenossen Roske aufgefordert, mit ihm eine Reise nach Südwestafrika zu machen und in dem Bürgerverein von Windhof einen Vortrag zu halten. (Weiterlekt.) Er hat gesagt, er wolle die Kolonialpolitik beachten, wenn die Sache gut ausliefe. (Heiterkeit.) Ich bin mir nicht im Zweifel darüber, daß die Sache nicht gut ausgehen wird. (Hört! hört! recht.) Die außerordentlich trinkessenen Bürger von Swakopmund und Windhof würden einem Sozialdemokraten wahrhaftlich nach kurzer Zeit die ausgetrunkenen Bierflaschen an den Kopf werfen. (Stürmische Heiterkeit.) Aber mein Parteigenosse Roske will trotzdem den Vortrag halten, wenn ihm der Gouverneur die Reiseflosten zur Verfügung stellt. (Heiterkeit.) Wir warten also auf die Erfüllung der Einladung. Aber eine Liebe ist der anderen wert. Ich richte an Herrn v. Schwamm die Aufforderung, einmal in einem Verein der inneren Mission für christliche Jünglinge und Jungfrauen einen Vortrag über den § 171 seiner Verordnung zu halten. (Weiterlekt und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er mag den Leuten begreiflich machen, welche Wahregeln er in Südwestafrika erlassen hat, um die Weihen aus der christlichen Ehe in das Konkubinat zu treiben. Ich bin einigermaßen gespannt darauf, ob das gut ausgehen wird. (Große Heiterkeit.) Sollte es schlecht ausgehen, dann würden diese christlichen Jünglinge und Jungfrauen zwar nicht mit Bierflaschen werfen. (Stürmische Heiterkeit.) Aber sie werden die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und über den bösen Geist jammern, der in den Bruder Schwamm gefahren ist. (Stürmische Heiterkeit.)

Dann können wir hier vielleicht demnächst noch eine Teufelsanstrengung erwarten. (Erneute stürmische Heiterkeit.) Einen guten Rat möchte ich aber Herrn v. Schwamm geben, wenn er diesen Vortrag hält. Er möge nicht von den christlichen Jungfrauen, die nach Südwestafrika gehen, als von „Material“ sprechen. (Sehr richtig! links.) Das ist eine Ausdrucksweise, die er sich offenbar im Bürgerverein von Windhof angeeignet hat. (Stürmische Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Hierzulande ist man — wenigstens in nichttagarischen Kreisen — eine derartige Ausdrucksweise nicht gewöhnt. (Sehr richtig! links.)

Der Gouverneur hat gestern mit dem Bau in Südwestafrika in ironischer Weise gesprochen. Das ist ein Beweis dafür, wie wenig Herr v. Schwamm bisher den ersten kolonialen Gedanken der Kolonialbahnen ersicht hat. (Sehr wahr! rechts. Lachen im Zentrum.) Bei der Reform des Prozeßrechts sollte man für Regier keine eiblichen Vernehmungen zulassen. Regier sind Kinder, und Kinder stellt man nicht unter Eid. (Abg. Kattmann (Wirtsch. Bgg.) sagt darüber, daß beim Bahnbau in Südwestafrika nicht weiße deutsche Arbeiter, sondern weiße australische Arbeiter, vortreffliche Kroaten, beschaffigt werden. Deutsche Arbeiter würden sich dort ansiedeln, die ausländischen dagegen ziehen wieder fort. Auch die Diamanten ziehen leider viele Ausländer und sonstiges lästiges Gesindel nach Südwestafrika. Der Staatssekretär sollte für die Heranziehung deutscher Arbeiter sorgen. (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Staatssekretär Dernburg: In den Arbeiten der Bauverwaltung können wir nicht gut Arbeiter aus Deutschland heranziehen; sie würden kaum die niederen Arbeiten mit den Schwarzen zusammen ausführen wollen. Auch haben wir nicht soviel überschüssiges Material in Deutschland. (Zurück rechts: Arbeitslose!) Damals herrschte keine Arbeitslosigkeit, und gerade die Herren rechts klagten doch über Arbeitermangel. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Daß keine Handwerker nach Südwestafrika gehen, kann nicht empfohlen werden, sie haben dort nicht besonders gute Aussichten! Damit schließt die Diskussion. Vizepräsident Baasche: Nachdem mir das Stenogramm der Ausführungen des Abg. Ledebour vorliegt, sehe ich, daß zu einem Ordnungsruf keine Veranlassung vorliegt. (Weiterlekt.)

Abg. Erzberger (3.) (persönlich): Ich bemerke Herrn Ledebour, daß ich gestern mich gegen die differentielle Behandlung von Weihen in den Kolonien gewendet habe.

Der Etat für Südwestafrika wird nach den Beschüssen der Budgetkommission bewilligt; nur der Titel „zur Unterhaltung und Ergänzung des lebenden Inventars“, den die Kommission von 400 000 auf 300 000 M. herabgesetzt hatte, wird auf Antrag von v. Wern (L) auf 380 000 M. heraufgesetzt.

Die Etats für Neu-Guinea und für die Karolinen, Palau, Marianen und Marshall-Inseln werden debattelos bewilligt.

Es folgt der Etat für Samoa.

Abg. Dr. Semler (natl.) beantragt, einen von der Kommission gestrichenen Posten „zur Erstattung der Kosten der Herstellung eines eisernen Gitters um das Europäer- und um das Eingeborenenhospital in Apia 3070 M.“ zu bewilligen.

Dieser Antrag wird angenommen, im übrigen wird der Etat nach den Beschüssen der Kommission angenommen, desgleichen der Etat für die Schutzgebiete.

Abg. Ledebour (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Zum Etat für Südwestafrika hatte die Kommission eine Resolution beantragt: „Der Reichstag erklärt sich damit einverstanden, daß zur Erhebung der Verhältnisse im Ovambo-Gebiete, insbesondere bezüglich der Arbeiterfrage, der Erschließung des Landes und eines etwa zu führenden Wohnbaues, ein Zivilkommissar entsandt werde. Die Kosten desselben sind aus dem laufenden Verwaltungsfonds zu bestreiten.“ Die Resolution ist ohne Abstimmung für angenommen erklärt worden. Wir hatten das überhört. Wäre abgestimmt worden, so hätten meine Freunde dagegen gestimmt.

Es folgt der Etat des Reichskolonialamts.

Eine Resolution Graf Hompesch und Genossen (3.) verlangt, daß die auf Grund des § 15 des Schulgebietgesetzes erlassenen Verordnungen der Kolonialzentralverwaltung und der einzelnen Schutzgebiete dem Reichstage vorgelegt werden.

Staatssekretär Dernburg jagt dies zu. Die Resolution wird angenommen. Eine Reihe von Titeln wird debattelos bewilligt.

Sein Titel „Beitrag zu den Unterhaltungskosten der Kolonialschule in Wigenhausen“ ergreift das Wort:

Abg. Scheidemann (Soz.): Ist der Staatssekretär vielleicht in der Lage, hier Angaben über die Vorgänge an der Kolonialschule in Wigenhausen zu machen? In der „Kolonialen Zeitschrift“ und in der „Südwestafrikanischen Zeitung“ wird ausgeführt, daß die Schule sehr stark Reklame für sich mache, sich einflußreiche Protektoren zu verschaffen wisse usw., daß aber die Leistungen durchaus nicht entsprechend seien und man mit den Jünglingen, wenn sie in die Kolonien kommen, nicht gerade zufrieden sei. Die Urteile kommen wohlverstanden von sehr kolonialfreundlicher Seite. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch sonst werden sehr ernste Klagen laut. Ganz besonders scheint man dort, wie ich von Wigenhausener Bürgern erfahren habe, die Erziehung zum Hygienismus im großen zu betreiben. So werden z. B. bei der Durchfahrt künstlicher Peridialkulturen, auch wenn der Zug nicht in Wigenhausen hält, die Schächer längs des Bahndammes aufgestellt, um den „hohen Durchreisenden“ mit Durra zu empfangen. (Hört! hört! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Diese Erziehung zum Hygienismus ist ja eine eigenartige Illustration zu den Worten des Staatssekretärs von den „karaktervollen Männern“, die man in den Kolonien braucht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die „Kolonialzeitung“ bestätigt diese Angaben über die Erziehung zum Hygienismus. (Hört! hört!) Wenn auf der einen Seite die Schächer zum Hygienismus erzogen werden, so erzieht man sie auf der anderen Seite zum wirtschaftlichen Terrorismus. Die Kolonialschule betreibt einen schamlosen Mißhandlung und zwingt die Bürger Wigenhausens durch den Agrarier abgelaufte Zwangsmittel, Androhung mit wirtschaftlichen Nachteilen usw. in ihre Kundschaft herein. So erzieht man die Kolonialschüler zugleich zu Hygienikern und Terroristen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht äußert sich der Staatssekretär darüber. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dernburg: Wir brauchen reichs- und laizertreue Beamten in den Kolonien. (Beifall bei den Antikolonialen und sonstigen Wladgruppen.) Wenn deutsche Anaben Durra raufen, so ist das kein Hygienismus. (Freudliche Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Angaben über Wigenhausen entspringen dem Konkurrenzneid einer anderen Kolonialschule. (Bravo! beim Volk.)

Der Titel wird bewilligt, desgleichen nach unwissenschaftlicher Debatte der Rest des Kolonialamts.

Es folgt der

Postetat in Verbindung mit der ersten Lesung der Fernsprechordnung.

Sein Titel „Staatssekretär“ verlangt Abg. Dr. Pfister (3.) das Abschneiden alter Jöpfe bei der Postverwaltung, die Einschränkung überschüssigen Schreibwerts, Personalreformen, kaufmännischere Einrichtung des Bureauwesens, Sparmaß bei dem Bauwesen, billigerer Bezug des Kupferdrahts, eventuelle Errichtung einer postfiskalischen Kupferdrahtfabrik sowie eine anderweitige Ordnung der Telephongebühren, die in ihrer jetzigen Form unter den Selbstkosten der Post bleiben und die Großstädte und die großen Geschäfte begünstigen. Das Zentrum stimmt der neuen Telephongebührenordnung in ihren Grundzügen zu, behält sich aber seine Stellung zu den Einzelheiten vor und beantragt Ueberweisung an die Budgetkommission. Die größeren Geschäftsleute beschwerten sich über die Erhöhung der Gebühren. Aber sie sollten bedenken, daß sie immer noch billiger mekommen, als wenn sie Briefe schreiben. Für das platte Land, die kleinen Städte und die kleinen Geschäftsleute bringt die neue Gebühreordnung beträchtliche Verbesserungen. Redner regt an, ein Abkommenssystem einzuführen. Ein solches habe vor dem Hauschaltssystem manche Vorzüge.

Staatssekretär Krantz: Bezüglich der Gebühreordnung sagt man vielfach, für das Land seien so ausgedehnte Anlagen nicht nötig, weil sie sich dort nicht bezahlt machen, die Einnahmen kommen aus den großen Städten. So dürfen nur Privatbetriebe rechnen, nicht ein Staatsbetrieb, der für einen gerechten Ausgleich zu sorgen hat. Auch sind die Anlagen innerhalb der Reimer in den Städten viel komplizierter und kostspieliger als auf dem Lande. Wir sind nicht leichtfertig an die Remodern der Gebühre herangegangen; wir haben eingedung mit Vertretern der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und des Handwerks beraten, und die Majorität, zwar nicht eine überwältigende, aber doch die Mehrheit aller Vertreter, hat unsern Entwurf zugestimmt. Da darf man doch nicht sagen, die Verwaltung sei rückständig. In der Öffentlichkeit hört man nur die Stimmen der 94 Proz., die von der neuen Ordnung geschädigt werden, die 60—65 Proz., welche Vorteil davon haben, hört man nicht.

Wenn gesagt wird, durch die neue Gebühreordnung werden die Zigarrengeschäfte und die Restaurants ruiniert, so halte ich solche Einwände geradezu für frivol; der Staat hat nicht dazu beizutragen, daß die Stunden dieser Geschäfte den Fernsprecher umsonst benutzen. (Zustimmung rechts.) Die Geschäfte werden vielmehr Nutzen haben, wenn jedes Gespräch bezahlt werden muß. Darüber, daß die jetzigen Gebühre für die Vielsprecher zu gering sind, herrschte in der Kommission kein Zweifel, auch bei denen nicht, welche mit der vorgeschlagenen neuen Ordnung nicht einverstanden waren. Ich hoffe, daß in der Kommission, welcher der Entwurf ja überwiesen werden wird, ein Ausgleich der Interessen und ein Einverständnis der Parteien sich wird erzielen lassen. (Bravo! rechts.)

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung, Mittwoch, den 3. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministerisch: v. Rolffe.

Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel „Polizeiverwaltungen in Berlin und Umgebung.“

Abg. Biethen (frl.): Zweifellos bilden die Vororte mit Berlin eine wirtschaftliche Einheit; es handelt sich um ein einheitliches Gemeinwesen, dem nur noch die rechtliche Vereinigung zu fehlen scheint. Trotzdem erscheint mir die Frage der Eingemeindung der Vororte außerordentlich schwierig, ja unlösbar. Es würde dann eine Gemeinde mit einem ungeheuer ausgedehnten Gebiet und einer Einwohnerzahl von etwa 4 Millionen entstehen. Dabei ist Berlin jetzt schon über die Verhältnisse hinausgewachsen, unterdessen sich eine Gemeinde mit Erfolg von einer Zentralstelle aus leiten läßt. (Sehr richtig! rechts.) Und auch vom Standpunkte der Vororte sprechen wichtige Gründe gegen die Eingemeindung. In einem Teil dieser Vororte hat sich ein überaus lebhaftes kommunales Leben entwickelt. Eine Reihe von ihnen sind zu Großstädten emporgewachsen; manche, wie Charlottenburg, haben geradezu vorbildliche kommunale Einrichtungen getroffen. Dazu kommt, daß den beteiligten Kreisen nach vielen Millionen zählende Entschädigungen zu zahlen sein würden. Zugabe ist, daß die Steuerkraft der einzelnen Vororte außerordentlich verschieden ist und daß gerade die ärmeren Vororte am wenigsten in der Lage sind, den ihnen in bezug auf soziale Fürsorge gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Aus diesem Grunde wäre — da die Eingemeindung unmöglich ist, zumal auch die Regierung dagegen ist — es wohl angebracht, daß die betreffenden Gemeinden sich gegenseitig helfen. Es könnte vielleicht ein bestimmter Prozentsatz des Gemeindeeinkommensverfalls in eine Ausgleichskasse gezahlt und diese Summe zurückerstattet werden auf die Gemeinden nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerung. (Bravo! rechts.)

Abg. Gassel (frz. Sp.): Der Herr Vortredner hat selbst zugegeben, daß Groß-Berlin eine wirtschaftliche Einheit bildet. Aus diesem Grunde ist die Eingemeindung eine unbedingte Notwendigkeit. Die Darstellung, als ob die Eingemeindung daran gescheitert sei, daß Berlin früher, als Minister Herrfurth sie plante, abgelehnt habe, ist in ihrem Kern falsch. Die Stadtverordnetenversammlung hat damals nur eingesehen, daß eine Eingemeindung nur der besten Vororte nicht möglich sei, und hat eine Eingemeindung in viel größerem Umfang beschlossen. (Hört! hört!) Damit war der Magistrat nicht einverstanden, er war gegen die Eingemeindung der westlichen Vororte und berichtete in diesem Sinne an die Regierung. Mit dem Abgang des Ministers Herrfurth hoben sich dann aber die Ansichten der Stadtverordneten über die Zweckmäßigkeit der Eingemeindung völlig geändert. Die Gründe des Herrn Vortredners gegen die Eingemeindung kann ich nicht anerkennen. Daß Berlin schon jetzt zu groß sei, bestreite ich entschieden. (Sehr richtig! links.) Es mögen anderwärts bessere Einrichtungen bestehen, aber im ganzen wird den kommunalen Anforderungen von Berlin durchaus genügt. Es ist gar nicht nötig, daß Berlin durchaus in allem an der Spitze steht, sondern man kann es nur begründen, wenn auch andere Städte hervorragendes leisten. Wenn man nun durchaus keine Eingemeindung will, so muß jedenfalls ein anderer Weg gefunden werden, um die gemeinsamen Interessen der Vororte mit Berlin zu wahren, also ein Zweckverband. Ich denke an eine Organisation, wie sie in London existiert, wo die Grafschaft London das vereinigte Band bildet, während die einzelnen Gemeinden Selbstständigkeit haben. Die Haltung des Herrn Vortredners, der die Eingemeindung wenigstens einzelner Vororte für richtig hielt, steht in Widerspruch zu der bedauerlichen Aeußerung des Herrn Oberpräsidenten auf dem brandenburgischen Provinziallandtag. Danach sträubt man sich sogar gegen eine Eingemeindung des Tempelhofer Feldes in Berlin. Wir sträuben uns gar nicht dagegen, in Konsequenz dieser Eingemeindung etwa auch Tempelhof eingemeindet, falls Tempelhof das wünscht. Wenn die Regierung das durchaus verhindern will, so halte ich das für eine große Unbill gegenüber Berlin, und es widerspricht auch den Gesetzen, die die Voraussetzungen regeln, unter welchen eine solche Eingemeindung vollzogen werden darf. Wenn ich auch anerkenne, daß man keinen Zwang auf die Vororte ausüben will, so ist es doch unverständlich, daß man den Grundbesitzer in Berlin muß so bleiben, wie es ist, und darf nicht größer werden. (Sehr richtig! links.) Die Stadt Köln hat fast das doppelte Weidbild wie Berlin bei viel geringerer Einwohnerzahl. Warum sollen die Einwohner Berlins durchaus in dem beschränkten Raum schmoren? Der Gedanke des Herrn Vortredners, einen Ausgleichsfonds zu schaffen, führt nach unserer Ansicht zum Kommunismus, den wir nicht für durchführbar halten. (Sehr richtig!

Der den Freisinnigen.) Berlin will gar keinen besonderen Vorteil, aber es verlangt freien Raum für seine Entwicklung. (Bravo! links.)

Abg. Hammer (L.): Ich erkenne an, daß der Herr Vorredner durchaus objektiv gesprochen hat. Das Motiv meiner Rede wird sein: Was ist im Augenblick anzuführen, bringt keine Ewigkeit zurüd. (Weiterlekt.) Berlin wollte damals nur die fetten Kofinen, die weissen Bortorte, haben, und daran scheiterte die Sache. Heute ist der Standpunkt, den der Herr Oberpräsident auf dem Provinziallandtag dargelegt hat, der einzig richtige. Sehr wenig konsequent war es, daß gerade die Kreise, die sich immer gegen das persönliche Regiment wendeten, durch den Mund ihres Dichters und Verwaltungsbeamten, des Bürgermeisters Reide, sich im Berliner Rathaus an den Kaiser wandten, um die Eingemeindung des Tempelhofer Feldes zu erreichen. (Sehr richtig! rechts.) Für die Verkehrsmittel hat Berlin fast gar nichts getan. Die Bodenpolitik liegt in Berlin auch ganz im Argen; an die Einführung einer Wertwachsteuer wird nicht gedacht. Wenn die Herren im Stadtparlament alle so wären, wie Herr Cassel, würde das Bild vielleicht anders sein. (Große Heiterkeit.)

Abg. Rosenow (fr. Sp.): Die Prophezeiung des Herrn Hammer, „unwiderbringlich verloren“, scheint ja zutreffend zu sein. Seit Jahren wartet der Oberbürgermeister von Berlin auf die Antwort auf seine Eingabe in Sachen der Eingemeindung. Die Erklärung des Oberpräsidenten auf dem Provinziallandtag scheint vielleicht nun die Antwort gewesen zu sein. Vielleicht bekommt sie der Herr Oberbürgermeister noch in der Abschrift oder als Zeitungsausschnitt. (Sehr gut! links.) Der Standpunkt der Regierung in dieser Frage ist mit den Vorsehen nicht zu vereinbaren. Es schweben jetzt wieder Verhandlungen mit einzelnen Gemeinden über die Eingemeindung. Ich möchte wissen, ob die Regierung auch diese verhindern wird. In anderen Ländern ist man stolz auf die Entwicklung der Hauptstadt und bringt im Lande Opfer dafür. Hier spricht man von dem „Wassertopf“ Berlin und hat, wenn von Berlin die Rede ist, nur Abneigung und Hohn und Spott. (Sehr wahr! links.) Berlin will ja das Tempelhofer Feld mit gutem Gelde bezahlen. Wir müssen Arbeit haben, was nun eigentlich aus Berlin und seiner Entwicklung werden soll. Ich bitte den Herrn Minister, die Richtlinien zu zeigen, welche er in dieser Frage einschlagen gedenkt. (Bravo! links.) Redner wendet sich des Weiteren gegen das Verlangen der Verhängung der Schaufenster an Sonn- und Feiertagen.

Minister v. Nolcke:

In den Jahren 1875—1878 wurde von der Bildung einer Provinz Berlin gesprochen. Es gab ein Gesetz, das die Absicht hatte, Berlin, Charlottenburg und Teile von Teltow und Niederbarnim mit Berlin zu vereinen. Diese Vorlage ist aus der Kommission des Abgeordnetenhauses nicht herausgekommen. In dieser Zeit wurde dann Berlin durch die Provinzialordnung aus der Provinz ausgeschlossen. 1891—1896 beschäftigte man sich dann mit der Bildung eines Groß-Berlin durch Eingemeindung. Auf die damaligen Pläne einer Eingemeindung gehen Stills ging Berlin nicht ein. Der Magistrat wies darauf hin, daß der Stadt dadurch große finanzielle Opfer erwachsen, während ein eigenes Interesse Berlins nicht vorhanden sei. (Hört! hört! rechts.) Berlin wollte nur eine Grenzregulierung. Graf Eulenburg aber erklärte 1893, die Eingemeindung müsse umfangreicher sein. Er verhielt sich also nicht ablehnend. Der Beschluß im Ministerium und politische Ermäßigungen sind also in dieser Frage nicht maßgebend gewesen. (Sehr richtig! rechts.) Inzwischen hat sich ein Kreis selbstständiger kommunaler Körperschaften um Berlin gebildet. Man kam dann auf den Gedanken, ein Groß-Berlin zu schaffen durch besondere administrative Einrichtungen, nicht durch kommunale. Infolgedessen wurde 1906 der Oberbürgermeister von Berlin aufgefördert, Vorschläge zu machen, dabei aber ausdrücklich darauf hingewiesen, er habe abzuweichen von dem aufgegebenen Plan eines Groß-Berlin auf dem Wege der Eingemeindung. In seinem Bericht gab er die Möglichkeit der Bildung von Zweckverbänden zu, eventuell auf geschlichem Wege, bemerkte dabei aber, daß er die Eingemeindung für ersprießlicher hielte. Die Antwort hatte er erhalten, bevor neulich der Oberpräsident im Provinziallandtag Stellung genommen hat. Er ist also dadurch nicht überrascht worden. Ein Verbot an die unliegenden Gemeinden, mit Berlin zu verhandeln, ist meines Wissens nicht ergangen. Der Oberpräsident hat nur gesagt, es empfehle sie sich nicht, in solche Verhandlungen einzutreten, weil dadurch eine gewisse Unruhe erzeugt werde, die der Entwicklung der Bortorte nicht günstig sei. Das ist meines Erachtens ganz richtig, aber ein Verbot kann ich darin nicht erblicken. Eine Grenzregulierung in kleinerem Umfange ist durchaus nicht ausgeschlossen; es können auch derartige Verhandlungen stattfinden. Das Tempelhofer Feld anbetrifft, so ist in amtlicher Form eine Klärung an mich bisher überhaupt nicht herangetreten. (Hört! hört!) Ich bin also der Meinung, daß der Weg der Bildung von Zweckverbänden durchaus gangbar ist, sei es auf privatrechtlicher oder öffentlich rechtlicher Grundlage. Mit einem Zweckverband auf dem Gebiete des Verkehrs ist ja jetzt der Versuch gemacht. In einer Vermittlung in dieser Richtung bin ich durchaus bereit. Eventuell wäre daran zu denken, die geschlichen Bestimmungen über Zweckverbände in Landgemeinden auf die Städte zu übertragen.

Abg. v. Hülsm-Homburg (natl.) tritt für die Schaffung eines einheitlichen Bebauungsplanes für Groß-Berlin ein. Ein Schlußantrag der Konservativen (auf der Rednerliste steht nur noch der Abg. Cassel (fr. Sp.) wird gegen die Stimmen der Konservativen und Rationalisten abgelehnt. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Cassel (fr. Sp.): Ich habe nicht gesagt, der Minister habe die Eingemeindung des Tempelhofer Feldes abgelehnt, sondern nur aus der Erklärung des Oberpräsidenten auf eine ablehnende Haltung des Ministers gegen dieses Projekt geschlossen. Abg. Hammer (L.): Das Tempelhofer Feld wird in Teltow viel besser geeignet in eine Gartenstadt umzuwandeln als Berlin mit seiner durchaus nicht musterhaften Bodenpolitik. Damit schließt die Debatte. Das Kapitel „Polizeiverwaltung in den Provinzen“ liegt ein Antrag Bartscher (Z.) vor auf

Ausdehnung der für Böhmen und Gassenkirchen geplanten königlichen Polizei auf die Landkreise unter Trennung der Ämter des Landrats und des Polizeipräsidenten. Abg. Bartscher (Z.) begründet den Antrag im Interesse einer einheitlichen Handhabung der Sicherheitspolizei und der Möglichkeit raschen Eingreifens im Falle von Unruhen! Wenn auch die Strafsachen im allgemeinen friedlich verlaufen, so sind doch solche Unruhen nicht ausgeschlossen bei der Haltung der Zeichenbesitzer, die es bedauerlicherweise ablehnen, mit den Arbeitern zu verhandeln.

Abg. Schmieding (natl.): Die Zeichenbesitzer haben sich nicht gewiegert, mit ihren Arbeitern zu verhandeln, sondern mit dem völlig politisch zusammengehörigen Gebilde der sogenannten Siebenerkommission. Abg. Rosenow (fr. Sp.) bringt erneut die beiden Fälle in Wiesbaden und Dreeslau zur Sprache, wo den freien religiösen Gemeinden die Annahme von Legaten nicht gestattet ist. Ein Grund zur Verweigerung liegt in beiden Fällen nicht vor, denn die Wiesbadener Gemeinde ist rechtsfähig, und die Dreeslauer Gemeinde hat die Rechtsfähigkeit durch Eintragung in Offenbach in durchaus legaler Weise inzwischen erlangt.

Minister v. Nolcke erwidert, daß der Wiesbadener Fall inzwischen erledigt sei. Gegenüber dem Dreeslauer Fall könne er, soweit sein Respekt in Betracht kommt, von dem ablehnenden Standpunkt nicht abgehen. Abg. Weisler (Z.) wünscht polizeiliche Maßregeln gegen Unfälle durch die amerikanischen Luftschiffe. Damit schließt die Debatte. — Der Antrag wird angenommen. Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr. (Außer dem Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.) Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Viehschadenkommission des Reichstags hat Mittwoch vor-mittag die zweite Lesung des Gesetzes betreffend die Verpfändung der Viehschäden beendet. — In lebhafteren Auseinandersetzungen kam es noch einmal bei den §§ 13 und 44a. In diesen Paragraphen sind die Sperrmaßregeln stipuliert. Gegen die Bestimmungen, daß nicht nur die Ställe, Hofräume, sondern auch die „Gehöfte“ für jeden Personenverkehr sollen gesperrt werden können, wandten sich unsere Genossen in entschiedener Weise. Unter „Gehöft“ verstehe man den ganzen Besitz, also auch die Wohnhäuser. In diesen letzteren befinden sich aber vielfach auf dem Lande Wirtschaften, die zu politischen Versammlungen benutzt werden können. Auf Grund der fraglichen Bestimmungen des Viehschadengesetzes würde jeder Bürgermeister in die Lage versetzt, alle ihm mißliebigen Versammlungen zu unterdrücken. — Selbstverständlich lehnte die agrarische Mehrheit der Kommission die Streichung des Wortes „Gehöft“ ab. Sie akzeptierte damit die Bemerkung des bayerischen Zentrums, Bayern, Freiherrn v. Herten, der offen ausgesprochen hatte, daß es kein Unglück sei, wenn eine Anzahl sozialdemokratischer Versammlungen nicht stattfände! — Es schwebt jetzt nur noch eine Differenz zwischen der Kommissionsmehrheit und den verbündeten Regierungen: Die Einsetzung einer Laien-Kommission. Um Zeit zu ruhmbilden über diese Frage zu gewinnen, soll der in Betracht kommende Paragraph in der nächsten Woche einer dritten Lesung unterworfen werden. Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß das Viehschadengesetz mit seinen vielen unübersehbaren, die Volksernährung bedrohenden Bestimmungen demnächst Gesetz werden wird.

Aus der Subjekt-Kommission des Reichstages

(27. Sitzung vom 3. März.)

In der heutigen Sitzung wurde mit der Beratung des Militärstats begonnen. Der Berichterstatter v. Glern (L.) sprach dem Kriegsminister seinen Dank dafür aus, daß er bei Aufstellung des Etats die Worte des Reichstages, daß wir sparen müssen, beherzigt habe; denn die Mehrforderungen betragen bei den fortdauernden Ausgaben nur 5 275 000 M., während in früheren Jahren die Steigerung eine erheblich höhere gewesen sei. Der Referent fragt an, ob es wahr sei, daß die den Kommandeuren gestellten Automobile von diesen zu privaten Zwecken benutzt würden. Der Kriegsminister entgegnete, daß ihm allerdings eine Beschwerde über eine private Verwendung eines Automobils zugegangen sei, die eingehend untersucht werden solle. Aber er glaube nicht, daß in diesem Falle viel heraus kommen werde, denn der Kommandeur habe sich in Gesellschaft des obersten Beamten der Provinz befunden, so daß man die Fahrt sehr wohl als eine im Interesse des Kommandos gelegene betrachten könne. Abgeordneter Erzberger plädiert für Freigabe der Automobile zu privaten Zwecken. Ferner wünscht er, daß das Kriegsministerium der Kommission ein Verzeichnis aller Zulagenstellen und der Nebenbezüge der Offiziere und Beamten zugehen lasse. Die Erfüllung dieses Wunsches wird zugesagt.

Genosse Singer fragt an, ob bei Vergütung von Arbeiten auch die Innehaltung der zwischen den Arbeitern und den Unternehmern abgeschlossenen Tarifverträge den Unternehmern bei der Zuschlagserteilung zur Pflicht gemacht werde. Generalleutnant v. Lochow erwidert, das sei nicht der Fall, aber die Verpflichtung, ortsübliche Löhne zu zahlen, sei vorgeschrieben. Eine Anfrage Erzbergers, ob die Generale für Schreibmaterialien eine höhere Vergütung erhalten als die niedrigeren Chargen, wird vom Interimsekretär Tzelle dahin beantwortet, daß dem Reichstag eine Darstellung der in den verschiedenen Reichsämtern geübten Gepflogenheiten demnächst zugehen sollte.

Nächste Sitzung Donnerstag: Fortsetzung der Beratung des Militärstats.

Arbeits-Kammer-Kommission.

Die Mittwochssitzung der Arbeits-Kammer-Kommission begann mit der Beratung des § 12, der den Arbeitgebern größerer Betriebe ein Pluralwahlrecht einräumen will! Es soll jedoch nicht obligatorisch eingeführt werden, sondern die Aufsichtsbehörden sollen befugt sein, nach Maßgabe der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer das Stimmrecht verschieden festzusetzen. Unsere Genossen beantragten, den § 12 zu streichen, weil das Pluralwahlrecht der Arbeitgeber größerer Betriebe darauf hinausläuft, die Arbeitgeber von kleineren Werken zu majorisieren. Ein Antrag des Abgeordneten Schmidt-Altenburg (Reichspartei) verlangte dagegen, das Pluralwahlrecht obligatorisch festzusetzen! Die Abstimmung ergab die Ablehnung beider Anträge.

In § 13 wird die Wählbarkeit der Arbeits-Kammer-Mitglieder umschrieben. Nach der Vorlage sollen wählbar sein diejenigen Wahlberechtigten, die das 30. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens einem Jahre dem Gewerbebezuge angehören und in dem vorausgegangenen Jahre keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen haben. Unsere Genossen beantragten dazu, die Altersgrenze auf das 21. Lebensjahr festzusetzen und von der Voraussetzung, daß der Wahlberechtigte seit einem Jahre im Gewerbebezuge beschäftigt sein muß, abzusehen. Ein Antrag des Zentrums forderte das 25. Lebensjahr als Altersgrenze, und ein Antrag Schmidt-Altenburgs wollte nur denjenigen Wahlberechtigten die Wählbarkeit zusprechen, die seit zwei Jahren einem der Gewerbebezüge angehören, für welche die Arbeits-Kammer errichtet sind. Angenommen wurde der Antrag, die Altersgrenze auf 25 Jahre herabzusetzen, alle übrigen Anträge wurden abgelehnt. Auch ein weiterer Antrag unserer Genossen, die Bestimmung zu streichen, daß diejenigen, die Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen haben, nicht wählbar sein sollen, wurde abgelehnt.

Eine besondere Erörterung erfahren die Anträge, die die Wählbarkeit der Angestellten der beruflichen Organisationen verlangen. Der Antrag der Sozialdemokraten fordert die Wählbarkeit für die tätigen Beamten und Vorstandsmitglieder der beruflichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Ein Antrag Wiedeberg (Z.) fordert im Prinzip dasselbe, stellt aber die Bedingung, daß die betreffenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer mindestens drei Jahre dem Gewerbebezuge angehört haben. Auch ein Antrag v. Herten (Wirtschaftl. Vg.), der sich in der gleichen Richtung bewegt, sieht diese Voraussetzung vor. Damit würde den Angestellten der Arbeitgeberorganisationen nicht gedient sein; denn in den seltensten Fällen sind die Angestellten der Arbeitgeberverbände in handwerklichen oder industriellen Betrieben tätig gewesen. Den Arbeits-Kammern und ihren Aufgaben würde aber durch die Ausschließung dieser Vertrauensmänner der Arbeitgeber auch sein Dienst erwiesen werden, und die Parität dort nicht nur auf dem Papier stehen, sondern sie muß sich auch praktisch durchführen lassen. Diesen Gedankengang haben die Genossen Wömelburg und Sebring gegenüber den Anträgen der Abgg. Wiedeberg und v. Herten hervor.

Die Anträge des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung wollen die Zulassung der Beamten und Vorstandsmitglieder auf ein Drittel, bezw. auf ein Viertel der Mitglieder der Arbeits-Kammer beschränken. Diese Einschränkung im Gesetz festzusetzen, erscheint unseren Genossen ebenfalls nicht zweckmäßig, wenn auch niemand ein Interesse daran haben kann, die Kommissar ausschließlich mit Angestellten der Organisationen zu besetzen. Aber diese Beschränkung werden die Organisationen besser selbst treffen können.

Die Diskussion wurde noch nicht zu Ende geführt, doch ist nach den bisherigen Auslassungen der Kommissionsmitglieder die Frage der Zulassung von Angestellten der Organisationen bereits im bejahenden Sinne entschieden.

Die Reichstagskommission zur Vorbereitung eines Gesetzes für den unlauteren Wettbewerb hielt Mittwoch ihre achte Sitzung ab. Zu § 13 wird statt der Regierungsvorlage der Antrag Bitter-Noeren angenommen:

Wer im geschäftlichen Verkehr einen Namen, eine Firma oder die besondere Bezeichnung eines Erwerbsgeschäftes, eines gewerblichen Unternehmens oder einer Druckchrift in einer Weise benutzt, welche geeignet ist, Verwechslungen mit dem Namen, der Firma oder der besonderen Bezeichnung herbeizuführen, deren sich ein anderer befugterweise bedient, kann von diesem auf Unterlassung der Benutzung in Anspruch genommen werden.

Der Benutzende ist dem Verletzten zum Ersatz des Schadens verpflichtet, wenn er wusste oder wissen mußte, daß die mißbräuchliche Art der Benutzung geeignet war, Verwechslungen herbeizuführen.

Zu § 13a fasst die Redaktionskommission folgende Fassung vor: Mit Gelände bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 5000 M. oder mit einer dieser Strafen wird, soweit nicht nach anderen Bestimmungen eine schwerere Strafe verhängt ist, bestraft, wer im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs dem Angestellten oder Beauftragten eines geschäftlichen Betriebs Geschäfts oder andere Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt, um bei dem Bezuge von Waren oder gewerblichen Leistungen eine Bevorzugung zu erlangen.

Die gleiche Strafe trifft den Angestellten und Beauftragten eines geschäftlichen Betriebs, der im geschäftlichen Verkehr, damit ein anderer bei dem Bezuge von Waren oder gewerblichen Leistungen im Wettbewerb bevorzugt werde, Geschäfts oder andere Vorteile fordert, sich versprechen läßt oder annimmt.

Im Urteile ist zu erklären, daß das Empfangene oder sein Wert dem Staate verfallen sei.

In Ansehung der Ansprüche auf Unterlassung und Schadensersatz finden die Vorschriften der §§ 1, 1a, 2 Anwendung.

Ein Regierungsvertreter erklärt: Durch diese Fassung, wenn sie angenommen werde, könnte das Zustandekommen des ganzen Gesetzes gefährdet werden; es müßte eine Wänderung der Strafen eintreten. Genosse Dr. Frank gibt die Erklärung ab, daß die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder gegen diesen Antrag stimmen; denn der Antrag sei eine Verleumdung der gesamten Handlungsgehilfen; man könne nicht schlechthin jedes Geschäft, das gegeben werde unter schwere Strafe stellen. Er beantragte die Rückverweisung an die Redaktionskommission, die eine andere Fassung suchen möge nach folgenden Gesichtspunkten: Strafbar soll der Angestellte nur dann sein, wenn die Handlung, zu der er angestiftet wird, pflichtwidrig ist; für das Strafmaß muß unterschieden werden nach dem Erfolg der Tat; ob der Prinzipal infolge der Handlung benachteiligt wird oder nicht.

Zund (natl.) ersucht um Annahme der Vorschläge der Redaktionskommission in der ersten Lesung; Änderungen könne man in der zweiten Lesung noch vornehmen! Am 2. März Hoff und Gerkenberger (Z.) erklären sich gegen den Vorschlag Dr. Franks, v. Brockhausen und Graf Carmer (L.) erklären sich für den Antrag der Redaktionskommission. — Fündel (natl.): Das Schmiergeldgeben habe mit keinen Gesetzen angefangen und sei nun zu einem Krebsgeschwür im geschäftlichen Leben geworden; man müsse strenge Bestimmungen in das Gesetz bringen, damit dieser Unluf beseitigt werde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Redaktionskommission gegen die Stimmen der Genossen Dr. Frank, Wrischen, Horn angenommen, der Antrag Dr. Frank abgelehnt. Der Antrag Dr. Am Rehnhoff: „hinter den § 13 des Gesetzes die §§ 15 und 16 des Gesetzes zum Schutze der Warenbezeichnungen einzufügen“, wird von Am Rehnhoff begründet.

Ein Regierungsvertreter erklärt: Das Gesetz zum Schutze der Warenbezeichnung solle einer Wänderung unterzogen werden; man könne diesen Antrag nicht in das Gesetz aufnehmen, Genosse Dr. Frank beantragte, den Antrag Am Rehnhoff einer Subkommission zu überweisen. Ein Regierungsvertreter meint, man müsse sich mit den Beratungen begnügen, damit der Bericht der Kommission vor Ohiern fertig sei, sonst könne man an eine Verabschiedung des Gesetzes zum Frühjahr nicht denken.

Soziales.

Zur Schauspieler-Bewegung.

Die Solidarität der Terroristen des Deutschen Bühnenvereins scheint in die Brüche gehen zu wollen. Die Schachmaderastären des Vorstehenden, des Grafen Pilsen-Haeckler, des „Freundes des Kaisers“, finden lebhaften Widerspruch.

Nachdem schon die Direktoren in Frankfurt a. M., Straßburg und Graz erklärt hatten, nicht mitmachen zu wollen und das Koalitionsrecht der Bühnengestellten dadurch anerkennen, daß sie die „Genossenschaft deutscher Bühnengedienter“ als befugte Vertreterin des deutschen Schauspielpersonals ansehen, haben weitere neun Theater in einer Sitzung vom 23. Februar in Zürich ihr Verstreben zu erkennen gegeben, mit ihren Theatermitgliedern eine „friedliche Verständigung auf moderner, sozialer Grundlage herbeizuführen“.

Es betrifft das u. a. die Theater in Zürich, Bern, Luzern, St. Gallen, Basel, Müllhausen i. El. und Kolmar. Die Theaterleitungen wollen ihren Austritt aus dem Bühnenverein nur deshalb nicht erklären, damit die intransigenten Elemente nicht vollends die Oberhand gewinnen.

Verwirrte Lohn- und Entschädigungsansprüche.

In wie unverantwortlich leichtsinniger Weise sich mancher Arbeiter seiner Rechte begibt, zeigte die Verhandlung in einer Klagesache des Glasers Deutler gegen den Glasermeister Hermann Müller, die am Dienstag vor dem Innungsgericht stattfand. B. war vom 4. bis 30. Januar beim Beklagten beschäftigt. Bei drei Lohnzahlungen erhielt er insgesamt 28.50 M. zu wenig ausbezahlt. Auch wurden ihm bei seinem Weggange die Papiere einschließlich der Invalidentarte nicht ausgehändigt. Erst nachdem er die Klage anhängig gemacht hatte, hat er die Papiere erhalten. Kläger fordert nun den Restlohn von 23.50 Mark und Zahlung einer Entschädigung wegen des Einbusses der Papiere von 3 M. für jeden Tag. Im Termin legte der Beklagte eine schriftliche Erklärung des Klägers vor, die dieser beim Abholen der Papiere abgegeben hat, wonach er keinerlei Ansprüche mehr an den Beklagten hat. Das Gericht hielt darauf eine Prüfung der Sache selbst nicht mehr für erforderlich und wies den Kläger mit der erhobenen Klage ab.

Hätte der Kläger den schon oft erteilten Rat befolgt, keine Generalquittung, sondern lediglich eine Quittung über das Empfangene auszustellen, so wäre er mit seinem Anspruch durchgedrungen.

Wasserhand-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 2. 3. 1. 11. om am 1.)	Wasserstand	am 2. 3. 1. 11. om am 1.)		
Remel, Mühl	177 ¹⁾	+1	Saale, Großh.	94	+2
Bregel, Jüterburg	7 ²⁾	-2	Saale, Grobnau ³⁾	97	+3
Weghel, Thon	61 ¹⁾	-2	Saale, Rathenow ³⁾	119	+5
Oder, Rathor	81	+3	Spree, Spremberg ³⁾	91	0
Kroffen	135	-3	Beesem	98 ¹⁾	-5
Frankfurt	201	-3	Weser, Müden	-72	+2
Barthe, Schimm	50	0	Weser, Minden	4	+2
Rehe, Bordanm	7	-8	Rhein, Magiliansau	278	-5
Silbe, Leitmeritz	-54	+7	Rhein, Rahn	84	-3
Dresden	-175	+3	Rhein, Köln	60	-5
Berlin	78 ¹⁾	+3	Neckar, Heilbronn	50	+4
Magdeburg	71	+2	Wain, Wertheim	-	-
			Wolfe, Trier	-	-

1) + bedeutet Hoch, - Fall. — 2) Unterpegel. — 3) Elbstand. 4) Schwaches Treibeis. 5) Übergang.

A. WERTHEIM

G. m. b. H.

LEBENSMITTEL

KONSERVEN

Brech- und Schneidebohnen $\frac{1}{2}$ Dose 28 Pf.
 Junge Schoten I $\frac{1}{2}$ Dose 80 Pf.
 Karotten I $\frac{1}{2}$ Dose 68 Pf.
 Karotten $\frac{1}{2}$ Dose 48 Pf.
 Karotten in Streifen $\frac{1}{2}$ Dose 30 Pf.
 Gemischt. Gemüse I $\frac{1}{2}$ D. 95 Pf.
 Gemischt. Gemüse II $\frac{1}{2}$ D. 65 Pf.
 Stangenspargel I $\frac{1}{2}$ Dose 1.35
 Stangenspargel II $\frac{1}{2}$ Dose 1.20

Saure Kirschen ohne Steine $\frac{1}{2}$ Dose 95 Pf.
 Kaiserkirschen ohne Steine $\frac{1}{2}$ Dose 1.10
 Aprikosen $\frac{1}{2}$ Dose 1.20
 Melange Früchte I $\frac{1}{2}$ Dose 1.10
 Melange Früchte $\frac{1}{2}$ Dose 90 Pf.
 Stachelbeeren $\frac{1}{2}$ Dose 65 Pf.
 Pflaumen in Essig und Zucker $\frac{1}{2}$ Dose 75 Pf.

Bratheringe Dose 42 Pf.
 Bismarckheringe Dose 42 Pf.
 Delikatessheringe $\frac{1}{2}$ Dose 83, $\frac{1}{4}$ Dose 52 Pf.
 Neunaugen Dose 95 Pf.
 Aal in Gelee Dose 75 Pf.
 Lachs in Gelee Dose 1.10
 Russische Sardinen Glas 25 Pf.
 Anchovis Glas 25 Pf.
 Hummer $\frac{1}{2}$ Dose 2.15, $\frac{1}{4}$ Dose 1.35
 Appetitsild Dose 35 Pf.
 Ölsardinen Spezialmarke $\frac{1}{2}$ Dose 50 Pf., $\frac{1}{4}$ Dose 80 Pf., $\frac{1}{8}$ Dose 1.35, $\frac{1}{16}$ Dose 2.60

KAKAO, SCHOKOLADE

Deutscher Kakao Pfd. 78 Pf., 1.10
 Deutscher Kakao Pfd. 1.30, 1.80
 in Paketen von $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{8}$ Pfund
 Holländischer Kakao Pfd. 1.90, 2.20
 Haushalt-Schokolade Pfd. 70, 80 Pf.
 Haushalt-Schokolade Pfd. 1 Mk.

GEBRANNTER KAFFEE

Misch. I II III IV V VI VII
 Pfd. 83 95 1.10 1.35 1.50 1.70 1.90

MOSELWEIN

Obermoseler $\frac{1}{2}$ Flasche 60 Pf.
 1907er Mesenicher 75 Pf.
 1907er Wolfer 1 Mk.
 1906er Uerziger 1.30
 1906er Wolfer Goldgrub 1.70
 (Wachstum: Eduard Lorenz)
 1903er Graach. Himmelreich 2 Mk.
 Fuder 38 (Wachstum: Kgl. Gymnasium Trier)
 1906er Cueser Weissenstein 2.30
 Fuder 5 (Wachstum: Hospital Cues)
 1905er Canzemer 2.60
 (Wachstum: Bischöflich. Priesterseminar)

In dieser Woche:

Stangenspargel extra stark $\frac{1}{2}$ Dose 1.55 Mk.
 Kaiserschoten extra $\frac{1}{2}$ Dose 1.20 Mk.
 Junge Schoten extrafein 85, Schoten IV 37 Pf. $\frac{1}{2}$ Dose
 Schoten und Karotten $\frac{1}{2}$ Dose 55 Pf.
 Reineklauden $\frac{1}{2}$ Dose 68 Pf.
 Preisselbeeren $\frac{1}{2}$ Dose 58 Pf., $\frac{2}{3}$ Dose 1.10, $\frac{5}{6}$ Dose 2.75
 Pflaumen ganze Frucht $\frac{1}{2}$ Dose 42, Erdbeeren $\frac{1}{2}$ D. 85 Pf.
 Dunstfrüchte Stachelbeeren, Johannisbeeren, Kirschen mit Steinen, Heidelbeeren, Birnen Glas 52 Pf.
 Heringe in Gelee Dose 28 Pf.

FLEISCHWAREN

Zerelat- und Salamiwurst Pfd. 1.10 Mk.
 Schlackwurst in Fettdarm Pfd. 1.20 Mk.
 Jagdwurst Pfd. 90 Pf., Teewurst Pfd. 1.20 Mk.
 Westfälische Mettwurst Pfd. 80 Pf.
 Zwiebelwurst Pfd. 45, Rotwurst 45, 65 Pf.
 Landleberwurst Pfd. 90 Pf.
 Feine u. Hallesche Leberwurst Pfd. 95 Pf.
 Kasseler Rippespeer Pfd. 80 Pf.
 Knochenschinken 9—12 Pfund schwer, Pfd. 1.10 Mk.
 Neu! Fleisch-Roulade Dose ca. 2 Pfd. Inhalt 1.90 Mk.

FRISCHE FRÜCHTE

Messina-Apfelsinen Dtz. 55 Pf. | Zitronen Dtz. 22 Pf., Kiste 360 Stck. 6 Mk.
 Murela-Blut-Apfelsinen Dtz. 35 Pf. | Bittere Orangen Dtz. 50 Pf.
 Apfelsinen Dtz. 20, 30, 40 Pf. | Ananas Pfund 68 Pf.

GEFLÜGEL

Puten Pfd. 85 Pf., Schneehühner 1.10
 Suppenhühner 2 Mk., 2.25 Mk. | Junge Gänse
 Brathühner 1.85, 2.25 Mk. | und Enten.

HÜLSENFRÜCHTE

Riesenerbsen Pfund 17 Pf.
 Kleine Erbsen Pfund 16 Pf.
 Glasierte Erbsen $\frac{6}{8}$ Pfund 23 Pf.
 Glasierte Erbsen $\frac{6}{8}$ Pfund 25 Pf.
 Spalterbsen Pfund 19 Pf.
 Grüne Erbsen Pfund 16 Pf.
 Grosse Linsen Pfund 25 Pf.
 Mittel Linsen Pfund 15 Pf.
 Grosse Bohnen Pfund 24 Pf.
 Lange Bohnen Pfund 18 Pf.
 Kleine Bohnen Pfund 15 Pf.

GETROCKNETES OBST

Entsteinte Pflaumen Pfund 28, 45 Pf.
 Türk. Pflaumen Pfund 22, 28 Pf.
 Französische Pflaumen Pfund 38, 45, 55, 65 Pf.
 Kaliforn. Birnen Pfd. 50, 60 Pf.
 Kaliforn. Aprikosen 58, 68 Pf.
 Kaliforn. Pfirsiche Pfund 60 Pf.
 Ital. Prünellen Pfund 55 Pf.
 Amerik. Ringäpfel Pfund 48 Pf.
 Gemischtes Backobst Pfund 30, 45, 60 Pf.

GETROCKNETES GEMÜSE

Julienne Pfund 60 Pf. 1 Mk.
 Wirsingkohl Pfund 1.10
 Weisskohl Pfund 1 Mk.
 Rotkohl, Grünkohl Pfund 90 Pf.
 Spinat Pfund 1.80
 Schneidebohnen Pfund 1.50
 Deutsche Schoten Pfund 2.20
 Russische Schoten Pfund 2.40

TEE

Souchong $\frac{1}{2}$ Paket 95, $\frac{1}{4}$ Paket 48 Pf.
 Souchong-Melange I II III IV V
 Pfund 1.50 1.80 2.40 3.20 4 Mk.
 Congo-Melange Pfund 2.20, 4 Mk.
 Ceylon-Tee Pfund 3 Mk.
 Pecco-Melange Pfund 4.80
 Darjeeling-Melange Pfund 6 Mk.
 Russischer Tee Pfund 2.75, 4.50, 6 Mk. 7.50

RHEIN- u. PFALZWEIN

1906er Dienheimer $\frac{1}{2}$ Flasche 75 Pf.
 1907er Eckelsheimer 90 Pf.
 1906er Oppenheimer Schloss 1.10
 (Wachstum: Ww. Lichtenecker)
 1904er Guntersblum. Riesling 1.30
 (Wachstum: Kommerzienrat Hedderich, Darmstadt)
 1904er Nierstein. Scheinbügel 1.45
 (Wachstum: Gebr. Egly)
 1904er Nierstein. Heiligenbaum 1.70
 1905er Eitviller Sonnenberg 2.20
 (Wachstum: Freiherr Langworth v. Simmern)
 1902er Deidesh. Katharinenbild 2.40
 (Orig.-Keller-Abfüllung F. P. Buhl, Deidesheim)

BORDEAUXWEIN

1904er Chât. Larsche Beaurech $\frac{1}{2}$ Flasche 80 Pf.
 1905er Chât. d'Arche Ludon 1 Mk.
 1905er Chât. Malécot Pauillac 1.10
 1905er Chât. Mouton d'Armailhacq grand vin (Pauillac) 1.20
 1900er Crû Corneillan 1.40
 1904er Chât. du Tertre grand vin 1.50
 1904er Chât. Figeac St. Emilion 1.80
 1904er Chât. Palmer 2 Mk.

Englisch Porter 38 Pf.

Imperial Stout, Flasche

Blankenhainer Kraftmalzbier 38 Pf.
 Braunschweiger Doppel-Schiffsmumme $\frac{1}{2}$ Dose 2.35, $\frac{1}{4}$ Dose 1.20
 Adriablume, süsser Dalmatiner-Blutwein Fl. 1.10
 Vermouth Martini & Rossi, Turin Flasche 1.25

Berlin im Schnee.

Der am Sonntag eingetretene und seit Dienstag früh ununterbrochen anhaltende Schneefall hat in Berlin Verkehlszustände geschaffen, die nur wenig denjenigen nach dem Schneesturz vom 31. Januar 1907 nachstehen. Der Fuhrverkehr ist fast völlig lahmgelegt. Der Omnibusbetrieb mußte am Dienstagabend eingestellt werden und am gestrigen Morgen hat kein Pferdeomnibus die Depots verlassen. Der Autobusbetrieb erfährt erhebliche Einschränkungen, weil infolge der Ueberanstrengung der Motore eine erhebliche Zahl Automotoren defekt geworden waren. Nur dadurch, daß die Reparaturarbeiten stets sofort vorgenommen werden konnten, war es möglich, den Betrieb, wenn auch eingeschränkt, aufrecht zu erhalten. Die Straßenbahngesellschaft hatte die ganze Nacht hindurch Motorwagen mit Schneepflügen und Salzstreuwagen verkehren lassen, und nur so wurde es ermöglicht, die Gleise einigermaßen fahrbar zu halten. Dennoch mußten auch hier Betriebseinschränkungen vorgenommen werden; die Anhängewagen wurden aus dem Verkehre gezogen und auch die Zahl der Einsitzwagen vermindert, weil ohnehin schon eine übermäßige Belastung der Kraftzentralen stattfand. Dennoch erhielten die einzelnen Straßenbahnzüge auf verschiedenen Touren Verspätungen bis zu zwei Stunden. Der Geschäftsfuhrverkehr stockte fast vollkommen. Vielen Geschäftsleuten war es gestern nicht möglich, die Pferde anzuspinnen zu lassen, da die Tiere infolge der Anspannung am Dienstag fasttot geworden waren; vielfach blieben aber auch die Gespanne im Schnee stecken. Besonders empfindlich machte sich diese Störung in der Müllabfuhr geltend, die ebenfalls auf das äußerste eingeschränkt worden ist, weil sämtliche im Verkehre befindliche Wagen vier-spännig fahren mußten und doch nur langsam vorwärts kamen und die Touren nicht zu beenden vermochten. Der Droschkenverkehr wurde gestern ebenfalls fast völlig eingestellt. Naum 300 bis 400 Pferdebedroschken waren gestern morgen unterwegs und die Haltestellen infolgedessen völlig verwaist. Soweit derartige Gefährte im Verkehre waren, fuhren sie zweispännig.

Die in dem bis jetzt mehr als 27stündigen Schneefall niedergelagene Schneemenge erreichte stellenweise eine Höhe bis zu 35 Zentimeter, so daß bei den Anlagen die Einfriedigungen nicht mehr sichtbar und die Rasenplätze von den Wegen nicht zu unterscheiden waren. Die an den Bahndämmen aufgestapelten Schneeburgen lagen stellenweise bis anderthalb Meter Höhe und bildeten einen förmlichen Wall, durch den das Kreuzen der Bahndämme gehindert wurde.

Die Beseitigung dieser gewaltigen Schneemassen machte natürlich umfassende Maßregeln erforderlich. Seitens der Stadt und der Straßenbahngesellschaft wurden im Laufe des Vormittags zusammen über 6000 Schneeschipper eingestellt und die sämtlichen städtischen Schneepflüge in Betrieb gebracht. Dennoch ging die Säuberung der Straßen außerordentlich schwer vonstatten, da es häufig vorkam, daß sich vor den Pflügen förmliche Mauern bildeten, die Pflugwagen infolgedessen stecken blieben und nur mit Hilfe von Straßenpassanten wieder flott gemacht werden konnten. Wenn aber auch die Straßen eben geräumt waren, so wurde durch die wenigen unterwegs befindlichen Fußworte schon nach kurzer Zeit der Schnee wieder auseinandergerissen, so daß bald wieder die alten Verkehlszustände entstanden.

Für die Schneebeseitigung waren gestern früh 1500 Wagen im Verkehre, deren Zahl im Laufe des Tages auf 2200 erhöht wurde. Um eine schnellere Entfernung der Schneemengen zu ermöglichen, wurde der Schnee auf zweirädrigen Karren teils nach den Kanalisationsgräben, teils nach den Spreueren gebracht und dort hineingeworfen. Trotzdem in dieser Weise viele Tausende von Kubikmetern der Niederschläge aus den Straßen entfernt wurden, konnte man von einer Verminderung der Schneemassen nichts bemerken, und war es auch nicht einmal möglich, die Hauptverkehrsstraßen schneefrei zu halten.

Betriebsstörungen bei der Straßenbahn.

Aus dem Verkehre der Großen Berliner Straßenbahn werden von Dienstag und gestern morgen eine Reihe größerer, teils durch Schneeverwehungen herbeigeführte Betriebsstörungen gemeldet. Von Dienstag nachmittag 12 Uhr 30 Minuten an mußte infolge Schneeverwehungen auf dem Südring der Straßenbahnbetrieb zwischen Schöneberg (Röhlenstraße) und Britz (Kirche) in der Richtung über Tempelhofer eingestellt werden. Aus demselben Grunde konnten von 1.20 Uhr nachmittags an die Wagen der Linie 7 nur bis Britz, Hertelstraße, fahren. Infolge Ueberlastung der Speisepunkte 77 der Berliner Elektrizitätswerke und des Kraftwerkes Charlottenburg waren in der Zeit 7.30 bis 8.30 Uhr abends die Stabellierungen in der Charlottenburger Chaussee, Dorotheen-, Sommer- und Luisenstraße stromlos. Infolge Schneeverwehungen waren das Gleis der Straßenbahnlinien nach Tempelhofer von 7.30 bis 8.30 Uhr unpassierbar. Durch Schneeanfamnungen in den Schienen wurden verschiedene Straßenbahnwagen zur Entgleisung gebracht, wodurch ebenfalls Störungen herbeigeführt und Umlenkungen von Straßenbahnlinien veranlaßt wurden. Größere Störungen wurden auch dadurch verursacht, daß die auf den Schienen fahrenden Privatfahrwerke die Weichen verschmutzten und infolgedessen die Weichenzungen nicht gesteckt werden konnten.

Durch den Schneefall sind in den letzten drei Tagen mehr als hundert Unfälle

von Passanten hervorgerufen worden. Zum weitaus größten Teil handelt es sich dabei um Verletzungen leichterer Art. Aber auch schwerere Verwundungen sind vorgekommen. Auf der Rettungswache in der Köthener Straße wurden Dienstag abend und gestern vormittag mehr als zehn Personen behandelt, die beim Sturz auf der Straße Schaden genommen hatten. Die gleiche Anzahl Verunglückter behandelten die Ärzte auf den Unfallsstationen in der Radstraße und in der Schönhauser Allee. In der vergangenen Nacht wurden fast sämtliche Sanitätswagen von Verunglückten in Anspruch genommen. Unfälle schwererer Art trugen sich in der Königsgraben, Köthener, Brunnen-, Rosenhale, Wilhelm-, Leipziger, Friedrich- und Vorkigtstraße sowie am Brandenburger Tor zu. In mehr als zwanzig Fällen zogen sich die Gestürzten Knochenbrüche zu. Diese Verletzten mußten alle in Krankenhäusern untergebracht werden.

Auch im Stadtbahn- und Vorortverkehr

sind durch den starken Schneeebergang bereits Störungen hervorgerufen worden. Viele Hunderte von Ersahmannschaften sind Tag und Nacht damit beschäftigt, die Gleise von den Schneemassen freizuhalten. Besonders gefährlich werden für den Vorortverkehr die fortwährenden Schneeverwehungen, durch die häufig enorme Schneemengen auf die Gleise getrieben werden. Oft sammeln sich auf diese Weise die Schneemengen bis zu einem halben Meter hoch

auf den Schienen an. An den Einfahrtstellen in die Vorortbahnhöfe wissen die Leute nicht, wo sie die großen Schneemengen hinschaffen sollen. Derselbe Uebelstand macht sich auf dem Stadtbahnkörper bemerkbar. Der Betrieb auf der Hochbahn hat bisher unter empfindlicheren Störungen noch nicht zu leiden gehabt. Die Gleise werden ebenfalls ständig durch Schneefahrer freigehalten.

Aus den Vororten

wird gemeldet, daß dort die Verkehlszustände noch viel schlimmer sind als in Berlin. In manchen Orten hat man auch nicht das geringste getan, um die Bahndämme freizumachen, so daß wenigstens in den Nebenstraßen, der Fuhrverkehr völlig eingestellt werden mußte. Auf den Chausseen hatten sich Schneemassen gebildet, durch welche Anhäufungen bis zu einem Meter entstanden waren. Dadurch war auch der Verkehre nach Berlin ununterbrochen und die Milchhändler usw., die ihre Heimatdörfer verlassen hatten, waren genötigt, unterwegs einzufahren oder wieder zurückzufahren. Nur wenigen Fuhrwerken war es im Laufe des Vormittags gelungen, die Hauptstadt zu erreichen.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, den 7. März, abends 6 Uhr, bei Rabe, Fichtestr. 29: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz. Vortrag der Genossin Frau Zieh. Um rege Beteiligung Die Abteilungsleiter.

Tegel. Die Mitglieder werden auf den am Sonnabend, den 6. März, in W. Trapps Festsaal stattfindenden Kunstabend aufmerksam gemacht. Einladungen sind bei den Bezirksführern sowie in den Bezirkslokalen zu haben.

Alt-Glienide. Morgen, Freitagabend 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Troppens, Andover Str. 54, eine öffentliche Versammlung statt, die sich mit der bevorstehenden Gemeindevereinerwahl beschäftigt. Die Wahl selbst findet am Dienstag, den 9. März, abends von 6-8 Uhr, statt. Bei der Bedeutung der Wahl für unsere örtlichen Interessen erlauben wir die Genossen, sowohl für die Versammlung wie für die Wahl eine eifrige Propaganda in Bekanntschaften zu entsenden.

Schwabde. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in Wittes Waldschloß eine öffentliche Versammlung statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Vortrag des Genossen Groger-Nigdarf über die Bedeutung unserer bevorstehenden Gemeindevereinerwahl. 2. Freie Aussprache. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevereinerwahl. 4. Berichtendes. Die Mitglieder der Gemeindevereinerwahl sind zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen.

Am Sonntag früh 8 Uhr findet für unsern Ort eine Flugblattverbreitung statt.

Berliner Nachrichten.

Schule und Familie „Hand in Hand“!

Am Mittwoch berichteten wir über den Ausgang einer Beleidigungsflage, die zum Schutze des Gemeindevereinerrektors Adolf Neumann II (43. Knaben-Gemeindevereiner, Grünhale Straße) auf Antrag der Schuldeputation gegen die Mutter eines seiner Schüler erhoben worden war. Wir kommen heute auf diese Angelegenheit zurück, einmal deshalb, weil wir der Meinung sind, daß sie für die Schulverwaltung mit dem Strafverfahren gegen die Mutter noch nicht erledigt sein kann, und zweitens deshalb, weil wir es für unsere Pflicht halten, alle Eltern auf ethische sich ergebende Nutzenwendungen hinzuweisen. Der Herr Rektor hatte den Jungen einer Frau K. aus nicht zu reichendem Grunde in übertriebener Weise gezüchtigt, hatte am nächsten Tage die sich beschwerende Mutter mit Worten zurückgewiesen, die sie als verlegend empfand, und war dann von der darüber erregten Frau beschimpft worden. Die Annahme des Rektors, daß der Schüler K. nicht zur Impfskontrolle gekommen sei, ließ sich ohne weiteres als irrig widerlegen. Die Folgen der schweren Züchtigung, die vom Rektor auf Grund dieser irigen Annahme über den Jungen verhängt worden war, wurden noch am nächsten Tage durch einen Arzt bescheinigt. Wie kam es, daß dessen ungeachtet nicht der Rektor, sondern die Mutter auf die Anklagebank geriet?

Frau K. hatte gegen Herrn Neumann eine Beschwerde an die Schuldeputation gerichtet, sie hatte es aber — unbedeutend! — unterlassen, das Attest beizufügen. Die Schuldeputation, in der bekanntlich kein Sozialdemokrat sitzt, untersuchte die Sache in der bei ihr üblichen Weise, d. h. sie forderte den Rektor auf, sich zu äußern, gab aber der Mutter keine Gelegenheit, mit einer Gegenäußerung zu antworten, fragte auch nicht bei ihr an, ob sie ein Attest vorlegen könne, und gab schließlich den Bescheid: „Nach Prüfung der Angelegenheit haben wir keine Veranlassung gefunden, gegen den Rektor Herrn Neumann II einzuschreiten.“ Dem Rektor war nach vollzogener Züchtigung bekannt geworden, daß er von einer irigen Annahme ausgegangen war. Hat er der Schuldeputation, die ihn sich äußern ließ, das mitgeteilt? Aus dem umfangreichen Attest des Arztes wurden damals die schlimmsten Angaben durch den „Vorwärts“ veröffentlicht. Haben sie im Rathhaus, wo man ja den „Vorwärts“ Tag für Tag sehr genau durchstudiert, die nötige Bedeutung gefunden? Die Schuldeputation hat den obigen Bescheid zustande gebracht, nachdem seit Veröffentlichung des „Vorwärts“-Artikels reichlich neun Wochen hingegangen waren. Wäre es da nicht möglich gewesen, gründlicher zu prüfen? Der Bescheid war unterzeichnet vom Stadtschulrat Fischer — ihm, der vor einigen Jahren den prügelnden Pädagogen unserer Gemeindevereiner ein warmes Merkblatt gewidmet hat. Derselbe Stadtschulrat Fischer hat die Verantwortung dafür übernommen, daß hier eine offenbare Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes ungeahndet blieb. Dem Rektor schrieb die Schuldeputation, sie sehe die Züchtigung als gerechtfertigt an. Und um ihm Genugthuung zu verschaffen und sein Ansehen wiederherzustellen, wurde die Mutter auf die Anklagebank geschleppt.

Wird Rektor K. von dem Ausgang dieses Strafverfahrens sehr erbaunt sein? Wird die Schuldeputation Freude daran haben? Ja, wenn es sein Bewenden gehabt hätte bei dem Urteil des Amtsgerichts, das über Frau K. trotz ihrer Unbescholtenheit eine Gefängnisstrafe von fünf Tagen verhängte. Die Richter waren da zu der Meinung gelangt, Frau K. habe keinen Grund gehabt, sich gegen den Rektor zu erwehren. Der Herr Rektor hatte ja in seiner Zeugnisaussage die an dem Jungen vollzogene Züchtigung als harmlos geschildert und hatte unterlassen zu erwähnen, daß der eigenhändige Anlaß zu jener Bestrafung sich nachträglich als irrig herausgestellt hat. In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht gelang es, Umwandlung der Freiheitsstrafe in Geldstrafe zu erzielen. Zwar versicherte Herr K. auf

neue, die Züchtigung sei nicht schlimm gewesen. Gegen ihn sprach aber das ärztliche Attest, das diesmal vorgelegt wurde. Zur Erörterung kam auch, daß aus irigen Anlaß geprügelt worden war. Und schließlich wurde Herr K. durch den Verteidiger der Angeklagten genötigt, zuzugeben, daß er in einer gegen die Bestimmungen verstößenden Weise geschlagen habe. So rückte der Herr Rektor sich selber auf die Anklagebank. Das Amtsgericht hatte dem prügelnden Pädagogen, nur auf dessen Aussage gestützt, noch bestätigt, daß „sein ganzes Verhalten in jeder Beziehung sachgemäß“ gewesen sei. Das Landgericht ließ es ununtersucht, ob die Züchtigung berechtigt gewesen sei oder nicht, und ob K. dabei zu weit gegangen sei oder nicht. Der Mutter wurde aber zugebilligt, daß sie annehmen konnte, K. habe die Grenze des Erlaubten überschritten. Wird jetzt auch die Schuldeputation nachträglich noch zu dieser Annahme gelangen?

Das Urteil des Landgerichts hang aus in die Waagschale, die Familie solle Hand in Hand gehen mit der Schule. Dieser Meinung sind im Prinzip auch wir. Wir haben sie oft ausgesprochen, und alle durch uns bewirkten Festnagelungen von Uebergreifen der Schule hatten immer wieder nur den Zweck, einer von dort ausgehenden Störung der Beziehungen zwischen Schule und Haus entgegenzutreten. Doch durch eine Erziehungsmaßregel, wie der Rektor K. sie in dem vorliegenden Fall versucht hat, das „Hand in Hand gehen“ gefördert werden könnte, glauben wir nicht. Uebrigens hatte gerade Frau K. die Mahnung des Gerichts bereits befolgt. Verfehlungen, die ihr Junge außerhalb der Schule sich hatte zu schulden kommen lassen, waren von ihr dem Rektor mitgeteilt worden, weil sie ihm Vertrauen entgegenbrachte. Sie hat hinterher zu ihrer großen Ueberschuldung gesehen, welchen Gebrauch der Herr Rektor von diesen Mitteilungen machte. Vor Gericht berief er sich hierauf, um zu zeigen, daß der Junge verwahrloßt gewesen sei und eine gehörige Züchtigung verdient habe. In um so schlimmerem Lichte erschien dann die dem Rektor von der Mutter zugefügte Beleidigung, und so hatte Frau K. es ihrem „Hand in Hand gehen mit der Schule“ zu danken, daß sie vom Gericht so hart angefaßt wurde. Wir warnen hiernach alle Eltern, ohne zwingenden Grund sich über die eigenen Kinder bei der Schule zu beklagen. Die Mitteilungen, die Frau K. dem Rektor K. gemacht hatte, haben auch dazu beigetragen, daß nicht lange nach jener Prügelei der Junge den Eltern genommen und in Fürsorgeerziehung gesteckt wurde. So kann enden, wenn man das „Hand in Hand“ zu weit treibt.

Gut bekommen ist die Freundschaft zwischen Schule und Haus nur dem Rektor Neumann. Frau K. hat Nachsicht geübt und nicht die Leistung seines Mohrtodes unter Ueberschuldung des Attestes dem Staatsanwalt zur Prüfung empfohlen. Das war menschlich schön von ihr, aber unklug.

Die Krankenhäuser der Stadtgemeinde Berlin haben im

Etatjahr 1907 (Zeitraum vom 1. April 1907 bis 31. März 1908), aus dem jetzt der Jahresbericht der Krankenhausdeputation vorliegt, wieder eine sehr bedeutende Erhöhung der Krankenziffer gehabt. Es wurden diesmal 51840 Kranke behandelt, nämlich 24965 Männer, 4297 Knaben, zusammen 29261 männliche Personen, 18921 Frauen, 3657 Mädchen, zusammen 22578 weibliche Personen. An der Gesamtzahl 51840 war beteiligt das Krankenhaus im Friedrichshain mit 11298, das Krankenhaus Moabit mit 11820, das Krankenhaus am Urban mit 9293, das Virchow-Krankenhaus mit 13706, das Krankenhaus an der Gütshiner Straße mit 2381 (nur Frauen), das Krankenhaus an der Reinickendorfer Straße mit 3292 (nur Kinder). Gegenüber dem Etatjahr 1906 ist die Gesamtzahl der Kranken um 7880 gestiegen. Eine so starke Vermehrung der Aufnahmen ist möglich geworden, weil im Virchow-Krankenhaus, das erst in der zweiten Hälfte des Etatjahres 1906 zunächst nur mit einer mäßigen Zahl Betten eröffnet worden war, die Belegungsfähigkeit im Etatjahr 1907 weiter gesteigert wurde. In den letzten fünf Etatjahren 1903—1907 stellte sich die Gesamtzahl der in den Krankenhäusern der Stadtgemeinde behandelten Kranken auf 37150, 37639, 38429, 43960, 51840. Man sieht, wie mit der Eröffnung des Virchow-Krankenhauses sofort die Zahl der aufgenommenen Kranken anstieg. Und man kann an der Stärke dieser ganz plötzlich einsetzenden Aufwärtsbewegung messen, wie oft in den vorhergehenden Jahren aufnahmefähige Kranke abgewiesen worden waren, weil für sie kein Bett frei war — oder weil, wie es in der zartfühlenden Ausdrucksweise der Krankenhausverwaltung heißt, für diese Kranken in Anbetracht der geringen Zahl noch freier Betten die Aufnahme „nicht dringend nötig“ schien. Uebrigens sei hier ausdrücklich hervorgehoben, daß auch noch gegenwärtig, wo die Krankenhausnot merklich gemildert ist, oft genug die Aufnahme eines Kranken von den Krankenhäusern als nicht dringend nötig bezeichnet und verweigert wird, während der Arzt, der den Kranken bisher behandelt hatte, die Ueberführung in ein Krankenhaus für durchaus wünschenswert hält.

Die Frage des Rettungswesens im Stadtverordnetenaustrat.

Der Stadtverordnetenaustrat zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Neuordnung des städtischen Rettungswesens trat gestern abend unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Sachs zusammen. Der Magistrat war durch den Bürgermeister Dr. Reide und durch den Geheimrat Dr. Straßmann vertreten. Nach längerer Beratung wurde ein Antrag auf Verabschiedung des Rettungswesens mit großer Mehrheit abgelehnt, die Generaldeputation beendete und die Spezialberatung auf acht Tage vertagt.

Aus der Praxis der Armenverwaltung.

Wie liberal unsere Armenverwaltung Arbeitern gegenüber verfährt und dabei zu ganz unzulässigen Mitteln greift, möge folgender Fall illustrieren: Der Tischler W. Richtenberger Straße wohnhaft, wurde von der Armenverwaltung für Krankenkassenkosten verantwortlich gemacht, die durch die Verpflegung seiner Tochter im städtischen Krankenhaus in der Gütshiner Straße entstanden waren. Die Armenverwaltung verlangte von dem Vater 48 Tage a 2.50 = 120 M. W. wandte gegen die Forderung ein, daß er seine Tochter wiederholt im Krankenhause besucht habe und sie nur dort gelassen habe, weil er der Meinung war, daß die Krankenkasse, deren Mitglied seine noch minderjährige Tochter gewesen sei, für die Unterhaltskosten im Krankenhause aufkomme. Wenn die Verpflegung der Krankenkasse aufgehört habe, so sei es Pflicht der Armenverwaltung gewesen, ihm hiervon Mitteilung zu machen. In der Verhandlung vor dem Zivilgericht wurden diese Einwände als unbegründet angesehen und W. als Unterhaltspflichtiger verurteilt, die oben erwähnten 120 M. an die Armenverwaltung zu zahlen. Es wurde ausgesprochen, daß es Sache des W. gewesen sei, sich selbst bei der Krankenkasse über die Dauer ihrer Unterhaltspflicht zu erkundigen, wenn er von dieser Dauer seine Maßnahmen betreffend das Belassen seiner Tochter im Krankenhause abhängig machen wollte.

Daraufhin einigte sich W. mit der Armenverwaltung auf Teilzahlungen, die er in monatlichen Raten a 3 M. leisten wollte. Das tat er denn auch. Arbeitslosigkeit und eine fünfwöchentliche Krankheit verhinderten ihn, regelmäßig seine Zahlungen einzuhalten. Während seiner Krankheit im Oktober erkrankte der Kassierer, um die fälligen 3 M. abzuholen. Diesem Beamten bemerkte W., es ginge in diesem Monat nicht, er wolle ein andermal zahlen. Da der Beamte sich nicht sehen ließ, sandte W. im Januar durch seine Tochter 3 M. nach der Kassenreinzugskasse.

Wie erstarb er aber, als eines schönen Tages, Ende Januar, die Armenverwaltung einfach Lohnkorrektur versagte und bei dem Arbeitgeber des W. 45 Mark pfändete, die in wöchentlichen Raten von 3 M. zu zahlen seien. Die Armenverwaltung tat dies, ohne sich an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten, denn unjüdisches Erbschaftsrecht ist diese Pfändung unzulässig, da der Verdienst des Gepfändeten 1500 M. nicht übersteigt hat. Die Pfändung ist nur zulässig, insofern der Gesamtbetrag der Vergütung die Summe von 1500 M. für das Jahr übersteigt. Kennt die Armenverwaltung diese Bestimmung des Lohnbeschlagnahmegesetzes nicht, so ist es schlimm bestellt; kennt sie aber diese Bestimmung und verfährt bewusst dagegen, so ist es doppelt schlimm.

Verführtes Zwillingsspaar. Eine Tragödie liegt anscheinend dem Verschwinden zweier Zwillingsschwester zugrunde. Es handelt sich um die am 12. November 1888 geborenen Geschwister Anna und Minna Höfstedt aus Hannover. Am vergangenen Donnerstag kamen die beiden jungen Mädchen in Berlin an und nahmen in dem Hotel „Anfenerhof“ in der Luisenstraße Wohnung. Am Freitagabend entfernten sie sich in der Absicht, ein Theater zu besuchen. Seitdem sind sie verschwunden. Es wird nun befürchtet, daß die beiden Schwestern, die ein sehr niedergeschlagenes Wesen zur Schau trugen, sich gemeinsam ein Leid angetan haben. Bekleidet sind die beiden Vermissten mit dunklen Kleidern, schwarzer Tuchjacke und schwarzem Hut mit ebensolchen Schleifen.

Ein Kindesmord ist auf einem Gelände an der Meddenburgischen Straße entdeckt worden. Ein Arbeiter fand dort ein Paket, das die Leiche eines neugeborenen Mädchens enthielt. Der tote Körper war in ein Zeitungsbüchlein vom 7. Februar eingewickelt und mit Bindfaden zusammengeknüpft. Die Schädeldede weist erhebliche Verletzungen auf. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht und wird dort obduziert werden. Die Ermittlungen nach der Kindesmörderin sind in die Wege geleitet worden.

Todeszug von der Treppe. Durch einen verhängnisvollen Unglücksfall hat der 48 Jahre alte Arbeiter Johannes Fiedel, Alexanderstraße 61, den Tod gefunden. F. glitt, als er die Treppe nach seiner Wohnung hinaufsteigen wollte, aus und stürzte rücklings ab. Er zog sich einen Schädelbruch zu und starb im Krankenhaus am Leben an den Folgen.

Zu größter Lebensgefahr schwebten gestern nachmittag im Hause Weidenweg 12 drei Kinder im Alter von 1 bis 5 Jahren. Sie waren unbeaufsichtigt in der Wohnung zurückgelassen, in der dann aus nicht ermittelter Ursache Feuer ausgebrochen war. Die drei Kinder wurden bewußtlos herausgeholt und von der Feuerwehr unter Leitung des Brandmeisters v. Berg mit Hilfe von Sauerstoffapparaten wieder zum Bewußtsein gebracht. Die kleinen Kinder wurden dann den Eltern bei deren Rückkehr übergeben.

Arbeiter-Samariterkolonne. Donnerstagabend 9 Uhr: Dritte Abteilung in Schönberg bei Biesch, Grunewaldstr. 110, und vierte Abteilung in Lichtensberg bei Ledmann, Samariterstr. 11. Vortrag in beiden Abteilungen über Krankenpflege mit nachfolgenden praktischen Übungen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein recht charakteristisches Zusammenwirken von Kriminalpolizei und Kirchenbehörde in puncto Zahlung von Kirchensteuern kennzeichnet ein und zugegangenes Schreiben eines Parteigenossen, in dem es heißt:

Obgleich ich schon über 16 Jahre in Charlottenburg wohne, sind mir doch erst in diesem Winter zwei Aufforderungen zur Bezahlung von Kirchensteuern zugeföhrt worden. Ich sandte beide zurück mit der Bemerkung, daß ich und meine Frau, damals meine Frau, schon vor 37 Jahren in Berlin aus der evangelischen Pfardekirche ausgeschieden seien. Damit hielt ich die Sache für erledigt. Aber einige Wochen darauf kam ein Kriminalbeamter zu mir in meine Wohnung — es war zur Zeit der höchsten Aufregung über die Pfefferseeherel. Er suchte mich zu sprechen und verlangte dann, daß ich ihm die amtlichen Bescheinigungen meines und meiner Frau Austritts aus der Landeskirche vorlege. Ich mußte erst einige Zeit nachsinnen, wo ich die eigentlich hingelegt habe, fand sie aber glücklicherweise noch und zeigte sie dem Kriminalbeamten, der sich die Daten notierte und dann ging. Aber ich hatte doch meine Gedanken darüber, was alles zu den Obliegenheiten der Kriminalpolizei gehört.

Wilmerdorf.

Die Berliner Leihensammelfest. Die Berliner Stadtsynode hat auch bei Wanne eine Leihensammelfest. Infolge eines Protestes des Prinzen Friedrich Leopold erfolgte gestern die Einstellung des Baues. Auf die diesfachen Proteste der Gemeinden Wilmerdorf und Schmaragdendorf, den Bau der Leihensammelfest bei Wilmerdorf zu inhibieren, ist eine Antwort bisher noch nicht erfolgt. Wie wir erfahren, soll aber der Plan, in Wilmerdorf eine Leihensammelfest zu bauen, ebenfalls aufgegeben sein. Die Synode soll mit dem Plane umgehen, die Sammelstelle mehr nach Osten — in Betracht kommt dann das Tempelhofer Feld und Tempelhofer — zu verlegen, obwohl dann die Leihenzüge einen längeren Weg zurücklegen müßten.

Steglitz.

Der Achtuhr-Ladenschluß abgelehnt!

Vom Regierungspräsidenten in Potsdam ist dem Kaufmännischen Verein für Steglitz und Umgegend nachstehendes Schreiben zugegangen: „Der Antrag ist, wie die vorgenommene Feststellung ergeben hat, von weniger als einem Drittel aller beteiligten Geschäftsinhaber gestützt worden. Ich bin daher nicht in der Lage, weitere Maßnahmen zur Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses in Steglitz zu treffen.“ — Wie wir hören, wird der genannte Verein nochmals eine Agitation zwecks Gewinnung von Unterzeichnern einleiten und dann den Antrag von neuem stellen. Wir hoffen, daß nicht nur unsere Parteigenossen, sondern auch alle Geschäftsinhaber, den Antrag unterstützen, sondern daß auch alle übrigen bei Ihren Restaurants in diesem Sinne Propaganda machen.

Seinen Verletzungen erlegen ist der Student der Medizin Heinrich W. aus der Schloßstraße 130 in Steglitz, der, wie wir berichteten, in einem Anfall von geistiger Umnachtung in selbstmörderischer Absicht aus dem Fenster der obersten Wohnung auf die Straße hinabstürzte.

Mariendorf.

Ein Antrag der Gemeindevertretung von Lantwig stand in der letzten Gemeindevorversammlung zur Debatte. Darin wurde gefordert, die Ortskrankenkasse der Gemeinde Lantwig, die zur Mariendorfer Ortskrankenkasse gehört, als eigene Ortskrankenkasse bei Mariendorf zu trennen. Der Vorstand der Mariendorfer Krankenkasse hatte gegen diesen Antrag ein Schreiben an die Gemeindevertretung geföhrt, aus dem hervorgeht, daß die Lantwiger Gemeindevertretung keinerlei selbständige Motive zu dieser Forderung leiten, sondern daß es lediglich einigen Unternehmern unangenehm ist, von der Mariendorfer Verwaltung getrennt zu werden, die von den Arbeitern richtig gehaltenen Beiträge auch richtig an die Kasse abzuliefern. Die hiesige Gemeindevertretung erkannte die angeführten Gründe des Krankenkassenvorstandes an und lehnte die Forderung von Lantwig ab.

Von unseren Genossen war ein Antrag eingebracht, der den Gemeindevorstand auffordert, schnelle und wirksame Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit zu treffen. Genosse Reichardt begründete den Antrag und betonte, daß er mit diesem Antrag die Stimmung einer öffentlichen Vollerfassung vertrete. Im Ferneren wies er darauf hin, daß es wohl Pflicht einer Gemeinde sei, Steuerzahler in ihrer unerschöpflichen Not zu unterstützen, um sie ergebnislos zu erhalten. Wie es anderen Gemeinden möglich ist, den Arbeitslosen eine Geldunterstützung zu gewähren, könne es unserer Gemeinde erst recht möglich sein, wenigstens eine einmalige Geldunterstützung, die aber keineswegs in Form von Armenunterstützung gegeben werden darf, den Arbeitslosen zu gewähren. Vom Herrn Gemeindevorstand er wurde die Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Not wohl anerkannt, jedoch könne er nur erklären, daß jederzeit Hilfsbedürftigen eine Unterstützung gewährt wird, allerdings sei es Armenunterstützung. Im übrigen sei wohl der Antrag gestellt, um für die Öffentlichkeit zu wirken. Genosse Weber trat dieser Ausführung entschieden entgegen. Er betonte, daß ein Arbeiter lieber hungere, als daß er sich durch diese Armenunterstützung seine so kummerlichen staatsbürgerlichen Rechte nehmen lasse. Von einem Vertreter der Bürgerlichen wurde argumentiert, daß die Arbeitslosigkeit gar nicht so groß sein könne, denn sonst hätten sich jetzt Arbeitslose zum Schneeschuppen gemeldet. Auch hierauf blieben unsere Vertreter die Antwort nicht schuldig. Trotz alledem war der Erfolg des Antrages Uebergang zur Tagesordnung.

Der Antrag des Genossen Weber, den nächsten Punkt der Tagesordnung öffentlich zu verhandeln, da die „Mariendorfer Zeitung“ über den Gegenstand der geheimen Sitzung wiederholt berichtet habe, — so ist aus der letzten geheimen Sitzung die Ausführung des Genossen Reichardt über „erste Hilfe im Rathaus“ in dieser Zeitung beinahe wörtlich wiedergegeben, wird ebenfalls abgelehnt. Damit schloß die öffentliche Sitzung.

Aldershof.

Aus der Gemeindevorstellung. Durch die Heranziehung des Fiskus zur Grundwertsteuer haben sich die einzelnen Gemeindevorstellungen vollständig zumgunsten der Wähler vereinigt. Der Fiskus, welcher mit circa 74 000 M. Steuerleistung veranschlagt steht, und die Firma Rathbaum bilden jetzt die Wähler der ersten Abteilung. Durch die Heranziehung des Fiskus ist der ganze Mittelstand, wie er am Orte durch die Gewerbetreibenden und Grundeigentümer gebildet wird, in die dritte Abteilung gedrängt. Der Grundbesitzerverein schloß sich durch diese Veränderung in seinen Interessen innerhalb der Gemeindevorstellung vereinigt. Gegen seine Einsädhung hat aber nun der Fiskus die Klage erhoben. Er würde, wenn dieselbe vor dem 1. Februar 1910 zu seinen Gunsten entschieden wird, mit dem eingeschätzten Steuerföhe die Wählerlisten zum politischen Nachteile der anderen Wähler für dieses Jahr zu Unrecht beeinflussen. Letzteres ist zu befürchten, da innerhalb der Gemeindevorstellung ein Stütz der ersten Abteilung frei ist. Auf diese Tatsachen fügt sich nun der Einspruch. In demselben wird der § 48 der Landgemeindeordnung, welcher das Ruhen des Wahlrechts behandelt, herangezogen. Da für sämtliche Gemeindevorstellungen erichtiglich war, daß dieser Paragraph der Landgemeindeordnung für die Unrichtigkeit der Wählerlisten in diesem Falle nicht in Betracht kommen kann, versuchten die Vertreter der zweiten Abteilung, die für den Fiskus eingelegte Steuerhöhe zu bezweifeln und durch anzustellende Erhebungen den Beschluß auf spätere Zeit auszuschieben. Auch unsere Vertreter stimmten für die Vertagung, da auch unsere Partei ein großes Interesse daran haben muß, daß der sichere Besitzstand der dritten Abteilung nicht durch das Hinunterdrängen des Mittelstandes zweifelhaft wird. Da die Abstimmung über den Einspruch Stimmgleichheit ergab, gab der Gemeindevorstand für die Ablehnung den Ausschlag. Ueber die Vertagung der vom Fiskus für 1907 und 1908 gezahlten 137 000 M. Grundwertsteuern wurde beschloffen, dieselben bei der Kreisparlamente gegen Sparsparienbuch zu hinterlegen, bis die Klage des Fiskus ihre Erledigung gefunden hat. Nach einem bestehenden Gerücht soll die Eisenbahnverwaltung beabsichtigen, den Zugang zum Bahnhof am Aldershof zu sperren. Hiergegen soll Protest durch die Gemeindevorstellung eingelegt und gleichzeitig die Eisenbahnverwaltung darauf aufmerksam gemacht werden, daß durch die verschiedenen angelegten und ausgetasteten Bahnhofsanlagen in Grünau, Nieder-Schönheide, Johannisthal und Baumhauftenweg, gegenüber denen in Aldershof unser Ort stark beeinträchtigt wird. Während man in den vorbezeichneten Orten die Villenstraßen dem Publikum bequem zugänglich macht, indem man dieselben an den verkehrreichsten Stellen des Bahnhofs errichtet hat, wird in Aldershof seitens der Eisenbahnverwaltung das Umgekehrte gemacht und das Publikum gezwungen, um zu den Villenstraßen gelangen zu können, einen Umweg von circa fünf Minuten zu machen. Weiter wurde die Aufnahme einer Anleihe von 255 000 M. für den Ausbau der zweiten Gemeindevorstellung bei der Kurmärkischen ritterschaftlichen Darlehnskasse in Berlin beschloffen. Während vor kurzem die Gemeinde die Anleiheerlöse zum Kurse von 95—97 übernehmen sollte, erhält sie heute das Darlehen zum vollen Werte. — Als wichtigster Punkt der Tagesordnung kam noch der Etat für 1909 zur Beratung und Beschloffung. Durch die Heranziehung des Fiskus zur Grundwertsteuer für das eingemeindete forstliche Gelände waren die Steuerzahler in den berechtigten Glauben versetzt worden, daß für sie nunmehr eine Erleichterung in dem Kommunalzuschlage eintreten würde. Der zur Beratung gestellte Etat brachte aber eine schwere Enttäuschung, indem statt der Erleichterung eine größere Anziehung der Steuerdröbe stattfand. Sämtliche Artikel weisen in den Ausgaben bedeutend höhere Summen gegenüber dem Vorjahre auf. Der Einfluß der bestehenden Krise spiegelt sich aber recht deutlich in den Erträgen aus dem Kommunalsteuerzuschlage wieder. Trotzdem eine Erhöhung des Zuschlages von 140 auf 150 Proz. im Vorausschlage vorgeesehen ist, wird dennoch hieraus eine verminderte Einnahme von 10 480 M. gegenüber dem Vorjahre erwartet. Das sind 10 Proz. des Steuerföhs. Der Etat würde sich noch ungünstiger gestalten, wenn nicht der ganze Betrag eingelegt wäre, zu welchem der Fiskus veranlagt ist, und gegen deren Höhe derselbe Klage erhoben hat und wenn nicht die Regierung 8000 M. zu den Volkskassulasten der Gemeinde widerrechtlich genehmigt hätte. Dieses ungünstige Bild von den Finanzen der Gemeinde gab nun unseren Vertretern Veranlassung, wiederum auf die Wertzuwachssteuer zu verweisen und zu fordern, daß Schritte getan werden, um eventuell einen gemeinsamen Beschluß der städtischen Gemeinden betr. Einführung dieser Steuer herbeizuföhren. Hierzu ist erwähnenswert, daß der Schöffe Bach, welcher sich bisher als der ausgeprochenste Gegner der Steuer auföhrete, sich in dieser Sitzung für Einführung derselben aussprach. — Der Gemeindevoranschlag weist folgende Einnahmen auf: Kapital- und Vermögensverwaltung 11 809,08 M. (gegen 8974,90 M. im Vorjahre), Zuschlag zur Staatseinkommensteuer 106 200 M. (113 680 M.), Grund- und Gebäudesteuer, 4 vom Tausend des gemeinen Wertes der Grundstücke 168 000 M. (92 000 M.), Zuschlag zur Gewerbesteuer 28 000 M. (25 000 M.), Betriebssteuer wie im Vorjahre 800 M., insgesamt 205 800 M. direkte Steuern. Indirekten Steuern sollen erhoben werden: Hundesteuer 3000 M. (2400 M.), Luftfahrzeugsteuer wie im Vorjahre 1600 M., Biersteuer 5020 M. (5500 M.), Umsatzsteuer und Wertzuwachssteuer 20 000 M. (18 670 M.). An Einnahmen aus sonstigen Gemeindevorstellungen werden unter andern erwartet: Rathverwaltung 2750 M. (2500 M.), Schul- und Kirchenverwaltung 11 440 M. (10 000 M.), Gemeindevorwaltung 7710 M. wie im Vorjahre, Armenverwaltung 9020 M. (8415 M.). In den Ausgaben ist vorgeesehen: für Verzinsung und Tilgung der Gemeindeföhnen 49 448,42 M. (41 516,54 M.), an Kreissteuern 58 800 M. (40 000 M.), Straßenverwaltung 26 800 M. (24 750 M.), darunter für Arbeitslöhne 8700 M., Beschaffung 6500 M. und Vorphaltung der Straßen 2100 M., Unterhaltung der Schulgebäude 2705 M. (2701 M.), Unterhaltung der Gemeindegebäude 3554 M. (2524 M.), Schulverwaltung 112 588 M. (97 225 M.), Gemeindevorwaltung 71 841,00 M. (63 091,16 M.), Amtsverwaltung 10 827 M. (8676 M.), Feuerwehr 3180 M. (1800 M.), Armenverwaltung 23 590,27 M. (19 035,27 M.) — von denen 9020 M. von den zur Erstattung verpflichteten Ortsarmen- resp. Landarmen-

verbänden getragen werden, so daß die Gemeinde 14 570,27 M. selbst zu tragen hat —, sonstige Ausgaben 2817,03 M. Die Aufkosten der höheren Schule steigen rapide, sind als Einnahme mit 6010 M. (5080 M.) und als Ausgabe mit 13 070 M. vorgeesehen, so daß die Gemeinde zur Deckung des Defizits einen Zuschuß von 7660 M. leisten muß. Dieser Zuschuß wird aber von Jahr zu Jahr mit der Entwicklung der Schule steigen. — Als Ausgaben für die Regenwasserleitung sind 4900 M. vorgeesehen, demgegenüber stehen als Einnahme nur 3290 M., so daß auch hier ein Zuschuß von 1570 M. notwendig wird. Der Voranschlag für die Kanalisationverwaltung schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 43 800 M. ab.

Pankow.

In der Gemeindevorstellung am Dienstag machte der Bürgermeister vor Eintritt in die Tagesordnung Mitteilung von der Mandatsüberlegung des Gemeindevorsetzers Röhler. Die Straßenbaukostenverteilung an die Berliner Terraintentrale erfolgte mit dem Wunsche, daß diese bei künftigen Bauten geschmackvollere Fassaden anbringen möge wie bisher. Das nochmalig abgeänderte Statut des Kaufmannsgerichts für Pankow wurde debattelos angenommen. Der Erlösch einer Ordnung für die Erhebung von Bodenmarktsgebühren, nach welcher per Quadratmeter Raumeinnahme 20 Pf. von den Standinhabern zu zahlen sind, wurde gültig ab 1. April 1909 genehmigt. Eine Erhöhung der Verpflegungsgeldes des Krankenhauses für die Kranken der dritten Klasse wurde abgelehnt. Für die Sänglingswolverholungsstätte des Vaterländischen Frauenvereins wurden wie in den Vorjahren 100 M. und ebenso 500 M. dem Pankower Volksverein bewilligt.

Nieder-Schönhausen.

Die letzte Monatsversammlung des Wahlvereins nahm einen Vortrag des Genossen Dittmer über „Reisebilder aus dem Orient“ mit lebhaftem Interesse entgegen. Der Vorsitzende Genosse Helrich gab alsdann die Namen von drei neuausgewählten Mitgliedern bekannt, gegen deren Aufnahme Widerspruch nicht erfolgte. — Die Statistik über den Kirchenaustritt ergab, daß von 280 befragten Mitgliedern 35 keiner Religionsgemeinschaft angehören; denen dürften jedoch eine ganze Anzahl noch schwebender Austritte zuzählen sein. Die von uns vorgenommene Arbeitslosenrählung stellte 339 Arbeitslose fest; im November vorigen Jahres wurden bei der amtlichen Rählung 84 ermittelt, wogegen in diesem Jahre amtlich nur „19 Arbeitslose“ gezählt wurden! Die Berichte von den letzten Kreisvorstandssitzungen, die Pankower Angelegenheit betreffend, wurden von den Genossen Wehner und Joachimsthal gegeben, über die übrigen Punkte berichtete Genosse Helrich. Eine Diskussion über die Berichte fand nicht statt. In längeren Ausführungen berichtete alsdann Genosse Helrich über die Beratungen und Beschloffe der letzten Gemeindevorstellung.

Mühlenbeck.

In der Versammlung des Wahlvereins berichtete Wärsch zunächst über die Konferenz der Gemeindevorsetzer der Provinz Brandenburg. Anschließend daran gab er den Bericht über die letzte Sitzung der Gemeindevorstellung, in der der Antrag des Steuererhebungs Sonntag auf Gehaltserschöpfung endgültig abgelehnt wurde. Ein Antrag Wolland auf Uebertreibung an den Schulverband Schönwalde wurde gleichfalls abgelehnt. Die Gemeinde hat mit den Leihenträgern einen monatlich lösbaren Vertrag abgeschlossen, wonach den Trägern als Bürgschaft gegen Kontraktbruch das letzte Trägergeld einbehalten wird, das ihnen nach ordnungsgemäßer Lösung des Arbeitsverhältnisses ausbezahlt wird. Genosse Wehner erstattet Bericht über die letzte Kreiskonferenz und erwähnt unter andern auch den Pankower Streit. Weiter berichtet er über die letzte Arbeitslosenrählung und kommt auf die Wohnungsverhältnisse einzelner Arbeiterfamilien zu sprechen, die geradezu furchterlich seien. Ganz im Gegensatz zu den Polizeiverordnungen betreffend Halten von Schlafzimmern nchtigen solche bis zu neun Personen in einem engen Raum.

Am 28. März wird Genosse Stadthagen in einer öffentlichen Versammlung ein Referat über Wertzuwachssteuer halten.

Spandau.

Die Ergebnisse von verschiedenen Submissionen wurden vorgestern im hiesigen Bauamt bekannt gegeben. Auf die Lieferung von 12 000 Zentner Steinbohle für das Wasserwerk waren 6 Angebote eingegangen. Das höchste Angebot forderte 14 200 M., das niedrigste 13 680 M. Für den Erweiterungsbau des Feuerweh-Vertrages an der Neuen Bröde stellte sich die teuerste Offerte auf 1763,65 M., die billigste auf 970,02 M. Auf die Umlegung der Be- und Entwässerungs- sowie der Gasleitungsanlage in der Kauer- und Staafener Strohe waren 5 Offerten eingegangen, die zwischen 11 776 M. und 32 681 M. schwankten. Die 6 eingegangenen Offerten für die Herstellung der Kreuzung der Charlottenburger Druckrohrleitung mit der Halenbahn in der Nähe der Reuten Welt schwankten zwischen 717,13 M. und 2224,68 M. Am letzten Ende sind es doch immer nur die Arbeiter, aus deren Knochen so viel herausgehauen wird, daß selbst noch die Unternehmer, die das billigste Angebot abgeben, einen ansehnlichen Ueberfluß für sich erzielen. Es sollte als moralische Pflicht einer Stadtverwaltung betrachtet werden, in den Ausschreibungen die Bestimmungen aufzunehmen, daß für die Arbeiter mindestens die ortsüblichen Tageelöhne gezahlt werden, oder daß bei Akkordarbeit der Akkordpreis so bemessen wird, daß der Durchschnittsarbeiter dabei den ortsüblichen Tagelohn mindestens verdient. So oft unsere Genossen im Stadiparlament oder solche Anträge gestellt haben, immer wurden sie mit dem Hinweis abgelehnt, man könne dem Unternehmer nicht vorschreiben, welche Löhne er zahlen soll. Daß diese Einwände lächerlich und durchaus nichtsagend sind, liegt auf der Hand. An der Arbeiterkassat Spandau wird es aber liegen, bei den noch in diesem Jahre stattfindenden Stadtverordnetenwahlen dafür zu sorgen, daß für die dritte Abteilung nur sozialdemokratische Stadtverordnete gewählt werden, damit die berechtigten Forderungen der Arbeiter mit dem nötigen Nachdruck im Stadiparlament vertreten werden können.

Eine recht angenehme Ueberraschung steht den der hiesigen evangelischen Kirche angehörenden Personen bevor. Die Kirchensteuer soll nämlich von 12 auf 15 Proz. erhöht werden. Es werden voraussichtlich dadurch verschiedene Austritte aus der Kirche erfolgen. Als feinerzeit die Kirchensteuer mit 10 Proz. eingeföhrt wurde und sich eine große Empörung in der Bevölkerung darüber zeigte, gaben die kirchlichen Behörden die Versicherung, daß die Steuer jedenfalls nicht lange erhoben werde, es handele sich nur um Deckung vorübergehender großer Ausgaben. Es sind darüber fast 18 Jahre vergangen, aber die Kirchensteuer ist nicht nur nicht wieder aufgehoben, sondern sogar noch erhöht worden. Der Appetit kommt eben mit dem Essen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Messerattentat auf offener Straße

Führte gestern den Wäglar August Birth unter der Anlage der Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs vor die 9. Strafkammer des Landgerichts I. — Am Morgen des 23. August v. J. hatte der Arbeiter Hermann Meier ein sehr gefährliches Abenteuer zu bestehen. Als er um 5 Uhr zur Arbeit ging, wurde er von einem Manne angesprochen, der ihn ohne weiteres beschuldigte, ihm die Uhr gestohlen zu haben. Der völlig Ueberraschte stellte diese Verdächtigung entrüstet in Abrede und bedeutete dem Unbekannten, er solle ihn in Ruhe lassen. In diesem Moment holte der Mann ein scharfes Messer hervor und schloß sich dem Meier an, der einen sehr gefährlichen Stich in die linke Lunge erhielt. Der Messerheld ergriff sofort die Flucht, wurde aber von Passanten eingeholt und zur Polizei gebracht. Der Schwerverletzte wurde nach einem Krankenhaus geschlofft, wo er lange Zeit zwischen Leben und Tod schwebte und erst nach drei Monaten entlassen werden konnte. Gegen

den Angeklagten, der nach seiner Angabe die Lat in der Trunkenheit verübt haben sollte, wurde Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung erhoben. Das Schöffengericht nahm an, daß der Angeklagte wohl etwas angetrunken, nicht aber sinnlos betrunken gewesen war und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten. Die von dem Angeklagten gegen diese verhältnismäßig sehr milde Strafe eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer kostenpflichtig verworfen.

Zumultuarische Szenen im Gerichtssaal
ereigneten sich gestern in einer Verhandlung vor der 5. Strafkammer des Landgerichts III. Wegen Körperverletzung war der Handlungsbeamte Gustav Gerlach angeklagt. Einem Tages im November vorigen Jahres hieß es in der Luitpoldstraße: Die Hundebesitzer kommen! Dieser Ruf, welcher für alle Hundebesitzer ein Alarmzeichen bedeutet, veranlaßte verschiedene Hundebesitzer, ihre vierbeinigen Diener in schützende Obhut zu nehmen, da der geringste Defekt an dem Maulkorb von den Handlungsbeamten erwidert wird und eine Buße von drei Mark fordert. In diesen Tierfreunden gehörte auch der Schäferdirektor J., der schleunigst seinen kleinen Terrier herbeizitierte und in einen Laden hineinbugsierte. In diesem Augenblick sprang schon der Angeklagte hinzu und fing den Hund mit seiner Schlinge. Zwischen dem Besitzer und dem Hundebesitzer kam es nun zu den üblichen Auseinandersetzungen, die schon häufig ein Strafverfahren zur Folge gehabt haben. Bei diesem Streit schlug der Angeklagte plötzlich auf J. ein, der durch einen wichtigen Schlag zu Boden stürzte. — Das Schöffengericht Charlottenburg abtonte diese Mißhandlung mit einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten. In der Berufungssitzung behauptete der Angeklagte, daß er von dem Zeugen J. zuerst mit einem Spazierstock geschlagen worden sei. Der Zeuge bestritt dagegen, daß er nur in der Notwehr von seinem Stode Gebrauch gemacht habe. Diese Aussage brachte den Angeklagten barmhertig in Erregung, daß er den Zeugen mit Schimpfworten förmlich überschüttete. Ehe es der Gerichtsdienerschaft verhindern konnte, ergriff Gerlach einen der vor ihm stehenden Stühle und schleuderte ihn mitten durch den Gerichtssaal nach dem Zeugen J., der noch rechtzeitig beiseite sprang, während der Stuhl in Trümmer ging. Das Gericht verhängte gegen den Angeklagten, der in seiner grenzenlosen Wut nur durch das Hinzuspringen zweier handfester Beamten von weiteren Exzessen abgehalten werden konnte, eine sofort zu vollstreckende Haftstrafe von 3 Tagen wegen grober Ungebühr vor Gericht. In der Sache selbst wurde die Strafe auf einen Monat Gefängnis ermäßigt. Da der Bruder des Angeklagten beauftragt, daß dieser, falls er in Haft genommen würde, sofort seine Stellung verliere und somit ihre alte Mutter des Unterhalts beraubt werde, beschloß das Gericht, die Haftstrafe vorläufig noch nicht zu vollstrecken.

Veräußerung des Religionsunterrichts.
Herr Fiedler, der aus der Landeskirche ausgetreten ist, ließ seinen Sohn den Religionsunterricht in der Volksschule veräußern. Der Anabe besuchte die Jugendvorträge in der Freireligiösen Gemeinde zu Berlin. Außerdem erhielt er von seinem Vater dreimal in der Woche Unterricht in Morallehre. Fiedler wurde wegen unbegründeter Schulverweigerung seines Sohnes auf Grund der Verordnung vom 23. September 1904 zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht führte aus, daß der Anabe den Religionsunterricht in der Schule nur hätte veräußern dürfen, wenn er einen gleichwertigen Religionsunterricht anderweitig erhalten hätte. Ob das auf den Ertrag zutrifft, den der Angeklagte ihm bot, habe nicht der Richter, sondern die Schulbehörde zu prüfen. Die Schuldeputation habe aber die Dispensation vom Religionsunterricht in der Schule abgelehnt. Der Sohn des Angeklagten hätte somit daran teilnehmen müssen. — Fiedler legte Revision ein und machte geltend, er habe auf den Sohn keinen Gewissenszwang ausüben lassen wollen. Wenn die Eltern darüber einig seien, könnten sie auch selbst bestimmen, wie ihr Kind in religiöser Beziehung erzogen werden solle. Er habe seinem Sohne die Bibel im atheistischen Sinne erklärt, unter Herabsetzung des Grundsatzes: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“
Das Kammergericht verwarf die Revision. Ob ein Kind den richtigen Unterricht erhalte, habe die Unterrichtsverwaltung zu prüfen. Daran sei das Gericht gebunden.

Das Bücklingsrecht an höheren Lehranstalten.
Der 2. Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte am Dienstag in der Strafsache gegen den Oberlehrer Hermann Haubel, der am 17. November v. J. vom Landgericht I in Berlin wegen Körperverletzung im Amte in zwei Fällen zu 150 M. Geldstrafe verurteilt worden ist. Der Vorfall selbst ist noch in Erinnerung unserer Leser. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht mit folgender Begründung verworfen: Es ist anzuerkennen, daß für die höheren Schulen in Preußen gesetzliche Bestimmungen über die Schulzucht nicht bestehen und daß solche höheren Schulen ebenso wie die niederen die Aufgabe haben, nicht nur positive Kenntnisse den Schülern beizubringen, sondern auch deren Erziehung zu sittlichen Persönlichkeiten zu fördern. Ferner ist zuzugeben, daß die Verachtung und Verpöschung zur Erziehung sowie die Rücksicht auf die Erhaltung der Ordnung in der Schule die Zulässigkeit von Ordnungs- und Disziplinarstrafen einschließen. Aus keinem dieser Gesichtspunkte läßt sich aber die Vornahme von körperlichen Bücklungen gegenüber Schülern der Untersekunda solcher höheren Lehranstalten rechtfertigen. Es wäre auch mit den Aufgaben einer jungen Leute von Bildung, welche sich schon in einem reiferen Alter befinden, eine Straftat anzuwenden, welche geeignet ist, das Ehrgefühl zu erlösen sowie Haß und Erbitterung gegen die Lehrer zu erzeugen. Was auf Kinder in niederen Schulen paßt, ist auf solche Jünglinge nicht ohne weiteres anwendbar. Der Angeklagte hat hiernach rechtmäßig gehandelt, weil ihm ein Bücklingsrecht überhaupt nicht zur Seite gestanden hat. Damit hat nun auch das Reichsgericht das von seinerzeit als durchaus verfehlt bezeichnete Prügelgutachten eines Vertreters des Provinzialschulkollegiums als mit den Gesetzen unvereinbar bezeichnet.

Vermischtes.
Der starke Schneefall
hat, wie wir bereits gestern meldeten, auch im Reiche und im Ausland zu großen Verkehrsstörungen geführt. Nach den vorliegenden Nachrichten ruhte der Straßenbahnverkehr in Potsdam gestern vormittag vollständig; erst nachmittags gelang es, den Verkehr teilweise aufzunehmen. — Die Breslauer Eisenbahndirektion teilt mit, daß der gesamte Betrieb auf der Strecke Landeshut—Albendorf wegen Schneeverwehungen auf unbestimmte Zeit eingestellt ist. — In der Provinz Posen herrschen ununterbrochen Schneestürme. Ein Handwerksbursche wurde ertrunken aufgefunden. — Aus Söhmen laufen Meldungen über Schneestürme in Niesen- und Erzgebirge ein. Die Straßen sind unpassierbar. Mehrere Eisenbahnlinien mußten den Verkehr einstellen. — In Tirol führten die niedergegangenen Schneemassen zu großen Lawinstürzen und Verkehrsstörungen. Der Verkehr der Südbahn im Pustertal wurde eingestellt; ebenso der Verkehr auf der Walluganabahn. Bei Lienz riß heute vormittag eine Lawine ein Wohnhaus weg und drückte ein zweites ein. Drei Personen wurden dabei verschüttet. Zwei konnten bereits als Leichen geborgen werden. Ein 14jähriger Knabe ist noch verschüttet. In dem Dorfe Tassei ist eine Lawine niedergegangen und hat zwei Häuser verschüttet, in denen sich dreizehn Personen befanden. Militär ist zur Hilfe eingetroffen.
London liegt völlig unter Schnee. Vorgefieriern abend gegen 10 Uhr setzte ein heftiges Schneetreiben ein. Innerhalb einer halben Stunde waren die Straßen mit einem weißen, dicken Mantel bedeckt. Der Schneesturm, der über London hinweggegangen ist, hatte bis zum frühen Morgen noch nicht aufgehört, und bei Theaterstich lag bereits ein Fuß hoher Schnee. Als die Theater schlossen, waren die eigenartigsten Szenen auf den Londoner Straßen zu beobachten. Da es so gut wie unmöglich war, Droschken zu erhalten, mußten die Damen in großer Toilette bis zu den Knöcheln im Schnee nach den nächsten Untergrundbahnstationen waten, um überhaupt noch Hause zu gelangen.

Beim Diebstahl getötet.
Wie aus Essen gemeldet wird, wurde bei dem Veruche, aus der Oberleitung des Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes Kupferdrähte zu schneiden und zu stehlen, ein Arbeiter getötet. Die Leiche blieb mit den Füßen in den Drähten hängen.
Ein Liebesdrama.
In der Krämerstraße in Hannover spielte sich am Sonntag ein blutiges Drama ab, dessen Opfer erst am Dienstag aufgefunden worden sind. Der dortige Inhaber eines Fischgeschäfts, der aus Ludwigshafen in der Pfalz stammende 20jährige Bautechniker Otto Geinard, hatte seine Geliebte, die 20jährige Elise Karrie, die als Verkäuferin in dem Geschäft tätig war, und dann sich selbst durch einen Schuß getötet.
Ein Unmenschen.
In Rosberg in Oberschlesien schlug ein Bergmann mit einem Knüttel bestialisch so lange auf seine eigene Frau ein, bis sie tot liegen blieb.
Selbstmord eines Angeklagten. Aus Leipzig wird vom gestrigen Tage berichtet: Vor dem kaiserlichen Disziplinarkollegium hatte sich gestern der Komul Esche zu verantworten. Während heute vormittag das Urteil beraten wurde, traf die Nachricht ein, daß sich der Angeklagte in seinem Absteigequartier in der Brüderstraße erschossen habe.
Zehn Personen verbrannt. Einer Meldung aus New York zufolge ist gestern dort in einem von Italienern und Franzosen bewohnten Miethause Feuer ausgebrochen. Zehn Personen sind umgekommen.
Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Südwest. Heute abend 9 Uhr Sitzung im Restaurant J. Meyer, Dronienstr. 100. — Bezirk Nordost. Heute Donnerstag, abends 9 Uhr: Sitzung in den Bürgerhöfen, Bergstr. 147. Kollege Bagel spricht über: „Die Lohnfrage im Handelsgebetriebe“. Gäste willkommen.
Leser- und Diskutierklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute abend 9 Uhr: Sitzung bei A. Eichhorn, Danziger Straße 88. Gäste willkommen.
Eingegangene Druckchriften.
Vom „Kampf“, der Wiener Monatschrift der deutschösterreichischen Genossen, ist Heft 6 (Märzheft) erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Karl Kautsky: Der Selbstmord über die Sprachfrage. Otto Bauer: Die Einheit des deutschen Sozialismus. Leopold Winaarsky: Niederösterreichische Organisationsprobleme. Friedrich Adler: Wozu brauchen wir Theorien? Julius Stark: Bergrechtsreform. Ernst Lieben: Sozialversicherung und Sozialhygiene. Michael Sacherl: Ein viermonatlicher Diebstahl und seine Wirkung auf die Arbeiter. Jakob Reumann: Propaganda der Lat. Fanny Bergner (Schmück-Weiss): Die Arbeiterinnen und die Sozialdemokratie. B. H. Schöner: Gewerkschaftliche Literatur. Die Arbeiterbibliothek: Der Arbeiterklub. Preis des Einzelheftes 50 Heller. Abonnement pro Jahr 6 Kronen.
„L'annexion de la Bosnie et la question serbe“ (Die Annexion Bosniens und die serbische Frage) von Joban Colic. Paris 1909. Verlag Gauthier. X und 70 S. und 2 Karten.

Witterungsüberblick vom 3. März 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer (mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Stuttgart	730	SW	5	Schnee	-1	Laparanda	761	R	4	molten	-23
Darmstadt	746	SW	2	bedeckt	-1	Petersburg	753	D	1	Schnee	-3
Berlin	745	SW	3	Schnee	-4	Sibiry	746	SW	4	wolfig	1
Frankfurt	749	SW	3	bedeckt	-5	Aberdeen	748	SW	1	heiter	-4
München	751	SW	5	heiter	-5	Paris	745	SW	3	bedeckt	-3
Wien	750	SW	1	wolfig	-1						

Wetterprognose für Donnerstag, den 4. März 1909.
Küstland, aber noch veränderlich bei meist schwacher Luftbewegung und gelindem Frost; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Theater.
Donnerstag, den 4. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Paszyl. Versteigert.
Königl. Schauspielhaus. Die verurteilte Mode.
Deutsches. Revolution in Kälwinel.
Kammerspiele. Der Arzt am Scheideweg. (Auf. 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Faust. I. Teil.
Anfang 8 Uhr.
Zeffing. Der König.
Berliner. Einer von unsers Leut'.
Thalia. Wo wohnt sie denn?
Komische Oper. Paszyl.
Neues. Die fremde Frau.
Alteines. Moral.
Hebbel. Revolutionshochzeit.
Lustspielhaus. Im Klubessel.
Reichard. Kammerspiele.
Schiller O. (Königl. Theater.)
Schiller Charlottenburg. Rechts herum.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Kean.
Wachen. Der tapfere Soldat.
Luisen. Bis früh um fünf.
Trianon. Der Sotyr.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Auf. 8 1/2 Uhr.)
Bernhard. Die Räuber.
Wagner. Schauspielhaus. Der Wälschling. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Gebrüder Bernfeld. Die beiden Bindelbands.
Apollo. Der junge Papa. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Soverland. Spezialitäten.
Vogel. Spezialitäten.
Reichshausen. Stettiner Sänger.
Walthalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Ein lediger Chemann. (Auf. 8 1/2 Uhr.)
Saskia. England. Spezialitäten.
Gisela. Spezialitäten. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Parodie. Siegel siegelt alles. — Alles lässt sich. Oder: Die Folgen eines Rindeswons. (Auf. 8 1/2 Uhr.)

Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis Korfu.
Gebrauch 8 Uhr: Prof. Dr. Rathgen: Das Eisen.
Sternwarte. Invaldenstr. 57/62.
Lessing-Theater.
Donnerstag 8 Uhr: Der König.
Freitag 8 Uhr: Der König.
Sonntag 7 1/2 Uhr zum 1. Male: Griselda. Von Gerhart Hauptmann.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: Einer von unsers Leut'.
Morgen: Einer von unsers Leut'.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die fremde Frau.
(La femme X...)
Morgen und folgende Tage: Die fremde Frau.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, 4. März, Anfang 8 Uhr:
Kean.
Freitag: Kean.
Sonntag: Kean.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Im Klubessel.
Hebbel-Theater
Königsgräber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Residenz-Theater.
— Direction: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
„Kümmere dich um Amelie.“
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen und folgende Tage: Die selbe Vorstellung.
Sonntag 7. März, nachm. 8 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Schiller-Theater.
O. Wallner-Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Braut von Messina. Ein Trauerspiel mit Uebren von Friedrich Schiller.
Freitag, abends 8 Uhr: Rechts herum.
Sonntag, abends 8 Uhr: Das Erbe.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr: Bis früh um fünf.
Freitag: Bis früh um fünf.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Hünkel und Gretel. Abends: Bis früh um fünf.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Das Mädchen auf Jernwegen. 8 Uhr: Bis früh um fünf.
Montag: Der Störenfried und: Die Diensthoten.
DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Räuber.
Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.
Börsenplatzpreis.
Freitag: Minna von Barnheim.
Gastspiel-Theater.
8. Köpenickerstr. 65. 8. Zum 521. Male:
Sherlock Holmes
Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7—9.
Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:
Der Militärstaat.
Freitag: Der Schwabenstreich.
Sonntag wegen Polizeifestlichkeit geschlossen.
Parodie-Theater.
Dresdener Straße 97. Anf. 8 1/2 Uhr.
Siegel siegelt alles!
oder: Der Wackisch in Wästen. Vorher: Alles für's Kind! oder: Die Folgen eines Rindeswons. Preise d. Sitzplätze: 20, 40, 75 Pf., 1.20.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Rechts herum.
Schwank in 3 Akten v. Hans Gaus.
Freitag, abends 8 Uhr: Die Karolinger.
Sonntag nachm. 8 Uhr: Wilhelm Tell.
Sonntag, abends 8 Uhr: Rechts herum.
Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Sonntag, den 7. März 1909: Gastspiel des Herrn Hans Schröder vom Hoftheater in Wiesbaden:
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter — tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Mansury — Perry
Holden — Bender
Glampetro — Kettner
Pfann — Thielscher.
Apollo Theater
8 1/2 Zum erstmalig: 8 1/2
Der junge Papa.
Operette in 1 Akt von Max Engel u. H. Reichardt. Musik v. Edm. Chyler. In Szene gesetzt v. Heinz Gordon. 10 Uhr: 10 Uhr:
Alice Norton.
Dazu: Die hervorragenden März-Attraktionen.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Der Kompanieball.
Militärische Humoreske von Moysal.
Anfang mochenstag 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von Abbazia bis Korfu.
Hörssaal 8 Uhr:
Prof. Dr. Rathgen: Das Eisen.
Passage-Theater.
Berlin beherbergt die sechs schönsten Mädchen der Erde!
The 6 Sisters Lorrison
die englischen Schönheiten.
Das großartige März-Programm!
Piloty von Kaulbach
Taiciano
Frans Amon
10 erstklassige Variété-Attraktionen.
Palast-Theater
Burgstraße 24, 9 Minuten vom Bahnhof Söfde.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das großartige Märzprogr.
Etelke Stoll
Georg Galler
Marguerite u. Adriel
12 Attraktionen 12
Seine Geliebte.
Schwank in 1 Akt.
Familienarten, wochent. halbe Preise, abernall gratis zu haben.
Casino-Theater
Lottfingstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das neue März-Programm!
Moto Boy — Wensch oder Ralghine?
Das urkomische Linné Duell.
Neu! Wälschnacht. Neu!
Rußland.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.
Theater Variété Brillant
(City-Passage)
Drossdener Str. 52/3 Annenst. 42/3
Täglich: Auftreten von nur erstklassigen Spezialitäten bei ganzlich freiem Zutritt, auch Sonntags. Sonntags und Sonntag nach der Post: Gr. Freitag. Kinematograph.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Donnerstag, 4. März, ab. 7 1/2 Uhr.
Gr. Gala-Vorstellung.
Um ca. 9 Uhr d. weltber. Schimp.
Konsul Peter!
und die neuen glänzenden Spezialitäten. Die Schwedern Truzzi. Die Briatore. Jongleure zu Pferde. — Die Größ. Clown Pepino. Ferner als Gast Herr Otto Schumann, Schachmeister.
Um ca. 9 1/2 Uhr:
Auswanderer!
Orig. Beachausst. Pant. d. J. Busch.
W. Noacks Theater
Direction: Rob. All. Brunnstr. 16.
Benefiz für Udo Harst.
Verrat und Diebe
oder: Die Gistmischerin.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: Tanz.
Sonntags zum erstmalig: Der Vampyr von London.
Gebrüder Herrnfeld-
Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Spielplan
Allabendlich:
Die beiden Bindelbands.
Die Original-Klabrias-Partie.
Beide Komödien mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Folies Caprice
Zum 84. Male:
Ein lediger Chemann.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Zirkus Schumann
 Donnerstag, 4. März, ab 7 1/2 Uhr:
Gr. Wohltätigkeitsvorst.
 zum Beisein des Nationalbankes
 für Veteranen d. XII. Kreis-
 kommissariates.

Debüt! Debüt!
 Nur kurzes Gastspiel, da für
 Amerika auf gr. Szene verpflichtet.

Obrenovici Christice
George Milan,
 Sohn des
Königs Milan v. Serbien.

Neu! Neu!
!! Amerikanische Lynchjustiz !!
Mr. Fred. Rithlow
 gefesselt v. Pferde geschleift, wird
 sich entsehlen und verkleiden.
 Nur noch einige Tage:
 d. Mäusen-
Tiberio, brecher,
 hebt einen Giesanten!
Paet, der brokige
 Schimpanse
 um 9 1/2 Uhr:
Golo, der Seeräuber
 sowie das Stiefenprogramm!

Gustav Behrens-
Theater.
 Goltzstr. 9.
 Gastspiel des **Mr. Latouré**
 mit seinem
 : weltberühmten Zwerghtheater :
 und die übrigen erstklassigen
 Spezialitäten.

Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Berliner Eis-Palast
 Bis 12 Uhr nachts geöffnet. Heute
 von 6-8 Uhr geschlossen.
 Abends 8 Uhr: **Erster Abend**
 der Sportwoche.

Sanssouci, Kottbusser
 Straße 6.
 Direktion Wilhelm Reimer.
 Heute Donnerstag: Neues Programm.
Elite-Soiree
 Tanzkränzen.
 von
Hoffmanns Nordd. Sängern
 Großer Erfolg von:
Im Wein ist Wahrheit.
 Lustspiel in 1 Akt.
 (Zubehörend Beifall
 aller Schläger).
 Beg. Sonn. 5. u. wochent. 8 1/2.

17L*
 Nur einmal jährlich!
Inventur-Extrapreise!
 Eine
 Partie **große**
Diwandecken
 auf beiden Seiten benutzbar
Mk. 4,35 (6,75)
 Buntpersische doppelseit.
Diwandecken
Mk. 7,50-8,75 (12-15 M.)
 Bunte
 Mocquett-**Plüsch-Diwandecken**
 Größe 150/300 cm 22,50 (33 M.)
 Eine **Diwan** rückwände
 Partie reichgestickt **3,85 (8,50 M.)**
Teppich-Spezialhaus

Herren-Stoff-Reste
 zu Herrenanzügen Sportblüsa, feinste
 Fabrikate, Stammgarne, Chevotols,
 neueste Muster von 5 M. an per
 Meter, reine Wolle. 45/15
Ludwig Engel, Preussauer-
 straße 23. II. (Alexanderplatz.)
 Spezialität: Frühjahrsgangne, neueste geist. Muster „Napoleon“
 W. 36. — nach Maß kompl. — Sommerpaletot 22. 82. — „Wolterbüttel“
 n. Maß. Ein Versuch führt zur dauernden Kundenschaft!

Emil Lefèvre
 Berlin Süd. Seit 1882
 nur **Oranienstr. 158.**
 Habe nirgends Filialen.
 Nach auswärts per Nachnahme.
Inventur - Extraliste
 billiger Sonderangebote
 gratis u. franko.

Freie Volksbühne
 Im
Neuen Schauspielhaus:
Maxim Gorki: Nachtsyl
 Szenen aus der Tiefe.
Rabagas. Die Sünde.
 Kleist: Heibel:
Der zerbrochene Krug. Der Diamant.
 Im Thalia-Theater:
Ludwig Anzengruber: Der Fleck auf der Ehr.
 Im Herrfeld-Theater:
 Nr. der Mitgliedskarte
Sonntag, den 7. März 801-1600
Sonntag, den 14. März 4801-5600
Sonntag, den 21. März 6401-7200

Der Probekandidat.
 Einige Mitglieder zu den Abendabteilungen können sich
 noch in den Zahlstellen melden.
 Der Vorstand.
 In Vertr.: G. Winkler.
 240/10

Volkslieder-Abend
 Sonntag, den 7. März 1909, abends 7 1/2 Uhr, im
 Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.
 Herr **Robert Kothe** (Lieder zur Laute) — **Margarete**
Walkotte (Rezitationen aus des Knaben Wunderhorn).
 Entree 50 Pf. [1185b*] Abendkasse 60 Pf.
 Vorverkauf bei Herrn Horsch, Zigarrenhandlung, Engel-Ufer 15.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108-114
 Im **Riesen-Festsaal:**
Gr. bayerisches Bockbier-Fest
 Größter und amüsantester Bockbiertrabel Berlins.
 Heute Donnerstag, den 4. März: **Elitetag:**
 Prämierung der
 „Herren die auf großem Fuße leben“.
 3 Barpreise: 50 M., 30 M., 20 M.
 Näheres Anschlagszäulen.
 Anfang 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree 30 Pf., Sonntags 50 Pf.

Königstadt-Kasino.
 Volkmarsstr. 72.
 Wöchentlich neues Programm
 mit **Franz Sobanski**
 Effi Jetta, Ernst Graf, Hr. Koller,
 Osa Rühlow, Bernhard Marx, Lola
 Graf, **The Johnstons** Squil-
 lerscheitler, Reulen-Jongleur-Alt.
Stiegel steigt alles.
 Schwanz mit Gefang von D. Richter.

Passage-Panoptikum.
 Zum **Prinzeß Fassie**
 Male in
 Berlin! die Amazonen-Königin
 mit ihrer
wilden Leibgarde
Das blaue Weib,
 das Opfer unbarmherz. Tätowation.
 Alles ohne Extra-Entree.

Wer — Stoff — hat
 fertige Herren- ohne Konkurrenz
 anzug, 20 M.
 2 Anpr., feinste Gut.
 Für gut. Ein belam **gold. Medaille.**
Ludwig Engel, Preussauer-
 straße 23. II. (Alexanderplatz.)
 Spezialität: Frühjahrsgangne, neueste geist. Muster „Napoleon“
 W. 36. — nach Maß kompl. — Sommerpaletot 22. 82. — „Wolterbüttel“
 n. Maß. Ein Versuch führt zur dauernden Kundenschaft!

Es steht fest
 daß sich jeder Herr bei mir elegant und billig kleiden kann. Ich
 empfehle elegante Monatsgarderobe, in feinsten Werkstätten Berlin
 gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit
 getragen (für jede Figur passend).

Monats-Jackett-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Frühjahrs-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen 2,50, 5,00 M.

Eleganteste Gesellschafts-Anzüge sowie im Abonnement
 verfallene Maßsachen von 16 Mark aufwärts.

Grosse Abteilung neuer Garderobe

J. Wand
 Hauptgeschäft: Gr. Frankfurter Straße 116
 an der Andreasstraße.
 2. Geschäft: Friedrichstraße 127
 gegenüber Passage-Kaufhaus.
 4. Geschäft: Brunnenstraße 179
 an der Invalidenstrasse.
 Garderoben jeder Art werden billig verliehen.

WINTERGARTEN
 Robert Steidl
 Liane de Vriès

Stellung u. Rollen, kom Reckturner.
 La Sylphe, Tänzerin. [Akt.
 Charleneu Charlene, Musik-u. Jongl-
 Lillian Moorlein, amerik. Sängerin.
 Corradinis gemischt. Dressur-Akt:
 Zebra, Elefant, Pferde u. Hunde.
 The Bayard, Luftakt.
 Colonel Berdeverry, Kunstschütze.
 Bellonis dressierte Papageien etc.
 George Bonhair-Truppe, ihar. Spiele.
 Der Biograph, neueste Aufnahmen.

Gelegenheitskauf!
Rußlands soziale
Zustände
 v. **Alexander Herzen.**
 Neu herausgegeben
 von Dr. Hans Landsberg.
 Gebunden, 150 Seiten
 umfassend, statt bisher 2 M.
 nur **75 Pf.**
 Wir haben nur noch eine
 kleine Anzahl am Lager,
 weshalb es sich empfiehlt,
 den Ankauf baldigst zu
 besorgen.

Expedition d. „Vorwärts“
BERLIN SW.,
Lindenstr. 69 (Laden).

Möbel
 kaufen Sie
 am billigsten
 direkt in der
 Fabrik
Stallschreiber-
straße 57
 am Moritzplatz,
 Hof Fabrikgeb.
R. Harnack,
 Tischlermeister,
 Teilzahlung.

Käse und Wurst
 Versend ganz
 Ufermärker
 Volkstoll non
 Inhalt für
 vier hochfeine
 in 12 Rollen
 Bezug von
 und 1 Koll
 für 12 Rollen
 ganz in ganz
 gegen Rücknahme od. Boreintindung.
Eigene große Schweinemast!
 Jeder Versuch sichert mir dauernde
 Stunden. **Franz Krumbach,**
 Käferei, Bräufow II./M.

Husten, Heiserkeit
 wunderbar leicht
 und schnell
 die berühmten
Hustentropfen
 von
Otto Reichel.
 Nur echt mit
 Marke
 „Medico“.
 50 Pf. u. 1.20.

Echte Hienfong
Essenz
 extrakt, hocharomat.
 12 Flaschen Mk. 2.50
 30 5.75
 franks jeder Poststat.
 60 Flaschen Mk. 11.—
 franks per Bahn.
Versand-Gesellschaft
 Magdeburg 90
 Postfach 164.

Andreassgarten
 Andreas-Str. 26. Andreas-Str. 26.
 Empfehle meine Räume zu Ver-
 sammlungen u. Festlichkeiten jeder Art.
 Fremdenlogis, Regeldah. Prompte
 Bedienung. Großer Mittagstisch.
 Donnerstag und Freitag frei, poffend
 für Vereine. Jeden Sonntag: Tanz
 bei freiem Eintritt. — Den geübten
 Vereinen und Gesellschaften halte mich
 bestens empfohlen. **Franz Merkowaki.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Schleifer
Karl Bufe
 am 28. v. Mts. an Schlagader-
 erweiterung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Donnerstag, den 4. März, nach-
 mittags 2 1/2 Uhr, non der Leichen-
 halle des Zentral-Friedhofes in
 Friedrichsfelde aus halt.

Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Schmied
Friedrich Kanopka
 am 28. Februar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Donnerstag, den 4. März, nach-
 mittags 4 Uhr, non der Leichen-
 halle des neuen St. Pauls-
 Friedhofes in Pöthensee aus halt.
 Rege Beteiligung erwartet
 112/15 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Am Dienstag, den 2. März,
 starb unser Mitglied
Paul Miersch
 an Lungenleiden.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Frei-
 tag, den 5. März, nachmittags
 3 Uhr, non der Halle des
 Pöthensee-Friedhofes, Nordend, aus
 halt.
 Rege Beteiligung erwartet
 63/7 Die Ortsverwaltung.

Am 28. Februar, nachmittags
 3 1/2 Uhr, verschied nach kurzem
 aber schwerem Leiden mein lieber
 Mann, unser guter Vater, Bruder,
 Schwager, Onkel und Schwieger-
 sohn, der Bierfahrer
Karl Kundmüller
 im 32. Lebensjahre.
 Dies zeigt tiefbetrübt an
Emma Kundmüller
 geb. Schreiber
 nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 4. März, nach-
 mittags um 4 Uhr, non der Halle
 des Urban-Krankenhanles aus halt.

Dankfagung.
 Für die Beweise herzlicher Teil-
 nahme bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes sage hiermit den Ge-
 nossen des vierten Wahlkreises,
 Bezirk 268, sowie allen Verwandten,
 Freunden und Bekannten herzlichsten
 Dank.
Namend der Hinterbliebenen:
Fran Anna Bartel.

Dankfagung.
 Für die zahlreichen Beweise herz-
 licher Teilnahme anlässlich des Todes
 meines Mannes sage allen Freunden
 und Bekannten sowie dem Wahl-
 kreis des sechsten Kreises, dem
 Verein freier Saltwirte, den Freun-
 den des Circon-Glühampfen-Werkes
 Dr. Hoffer und u. Co., den Gönnern
 der Firma H. Lepp und dem Angeler-
 verein „Schlei“ meinen innigsten
 Dank.
Fran Pinkerneide.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme und die zahlreichen
 Kranzspenden bei der Beerdigung
 meines lieben unversehrten Mannes,
 unseres guten Vaters 1282b
Hermann Grobkopf,
 Bohndorf, sage mir allen Freunden
 und Bekannten, sowie dem Deutschen
 Holzarbeiter - Verband, der Firma
 Beckheim, den Kollegen und der
 Unterhaltungs-kasse der Firma Beck-
 heim, dem Vorstand, Aufsichtsrat, Ge-
 nossen und Kolonisten der Arbeiter-
 Baugenossenschaft „Paradies“ meinen
 herzlichsten Dank.
Blime E. Grobkopf nebst Kindern.

Dankfagung.
 Für die Beweise der Liebe und
 Teilnahme bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes, unseres Vaters, des
 Schlossers 1283b
Gustav Krahn
 sage mir hierdurch herzlichsten Dank.
 Die trauernde Witwe
Anna Krahn nebst Kindern.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
 spenden bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes, unseres hochzuver-
 ehrenden Vaters, des Gastwirts **Friedrich**
Weber sage mir allen Freunden
 und Bekannten unseren innigsten
 Dank.
Christine Weber geb. Bötling
 nebst Tochter und Sohn.

Dr. Simmel, Prinz enstr. 41.
 Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
 erster Hoflieferant-
 firma, weit unter Wert
 sofort versandt. Französischstr. 15, I.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
 Götlicher Viertel.
 Bezirk Nr. 224. Teil II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Bergarbeiter
Ferdinand Jeziorski
 Reichenbergerstr. 108a
 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 4. März, nach-
 mittags 4 1/2 Uhr, non der Leichen-
 halle des Zentral-Friedhofes in
 Friedrichsfelde aus halt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 216/6 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
 Strolauer Viertel.
 Bezirk Nr. 346, Teil II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Stell-
 macher
August Wulff
 (Subenerstr. 53)
 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 5. März, nach-
 mittags 4 1/2 Uhr, non der Leichen-
 halle des Zentral-Friedhofes in
 Friedrichsfelde aus halt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
 Am Dienstag, den 2. März,
 verstarb unser Mitglied, der Ar-
 beiter
Richard Müller
 Danksgr. 74.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 5. März, nach-
 mittags 4 Uhr, non der Leichen-
 halle des Götlicher-Viertel-
 Friedhofes in Reichenberger-
 Nordend, aus halt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 225/6 Der Vorstand.

Verband d. baugewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschlands.
 Zweigverein Berlin u. Umgegend.
 Bezirk Nord-Ost.
 Am Dienstag, den 2. März,
 verstarb nach kurzer Krankheit
 an Infuenza und Lungen-
 entzündung unser treuer lang-
 jähriger Kollege
Richard Müller.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, nachmittags 4 Uhr, non
 der Leichenhalle des Götlicher-
 Viertel-Friedhofes in Reichenberger-
 Nordend aus halt. 229/3
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Zweigvereinsvorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todes-Anzeige.
 Am 1. März verstarb unser
 Mitglied, der Schlosser
Hermann Otte
 Müllerstr. 156.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 4. März, nach-
 mittags 4 Uhr, non der Leichen-
 halle des Razareth-Friedhofes in
 Reinickendorf-West, Berliner
 Straße, aus halt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 225/5 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Rixdorf.
Todes-Anzeige.
 Den Parteigenossen zur Nach-
 richt, daß unser Mitglied, Tischler
Otto Meinke
 (5. Bezirk)
 verstorben ist. 234/12
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute,
 Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
 non der Halle des neuen Jakob-
 Friedhofes (Hermannstraße) aus
 halt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Dankfagung.
 Für die herzliche Teilnahme und
 die vielen Kranzspenden bei der Be-
 erdigung meiner lieben Frau sage
 ich allen Verwandten und Bekannten,
 vor allem aber meinen Kollegen der
 Firma T. P. Goetz, App.-Baubelehrer,
 sowie den Genossen vom 37a. Bezirk
 des 6. Wahlkreises meinen herzlichsten
 Dank.
Paul Nagel.

12. Generalversammlung des Verbandes der Matr.

Köln, 2. März 1909.

Der Verband der Maser, Lackierer, Anstreicher, Tischler und Weibhinder hält seine 12. Generalversammlung vom 2. März an im Kölner Volkshaus ab. Der im Druck erschienene Geschäftsbericht für die Jahre 1907 und 1908 weist darauf hin, daß die Entwicklung des Verbandes in dieser Zeit infolge des wirtschaftlichen Niederganges nicht den Erwartungen entsprochen habe. Die Krise und die große Arbeitslosigkeit im Bereiche wirkte hemmend auf die Agitation ein. Die Zahl der Mitglieder stieg nur von 34 748 auf 36 819; im Durchschnitt betrug sie im Jahre 1908 36 626, im Jahre 1907 39 009, im Jahre 1908 39 485.

Im Jahre 1907 wurden 180 Lohnbewegungen in 700 Orten mit 4182 Betrieben und 18 506 Beschäftigten geführt, von denen 58 in 99 Orten mit 1806 Betrieben zu Streiks oder Ausperrungen führten; außerdem war der Verband noch an 85 anderen Bewegungen beteiligt. Von den Bewegungen endeten mit Erfolg 123, mit teilweisem Erfolg 4, ohne Erfolg 17. Für 3576 Personen wurde eine Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich 12 036 Stunden erreicht; ferner für 12 924 eine Lohnerhöhung, die wöchentlich zusammen 25 712,18 M. ausmacht. Die Kosten beliefen sich auf 194 450 M. Im Jahre 1908 wurden 150 Lohnbewegungen in 173 Orten mit 3982 Betrieben und 14 099 Beschäftigten geführt, von denen 50 in 64 Orten mit 1080 Betrieben und 5979 Beschäftigten zu Streiks oder Ausperrungen führten. Außerdem war die Organisation noch an 31 anderen Bewegungen beteiligt. Von diesen Bewegungen endeten mit Erfolg 95, mit teilweisem Erfolg 25, ohne Erfolg 8. Es wurde erreicht: für 2083 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich 5509 Stunden, für 11 640 Personen eine Lohnerhöhung, die zusammen 13 412,24 M. in der Woche beträgt. Diese Bewegungen verursachten eine Gesamtausgabe von 201 948,87 M.

Der Verband hatte in beiden Jahren eine Einnahme von 1 795 588,40 M., eine Ausgabe von 1 560 367,64 M. Das Vermögen betrug am Schlusse des Jahres 1908 in der Hauptklasse 681 929,63 Mark, mit den Beständen der Filialen 782 754,73 M. An Unterstützungen wurden in der Berichtzeit ausgezahlt: Reiseunterstützung 23 272,28 M., Mahregelungsunterstützung 11 859,05 M., Krankenunterstützung 189 068,65 M., Sterbunterstützung 27 445 M., für Rechtschutz 4100,03 M. Das Verbandsorgan verursachte eine Ausgabe von 85 340,70 M. Für die Agitation wurden 76 101,80 M. aufgewendet.

Vor Eintritt in die Verhandlungen werden einige Behauptungen des Organs der freien Gast- und Schankwirte als unwahr zurückgewiesen. In dem Blatte war angeführt worden, daß die Delegierten in einem bürgerlichen Gasthause einlogiert seien, das der Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstehe, während man das Volkshaus ganz ausgeschaltet habe. Das sei nicht wahr, richtig sei vielmehr, daß alle verfügbaren Betten im Volkshaus in Anspruch genommen seien.

Die Generalversammlung ist von 77 Delegierten besucht, außerdem sind die Vorstandsmitglieder und 7 Bezirksleiter anwesend. Die Redaktion des „Vereinsanzeigers“ ist durch Kollegen Marx, der Ausschuß durch den Landtagsabgeordneten Reinert vertreten. Hierauf erstattet Tobler den

Rechenschaftsbericht des Vorstandes.

Tobler ergänzt den im Druck vorliegenden Bericht durch den Nachtrag, daß eine genaue Erhebung veranstaltet worden ist, um die Dauer der Zugehörigkeit der abgegangenen Mitglieder zur Organisation und ihr Alter festzustellen. Im letzten Jahre sind nur 15 000 Aufnahmen gegenüber 22—24 000 in früheren Jahren erfolgt worden. Im Jahre 1908 sind von den Mitgliedern 25,7 Proz., im Jahre 1907 25,9 Proz., im Jahre 1908 26,3 Proz. wieder abgegangen. Von den ausgetretenen Mitgliedern standen 16,9 Proz. im Alter von 30 bis 35 Jahren, 10 Proz. im Alter von 35 bis 40 Jahren. Im Alter von 18 bis 30 Jahren standen nur 7—9,9 Proz. In bezug auf die Aufnahmen der Mitglieder ist festgestellt worden, daß ihre Zahl in einigen Orten gleich geblieben ist, während sie in anderen Orten beträchtlich zurückging. Wir können sehen, daß die Krise sie nicht so sehr geschadet hat, und wir brauchen keine Furcht vor der Zukunft haben. Unter den Gründen, die dafür angegeben wurden, daß der Verband nicht genug vorwärts gekommen ist, wird auch der Tarifvertrag angeführt. Das kann aber nicht als Grund dafür angegeben werden, dagegen sind andere Mängel zu kritisieren, vor allem in der Einfassung der Beiträge. Die Einfassung durch Abholung der Beiträge im Hause der Mitglieder hat sich durchaus bewährt. Die Einfassung wird entweder durch angestellte, besoldete Kassierer oder durch Kollegen ausgeführt, die es Sonntags in ihrer freien Zeit tun. Die Kosten der Einfassung betragen durchschnittlich für eine Beitragsmarkte 4—5 Pf. In manchen Städten fürchtet man die Anstellung von Beamten, da meist damit große Kosten verbunden sein werden. In diesen Orten findet heute keine geregelte Einfassung statt, und es ist gewiß diesem Umstande mit zuzuschreiben, daß um 20,3 Proz. der Mitglieder wieder verloren gegangen sind. Der Redner gibt weiterhin Binde, wie die Agitation zu betreiben ist. Er schließt seinen Bericht mit der Versicherung, daß der Verband keine Ursache habe, mit seiner Entwicklung unzufrieden zu sein.

Den gleichfalls gedruckt vorliegenden

Kassenbericht

ergänzt der Kassierer Wenke. In der Berichtzeit ist der Mitgliedsbeitrag erhöht worden. Im Jahre 1908 zahlten 25 Proz. der Mitglieder 60 Pf., 15 Proz. 50 Pf. wöchentlichen Beitrag. Der Redner rügt, daß einzelne Filialen zu viel von den Ausgaben auf die Hauptkasse abwälzen. Er bemängelt auch, daß viele Filialen zu große Schulden bei der Hauptkasse haben. Die große Zahl der Ausgetretenen liegt nicht nur an der Krise, sondern auch an der mangelnden Agitation. In der Agitation versagen die Mitglieder noch sehr oft. Der Wunsch des Redners auf der vorigen Generalversammlung, daß das Vermögen des Verbandes die Summe betragen möchte, die die Ausgaben eines Jahres ausmacht, ist in Erfüllung gegangen. Daß einzelne Unterabteilungen vorgekommen sind, liegt daran, daß die Abrechnungen mit den Kassierern nicht immer in geregelter Weise vorgenommen worden sind. Es sind jetzt 7 Bezirksleiter und 36 Filialleiter angestellt. 33 Angestellte werden von der Hauptkasse besoldet, die anderen von den Filialen. Der Redner geht dann auf die Anträge ein, die zu den einzelnen Unterabteilungen gestellt sind, und bemerkt dazu, daß diejenigen, die eine Mehrbelastung der Hauptkasse bringen würden, nur dann angenommen werden könnten, wenn der Beitrag für die Hauptkasse erhöht wird. Das dürfte jedoch sehr schwer fallen.

Den

Bericht vom Ausschuß

gibt Reinert. Es sind mehrere Beschwerden eingelaufen, die abgelehnt worden sind. Der Beschluß der vorigen Generalversammlung, noch einen Redakteur anzustellen, konnte nicht ausgeführt werden, da die Ausarbeitung der Stelle kein befriedigendes Resultat ergeben habe. Provisorisch sei Kaufmänniker angenommen, der Artikel für den „Vereinsanzeiger“ zu schreiben habe. Auf der letzten Generalversammlung ist beschlossen worden, daß die Lokalbeamten ein Mindestgehalt von 1800 M. haben sollen. In den drei Filialen Karlsruhe, Braunschweig und Magdeburg werden immer noch niedrigere Gehälter gezahlt. Die heutige Generalversammlung möchte beschließen, daß auch in diesen Filialen die Gehälter auf das Mindestmaß erhöht werden. Der Redner berichtet dann ausführlich über Differenzen, die zwischen Vorstand, Ausschuß und der Berliner Filiale bei der Wahlübertragung für die Berliner Beamten entstanden sind. Da in dieser Sache noch kein endgültiges Ergebnis erzielt worden ist, so wünscht die Filiale

Berlin, daß die Generalversammlung darüber entscheide. Der Ausschuß mußte auch einige Beschwerden über verteilte Mahregelungsunterstützungen ablehnen.

Den

Bericht für das Verbandsorgan

gibt der Redakteur Marx. Der Redner klagt aber über die mangelnde Mitarbeit der Kollegen. Die gewonnenen Mitarbeiter aus anderen Kreisen haben sich bewährt. Der Kampf in der Presse gegen das Unternehmertum war schärfer als früher. In Fluß mit der Organisation können die Mitglieder nur bleiben, wenn sie das Verbandsorgan eifrig lesen, und wenn möglich, auch daran mitarbeiten.

Hierauf wird die

Distinktion über die Geschäftsberichte

eröffnet. Sie nimmt den ganzen ersten Verhandlungstag in Anspruch. Viele Delegierte bekämpfen sich darüber, daß der Vorstand bei Gewährung von Unterstützungen, namentlich von Mahregelungsunterstützungen, allzu sehr nach dem Buchstaben des Statuts verfähre, nicht aber den einzelnen Fall beurteile. Ihnen wird erwidert, daß sich die Beschwerden über Mahregelungsunterstützung auf jeder Generalversammlung wiederholen. Es kann auch nicht jede Differenz zwischen Unternehmer und Arbeiter als Mahregelung angesehen werden. Früher sei es gefährlicher gewesen, für die Organisation zu agitieren, aber man sei nicht so oft um Mahregelungsunterstützung eingekommen. Wer nur in die Organisation kommt, um unter allen Umständen zu Unterstützungen zu gelangen, der sei für die Organisation noch nicht reif.

Die Verhandlungen werden hierauf auf Mittwoch früh vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Krise.

Die Zeche Chamrod hat in 10 Tagen 3 Feuerschichten eingelegt. Am Dienstag ruhte auf mehreren Gruben der Betrieb. In der fränkischen Metallschlagger Industrie Zentrale Schwabach erhielten 658 Arbeiter und Arbeiterinnen die Kündigung. Die Betriebe sollen vorläufig auf 4 Wochen stillstehen. Auch viele Kleinmeister werden dadurch existenzlos.

Die Diskontogesellschaft hat das letzte Geschäftsjahr mit einem Bruttoerwerb von rund 29 Millionen Mark abgeschlossen, gegen 27 1/2 Millionen Mark für 1907. Der Reingewinn, der nach dem vorjährigen Ausweis 18 958 881,16 M. betrug, stellt sich für diesmal auf 20 070 579,57 M. Hieraus sollen, wie im Vorjahre, 9 Proz. Dividende — gleich 15 300 000 M. — verteilt werden. Die Zantime für den Aufsichtsrat beträgt 447 368 M., für neue Rechnung verbleiben 1 388 787 M.

Vom ober-schlesischen Kohlenbergbau.

Das Jahr 1908 war für die ober-schlesischen Kohlenmagnaten, wie das die kürzlich erschienene Statistik der ober-schlesischen Steinkohlengruben zeigt, ein ungemein profitreiches. In die Statistik sind 58 Gruben aufgenommen. Diese beschäftigten 106 575 Arbeiter gegen 95 932 im Vorjahre. Die Gesamtzahl der verkauften Arbeitstage ist von 26 267 886 auf 31 179 301 gestiegen. Die Gesamtförderung belief sich auf 33 953 856 Tonnen gegen 32 221 971 Tonnen im Vorjahre. Der Absatz erhöhte sich von 29 551 550 Tonnen auf 30 914 485 Tonnen, also um 4,61 Proz. Der Erlös stieg von 240 704 665 M. auf 291 639 402 M., gleich 11,87 Proz. oder pro Tonne durchschnittlich von 8,870 M. auf 9,472 M. oder um 6,79 Proz. Den höchsten Tonnenpreis, nämlich 11,53 M., erzielte die Hyslowitzgrube.

Wie hoch im Jahre 1908 die Gesamtsumme der Arbeiterlöhne war, das verweigert diesmal die Statistik. Wenn wir jedoch berücksichtigen, daß im 1. und 2. Viertel des Jahres 1908 nach der offiziellen Statistik der Durchschnittslohn pro Schicht gegenüber dem 4. Vierteljahr 1907 niedriger war und erst im 3. Quartal 1908 um ein Geringes stieg, so wird es klar, daß der Jahresdurchschnittslohn entweder der gleiche blieb, wie im Jahre 1907, oder daß er nur unbedeutend stiegen konnte. Die Mehreinnahmen, welche die Grubenbesitzer infolge der ungemein hohen Kohlenpreise erzielten, fließen fast ausschließlich in ihre Taschen. Die Kohlenmagnaten wissen ganz gut, daß die ober-schlesischen Bergleute keine achtunggebietende gewerkschaftliche Organisation haben. Darum hielten sie es auch nicht für notwendig die Löhne in Einklang zu bringen mit den hohen Kohlenpreisen.

Ueber die Besitzverhältnisse erfahren wir aus der Statistik folgendes: Von den 58 Gruben bildeten 22 Aktiengesellschaften mit einer Förderung von rund 11 Millionen Tonnen; in Familienbesitz waren 21 Gruben mit rund 10 Millionen Tonnen, 10 Gewerkschaften hatten 5,8 Millionen Tonnen und der Fiskus erzielte mit 4 Gruben 5,95 Millionen Tonnen Förderung.

Die Arbeitslosigkeit der Metallarbeiter erreicht in diesem Winter einen überaus hohen Grad. In der gesamten Metallindustrie stellte sich der Andrang auf offene Stellen im Januar auf 408,73, während er im Januar des Vorjahres erst 207,61 betragen hatte. Er hat sich also annähernd verdoppelt. Die einzelnen Berufsarten zeigen eine sehr verschiedene Gestaltung der Arbeitslosigkeit. Am ungünstigsten ist die Lage des Arbeitsmarktes für Waukschlösser: 5907 Arbeitsuchenden fanden an den verschiedenen Beobachtungsstationen nur 914 offene Stellen während des Januar gegenüber. Es ergibt sich für Waukschlösser ein Andrang von nicht weniger als 613,5. Ganz so hoch ist das Ueberangebot in keiner anderen Berufsgruppe. Immerhin leiden auch Maschinenflößer unter empfindlicher Arbeitslosigkeit. Im 1449 offene Stellen bewarben sich 6803 Arbeitsuchende, auf 100 ergibt sich ein Andrang von 469,5. Mit dem nächsthohen Andrang kommen Dreher, Drücker, Gelbgießer, Kupfer-Schmiede usw. Bei ihnen kamen auf je 100 offene Stellen 395,8 Arbeitsuchende. Grobschmiede weisen ebenfalls ein starkes Ueberangebot auf: 3568 Arbeitsuchenden fanden nur 948 offene Stellen gegenüber, so daß ein Andrang von 375,8 bestand. Auch in den anderen Berufen der Metallindustrie ist der Arbeitsmangel äußerst empfindlich. Vorwiegend ist es der rheinisch-westfälische Industriebezirk, in dem der Andrang eine ungewöhnliche Höhe aufweist. In Westfalen betrug die Zahl der Beschäftigung suchenden Metallarbeiter 2554 gegen 342 offene Stellen, in Rheinland 2023 gegen 527, in Hessen-Kassel 1532 gegen 223. Auch in Berlin ist der Andrang bedeutend: 9907 Arbeitsuchenden fanden 3355 offene Stellen gegenüber.

Pennsylvania Railroad Company. Der Jahresbericht für 1908 weist an Brutto-Ertragsleistungen 136 298 871 (im Vorjahre 164 812 826) Dollar auf. Nach Abzug der Betriebsausgaben, Steuern, Zinsen usw. verbleibt ein Nettogewinn von 19 534 812 (24 250 860) Dollar, worauf 6 Prozent (7 Prozent) Dividende gezahlt werden. Das Bruttoeinkommen des ganzen Systems östlich und westlich Pittsburgs beträgt 274 338 804 (326 785 526) Dollar, die Nettobetriebsleistung 70 733 268 (83 631 445) Dollar. Der Güterverkehr zeigt eine Abnahme von 103 381 275 Tonnen, der Personenverkehr einen Rückgang von 10 885 192 Personen gegen das Vorjahr.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frau im politischen Kampf.

Am Dienstag sprach über das vorstehende Thema im Lokal „Königsplatz“, Große Frankfurter Straße, in stark besuchter Versammlung Genossin J. e. h. Ueber „die politische Frau“, so begann

die Vortragende, kann man die verschiedensten Ansichten hören, die sich hauptsächlich nach drei Richtungen hin bewegen. Man verhöhnt und verspottet die Bestrebungen der Frauen, die sich politisch betätigen wollen; man bekämpft sie und man zollt ihnen auch Anerkennung. Die Spötter sind die Epigonen, die mit der alten Weisheit kommen, daß die Frau ins Haus gehöre; sie begreifen nicht, daß es einer ungeheuren Zahl von Frauen heute gar nicht möglich ist, sich einer Familie zu widmen. Die Zeit liegt weit hinter uns, in der die Frau im Hause ihren Lebensinhalt, sowie auch ihren Lebensunterhalt fand. Das war zur Zeit, als die agrarische Produktionsweise vorherrschte und die Frau Universalhandwerkerin war. Die Verhältnisse haben sich geändert, und das vergessen diejenigen, die uns den Kampf ansagen, die unseren Bestrebungen am liebsten mit Gewalt entgegenzutreten möchten, um sie zu unterdrücken. Diese Gegner sehen nicht, daß der größte Revolutionär, die wirtschaftstechnische Entwicklung, die Verhältnisse umgewandelt hat. Für die große Masse waren diese Veränderungen interessant und vorteilhaft, die Frau des Mittelstandes wurde hart davon getroffen, und für die Frau der Arbeiterklasse wurden die Folgen verhängnisvoll. Die Arbeiterfrauen mußten in die Fabriken gehen, hinaus aus dem Hause, in den Kampf ums Dasein hinein. Wir zählen jetzt über 8 Millionen erwerbstätige Frauen und Mädchen, die in allen Erwerbszweigen zu finden sind. Der Hauptgrund, daß immer mehr weibliche Arbeitskräfte angestellt werden, besteht für die Unternehmer darin, daß die weiblichen Arbeitskräfte billiger zu haben sind als die männlichen. Daraus ergibt sich schon, welches Lebensinteresse für das arbeitende Volk überhaupt darin liegt, daß die Arbeiterinnen begreifen lernen, daß sie sich gewerkschaftlich und politisch organisieren müssen. Die Hausfrau braucht die Politik nicht erst aufzusuchen, die Politik kommt zu ihr ins Haus durch die Fleisch- und Brotsteuerung und andere Wirkungen der Sozialpolitik. Es kommt nur darauf an, daß die Frau sich die Mühe gibt, über die Ursachen nachzudenken und dann willens ist, zur Bekämpfung der Ursachen ihr Teil beizutragen. Für die Mütter sind die Maßnahmen in der Kommunalpolitik so wichtig, daß man weinen sollte, sie müßten alle den größten Anteil daran nehmen, wie die Kommune verwaltet wird. Wer aber Rechte wünscht, muß diese Rechte sich erkämpfen. Die Rednerin erläuterte an zahlreichen Beispielen, wie die Interessen der Frauen eng verknüpft sind mit allen Vorgängen im öffentlichen Leben. Sie schloß mit einem warmen Appell an die antwortenden Frauen, einzutreten in unsere Reihen, Massenlämpferinnen zu werden und die Kinder zu Rekruten für den Klassenkampf zu erziehen. (Lebhafte Beifall.) Die Vortragende, Genossin Wenzels, hielt eine kurze Ansprache und forderte zum Eintritt in den Wahlverein und zum Abonnement für die „Gleichheit“ auf.

In der Distinktion warnte eine Rednerin vor den sogenannten Unterstützungsvereinen, das seien die gelben Vereine in den Fabriken. — Ein Herr, der sich als Mitglied der freisinnigen Volkspartei bezeichnete, trat auf und versuchte vergeblich für den Liberalismus Propaganda zu machen. 60 Frauen ließen sich in den Wahlverein aufnehmen.

Die öffentliche Frauenversammlung, die in der Branzenstraße 11 tags, erzielte sich ebenfalls eines guten Besuchs. Genossin Wurm referierte. Sie widerlegte die immer noch oft gehörte Mär, daß die Frau nicht ins öffentliche Leben, sondern ins Haus gehöre und daß die Unterordnung der Frau unter den Mann etwas Natürliches sei. Dabei erinnerte sie an die Zeit des Mutterrechts, wo die Frau nicht bloß gleichberechtigt, sondern vortrefflich gewesen sei. Erst mit dem Eintritt des Privateigentums in die Geschichte habe die Frau jene Rechte verloren. Rednerin entwarf dann in großen Zügen ein Bild unserer modernen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse. Sie hob hervor, daß die proletarische Frau heute dreifach belastet sei: als Hausfrau, als Mutter und als Arbeiterin im Erwerbleben, sie trotzdem aber nicht an der Gesetzgebung mitwirken könne. Die einzige Partei, welche die Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten fordere und stets vertreten habe, sei die Sozialdemokratie. Das Interesse der Frauen, politische Rechte zu erlangen und tätig mitwirken zu können in der Gesetzgebung, erfordere sich nach allen Richtungen. Rednerin gab eine Fülle von Beispielen aus dem sozialen und politischen Leben, um dies nachzuweisen. Als ein besonderes Kapitel daraus behandelte sie auch die Ueberlastung der Proletarierfamilien durch die indirekte Besteuerung und Zölle. Seinerzeit habe man versprochen, daß aus den Ueberflüssen die Witwen- und Waisenernährung entstehen solle. Vor wenigen Wochen habe der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklären müssen, daß das Geld nicht da sei. Für andere Zwecke, im kapitalistischen Interesse, sei es ausgegeben worden. Wie die herrschenden Klassen dächten, hätten wieder die Töne gezeitigt, die im Zirkus Putsch von den Agitatoren angeschlagen wurden. Kurz und bündig erklärten die Vertreter: Keine Nachzahlung und keine Erbschaftsteuer, der Besitz muß gesichert werden! Auf der anderen Seite traten die Herren für Besteuerung der Einkommen unter 600 M. ein. Welch gute Patrioten, die immer bewilligen, so lange es nicht aus ihrer eigenen Tasche kommt! Ein scharfes Licht werfe auf die Bestehenden die Feststellung des Professors Delbrück, daß von 186 Milliarden Privatvermögen nur 100 Milliarden in Steuerdeklarationen angegeben seien. Den Rest habe man der Besteuerung entzogen. Rednerin schilderte ferner die Interessengegensätze, welche das Kennzeichen der heutigen Gesellschaft seien. Es gebe nur ein Haben und ein Drüben zwischen Arbeit und Kapital. Der Kampf zwischen beiden müsse ausgelämpft werden, bis die Arbeiterschaft selber Gesetze diktieren könne. Nur zusammen mit dem Manne ihrer Klasse könne sich die Frau bessere Lebensbedingungen eringen. Der Kampf des Kapitals und der herrschenden Klassen gelte es die Macht der Ausgebeuteten und Unterdrückten entgegenzustellen. Da müßten denn auch die Frauen auf dem Posten sein. Nach jahrelangen Kämpfen sei für sie das politische Vereins- und Versammlungsrecht errungen worden. Sie müßten es als Waffe gebrauchen lernen, dann würden sie auch in andere Gebiete, sich Rechte eringen zu helfen, die ihnen bisher fehlten. Deshalb hinein in die politische Organisation zum gemeinsamen Kampfe, eingedenk der Worte unseres Altmeisters: „Proletarier, ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!“ (Lebhafte Beifall.)

An der folgenden Debatte beteiligten sich die Genossinnen Gilda Hoffmann und Maria Wien sowie die Genossen Gudzikowski, W. u. e. und W. u. e. Wie Redner und Rednerinnen befürworteten den Anschluß der Frauen an die Organisation und ihre Mitwirkung im politischen Kampfe. Besondere Aufmerksamkeit erregte Genosse Gudzikowski, ein Vergamann, der zurzeit an den Bildungsausschuss in Berlin teilnimmt. Während schilderte er das Vergamannwesen und auch die Ausbeutung der Frauen in Bergwerksbetrieben. Er wünscht, daß die Berliner Frauen im Punkte der Organisierung den Vergamannfrauen ein gutes Vorbild sein möchten.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Sausangestellte. Donnerstag, den 4. März abends 8 1/4 Uhr in „Jenters Festhalle“, Kommandantenstr. 62. Vereinsversammlung mit Vortrag.

Ämtlicher Marktbericht der Ämtlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch, Butter, Schmalz, Getreide, Obst, Gemüse, Wein, Branntwein, Zucker, Mehl, Petroleum, etc. Preise unverändert. Milch: Preis unverändert. Eier: Preis unverändert. Getreide: Preis unverändert. Obst: Preis unverändert. Gemüse: Preis unverändert. Wein: Preis unverändert. Branntwein: Preis unverändert. Zucker: Preis unverändert. Mehl: Preis unverändert. Petroleum: Preis unverändert.

